



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 3

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 3

.....
vom 25.01.2019

.....
del 25/01/2019

Präsident
Vizepräsident
Vizepräsident

Thomas Widmann
Massimo Bessone
Daniel Alfreider

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 3

vom 25.01.2019

Inhaltsverzeichnis

Bildung der Landesregierung im Sinne der Artikel 67 und 68 des Landesgesetzes vom 19. September 2017, Nr. 14, "Bestimmungen über die Wahl des Landtages, des Landeshauptmannes und über die Zusammensetzung und Wahl der Landesregierung" und Artikel 10 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages sowie allfällige Folgemaßnahmen. (Neubesetzung des Präsidiums). Seite 3

Wahl des neuen Landtagspräsidenten/der neuen Landtagspräsidentin. Seite 43

Wahl der neuen Landtagsvizepräsidenten. Seite 45

Wahl der drei Präsidialsekretäre/Präsidialsekretärinnen. Seite 46

Namhaftmachung von drei Landtagsabgeordneten als Mitglieder des Einvernehmenskomitees im Sinne von Artikel 13 Absatz 3 und Absatz 4 und Artikel 32-bis Absatz 2 des D.P.R. vom 26.7.1976, Nr. 752, in geltender Fassung und von Artikel 48 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 12.11.1992, Nr. 39. Seite 47

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 3

del 25/01/2019

Indice

Formazione della Giunta provinciale ai sensi degli articoli 67 e 68 della legge provinciale 19 settembre 2017, n. 14, "Disposizioni sull'elezione del Consiglio provinciale, del presidente della Provincia e sulla composizione ed elezione della Giunta provinciale" e dell'articolo 10 del regolamento interno del Consiglio provinciale, nonché eventuali provvedimenti consequenziali. (nuova nomina dell'Ufficio di Presidenza). pag. 3

Elezione del nuovo/della nuova presidente del Consiglio provinciale. pag. 43

Elezione dei nuovi vicepresidenti del Consiglio provinciale. pag. 45

Elezione di tre segretari questori/segretarie questore. pag. 46

Designazione di tre consigliere/i provinciali quali membri del comitato d'intesa ai sensi dell'articolo 13, comma 3 e comma 4, e dell'articolo 32-bis, comma 2, del D.P.R. 26.7.1976, n. 752, e successive modifiche, e dell'articolo 48, comma 2, della legge provinciale 12.11.1992, n. 39. pag. 47

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Thomas Widmann**Ore 10.02 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der 2. konstituierenden Landtagssitzung am 17. Jänner 2019 allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung steht.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Punkt 1 der Tagesordnung: **"Bildung der Landesregierung im Sinne der Artikel 67 und 68 des Landesgesetzes vom 19. September 2017, Nr. 14, "Bestimmungen über die Wahl des Landtages, des Landeshauptmannes und über die Zusammensetzung und Wahl der Landesregierung" und Artikel 10 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages sowie allfällige Folgemaßnahmen. (Neubesetzung des Präsidiums)"**

Punto 1) dell'ordine del giorno: **"Formazione della Giunta provinciale ai sensi degli articoli 67 e 68 della legge provinciale 19 settembre 2017, n. 14, "Disposizioni sull'elezione del Consiglio provinciale, del presidente della Provincia e sulla composizione ed elezione della Giunta provinciale" e dell'articolo 10 del regolamento interno del Consiglio provinciale, nonché eventuali provvedimenti consequenziali. (nuova nomina dell'Ufficio di Presidenza)"**

Ich bitte nun den Landeshauptmann Kompatscher, das Regierungsprogramm zu erläutern. Danach wird die Debatte erfolgen. Bitte, Herr Landeshauptmann, Sie haben das Wort.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag! Ich habe bereits anlässlich meiner Wahl zum Landeshauptmann darauf verwiesen, dass das Regierungsprogramm hinterlegt und bereits öffentlich diskutiert worden ist. Es handelt sich um ein Programm, von dem wir glauben, dass es sehr ausgewogen ist und alle Politikfelder ausgewogen betrachtet darlegt. Es legt die Situation heute dar und auch dort, wo es gilt Hand anzulegen, wo es notwendig ist, mit bewährten Maßnahmen weiterzufahren, wo es aber auch notwendig ist, neue Akzente zu setzen, auf geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren, auch mehr zu tun als bisher bzw. neue Prioritäten zu setzen. Wir haben dem Programm aber auch ganz klar eine Grundsatzklärung vorangestellt, indem wir sagen: Wir wollen diese Regierungsarbeit auf einem Wertekatalog aufbauend angehen. Wir haben auch einige wichtige Themen dieser Grundsatzklärung vorangestellt. Das ist die Autonomie. Südtirols Autonomie, die die Grundlage für alles Regierungshandeln in diesem Land ist, die es uns ermöglicht hat, aus einem armen Land, aber vor allem aus einem Land, wo es ethnische Konflikte gab, wo es die Sorge gab, dass die Sprache der Minderheiten, die deutsche Sprache, die ladinische Sprache, untergehen würde, die Kultur bedrängt bleiben würde und dadurch am Ende auch verloren gehen würde, dass es durch diese Autonomie gelungen ist, die Kultur und die Sprache zu bewahren. Es ist uns gelungen, diese nicht nur zu bewahren, sondern auch weiterzuentwickeln, auch gleichzeitig Wohlstand zu schaffen, sozialen Frieden herzustellen, eine günstige Entwicklung zu befördern. Wir wollen diese Autonomie nicht nur schützen, wir wollen sie stärken und weiterentwickeln. Wir haben auch ganz klar erklärt: Wir glauben, dass diese Autonomie ständig neuen Herausforderungen entsprechend angepasst werden muss. Es ändern sich die Rahmenbedingungen in Europa und in Italien. Dementsprechend muss auch die Autonomie weiterentwickelt werden. Dazu bekennen wir uns. Wir wollen all das, was vor Ort besser erledigt werden kann, selbst in die Hand nehmen, die Verantwortung dafür übernehmen, dass wir für die Menschen in diesem Land gestalten können.

Das zweite Thema ist jenes des friedlichen Zusammenlebens. Diese Autonomie dient ja dazu, dass es gelingt, in dieser Situation, wo mehrere Sprachen und Kulturen zusammen sind, das nicht nur zu befriedigen, sondern auch zu nutzen und einen Mehrwert daraus zu schöpfen. Diese Situation, die uns die geschichtliche Situation beschert hat, die wir aber heute nutzen können, die wir als Mehrwert empfinden können, wo Sprache und Kultur derart aufeinander treffen, dass sie sich gegenseitig befruchten, dass wir eine Brücke zwischen dem Norden und Süden Europas sein können, ja, ein kleines Europa in Europa, ein Beispiel dafür, wie Europa sein könnte. Wir sind beim Stichwort "Europa" und wir bekennen uns ganz klar zu einem geeinten Europa, zu einer Weiterführung dieser europäischen Entwicklung, die uns seit dem Zweiten Weltkrieg Frieden, Sicherheit und Wohlstand gebracht hat. Wir widersprechen jeder Tendenz einer Renationalisierung, eines Zurückführens in nationalstaatliche, nationalistische Logiken. Wir sind für ein vereintes Europa, für ein starkes Europa, wo sich dann die Regionen und die Vielfalt entsprechend entfalten können.

Ein großes Thema ist der soziale Ausgleich, die Chancengerechtigkeit. Wir wollen, dass dieses Land ein Land ist, indem jeder/jede die Möglichkeit hat, seine/ihre Chance - unabhängig von Herkunft, Ort der Geburt oder des Elternhauses, Geschlecht - zu nutzen und Chancengleichheit herzustellen. "Herzustellen" ist ein großes Wort, endlich Schritt für Schritt dahingehend Fortschritte zu erzielen, aber auch ganz unabhängig davon, wie die Situation im Elternhaus ist, muss diese Chancengleichheit gewährt sein, dass man partizipieren kann an den vielen Möglichkeiten, die das Land bietet und diese wahrnehmen kann. Das ist ein wichtiges Thema. Wir wollen auch weiterhin jenen helfen, die objektiv in einer benachteiligten Situation sind. Das ist der Sinn von Sozialpolitik und das ist auch ein Teil der Erfolgsgeschichte Südtirols, diese ausgeprägte und sehr weit entwickelte soziale Politik mit diesem sozialen Netz, das wir auch in den neuen Rahmenbedingungen entsprechend weiterentwickeln wollen ... Und wir wollen es noch zielgenauer einstellen, damit die Hilfe noch effektiver und effizienter sein kann.

Die wirtschaftliche Entwicklung war in den letzten Jahren eine sehr positive und ist Grundlage dafür, dass das alles möglich ist. Es braucht das Steueraufkommen, das diese öffentlichen Leistungen finanziert, dass es auch möglich ist, Sozialunterstützung zu gewähren, dass es möglich ist, Investitionen zu tätigen, aber vor allen, dass Menschen eine Arbeit und ein Einkommen haben. Wir möchten, dass möglichst viele Menschen auf eigenen Beinen stehen und nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. Diese wird es geben, und zwar für diejenigen, die sie objektiv brauchen, aber wir möchten, dass möglichst viele Menschen Schmiede des eigenen Glücks sein können, indem sie für ihre Arbeit einen gerechten Lohn erhalten, gerade in einem Land, wo es relativ hohe Lebenserhaltungskosten gibt.

Wir haben uns ganz klar auch zur Idee einer nachhaltigen Politik in allen Politikfeldern bekannt, Nachhaltigkeit zunächst auch im Sinne eines konsequenten Schutzes der natürlichen Ressourcen, sprich von Landschaft, Luft, Wasser und Boden. Aber Nachhaltigkeit auch in den Bereichen aller Politikfelder, immer daran denkend, welche Auswirkung unsere politische Entscheidung für die kommenden Generationen haben. Wir haben diese Verantwortung, wir sind in diesem Landtag nicht nur verantwortlich für hier und heute, sondern auch für morgen, was durch unsere Entscheidungen beeinflusst wird. Wir wollen diese Verantwortung nicht nur für Südtirol übernehmen, sondern auch im Bewusstsein, dass es eine darüber hinausgehende Verantwortung in Solidarität mit Europa und letztlich auch mit der Welt gibt.

Übermorgen, 27. Jänner, gedenken wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Es ist der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus und Faschismus, an den Holocaust. Es wird dies hoffentlich nicht der einzige Moment im Jahr sein, wo wir uns bewusst sind, dass es jederzeit gilt, immer und überall für Freiheit, für Menschenrechte und für Menschenwürde einzustehen und gegen Hass, Neid und Hetze zu appellieren. Wir sehen es auch als Verantwortung unserer Regierung. Ich lade alle politischen Verantwortungsträger im Land ein, unsere Politik, die Art und Weise, wie wir Politik betreiben und wie wir reden, unsere Sprache, in dem Bewusstsein zu verwenden und zu gestalten, dass es gilt, jeder Form eines Wiederaufkommens von Hass, wie es seinerzeit war, Rassenwahnsinn und solchen Ideologien entgegenzutreten. Das sind wir den Opfern dieses Wahnsinns schuldig. Das sind wir aber vor allem uns selbst und auch den kommenden Generationen schuldig. Wir wollen für eine solidarische Gesellschaft eintreten, für eine gerechte Gesellschaft, für eine Gesellschaft, die Menschenwürde achtet und gegen jede Form von Diskriminierung auftritt. Auch das haben wir klar festgelegt und dazu wollen wir uns bekennen. Das ist leider wieder notwendiger denn je, wenn wir betrachten, was zurzeit in der öffentlichen Debatte alles scheinbar wieder gesagt werden kann. Ich lade wirklich alle dazu ein, dass wir uns bewusst werden, wie wichtig es ist, für diese Werte der Menschlichkeit einzutreten. Ich glaube, die beste Medizin gegen Hass, Neid und Hetze ist jene, dass wir unsere Arbeit gemeinsam verantwortungsvoll und seriös bewältigen. Das ist unser Auftrag, den wir als Politiker haben, alle

gemeinsam, in Mehrheit und Opposition. Das letzte Mal wurde Heraklit zitiert, der gesagt hat: "Der Krieg ist der Vater aller Dinge." Er meinte damit nicht den Krieg, das gegenseitige Niedermetzeln, sondern die Debatte. Ja, wir wollen den Widerstreit der Ideen! Wir wollen uns gemeinsam austauschen. Wir sollten das im gegenseitigen Respekt tun, damit wir gemeinsam zur besseren Lösung, zu Fortschritten kommen, damit wir gemeinsam die Herausforderung, die sich uns stellt, bewältigen können. Noch einmal die Einladung steht: Streiten wir gemeinsam um die bessere Idee, um dementsprechend für die Menschen in diesem Land, für dieses Land gut arbeiten zu können!

Ich habe mitverfolgt, dass vor einer Woche nach der Debatte bei der Wahl zum Landeshauptmannes Medien festgestellt haben, es wäre alles zu zahm gewesen. Man war mit der Opposition unzufrieden, sie hätte irgendwie angreifbarer sein müssen. Ich glaube, wir sollten uns nicht von den Medien treiben lassen. Das gilt für die Mehrheit genauso. Sachpolitik kommt bei den Menschen gut an, sie lässt sich vielleicht in den Zeitungen schlechter verkaufen. Ich denke aber, die Menschen erwarten sich von uns nicht, dass wir streiten und aufeinander los gehen. Das ist das Bild, das man gerne von der Politik zeichnen möchte. Wir sollten dem nicht entsprechen, denn es ist nicht so und wir wissen es. Wir sind hier, um gemeinsam seriöse Arbeit zu machen. Natürlich sind wir nicht immer einer Meinung, das ist klar, aber wir sind hier, weil wir alle diese Verantwortung übernehmen. Ich sage: Arbeiten wir dagegen, dass weiterhin das Klischee verbreitet wird, es ginge um etwas anderes! Uns geht es darum, für die Menschen zu arbeiten. Davon bin ich überzeugt!

Die Landesregierung wird aus neun Mitgliedern bestehen, also acht Landesräte/Landesrätinnen neben dem Landeshauptmann. Es hat auch hier nicht, wie dargestellt, diesen Monat lang Postenschacher und Postengerangel gegeben. Das hätte man wohl gerne gehabt. Das ist das Bild, das man zeichnen will. Es hat einige Wochen lang eine große Debatte über Inhalte gegeben. Wir haben uns als Südtiroler Volkspartei mit den Vertretern der Lega zusammengesetzt und haben wochenlang darüber diskutiert, wie das Programm ausschauen soll. Wir haben am Ende gemeinsam ein Programm zusammengestellt, zu dem wir stehen. Das hat stattgefunden. Aber natürlich ist das nicht so interessant. Wir haben dann relativ schnell, als wir die Regierungsvereinbarung hatten, gesagt: Das sind die Menschen, die jetzt in der Regierung Verantwortung übernehmen sollen. Das heißt ja nicht, dass alle anderen keine Verantwortung hätten. Es gibt Verantwortung im Präsidium des Landtages, es gibt Verantwortung in den Gesetzgebungsausschüssen, in vielfältigen Funktionen, als Gruppensprecher der Fraktion, usw. Es geht darum, dass jeder seine Arbeit macht, und nicht um Posten. Bei der Besetzung der Landesregierung habe ich, wie hinterlegt, folgenden Vorschlag unterbreitet, den ich jetzt noch einmal kurz erläutere, damit anschließend die Debatte fortgeführt werden kann.

Ich beginne bei Landesrat Arnold Schuler, der gleichzeitig die Funktion des ersten Landeshauptmannstellvertreters übernehmen wird: Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz. Land- und Forstwirtschaft ist für uns in Südtirol natürlich zentral, das ist die Basis, auch für unsere Kulturlandschaft und gleichzeitig auch Sicherheit in Zusammenhang mit Zivilschutz. Auch hier hat die Landwirtschaft eine Funktion durch das Bearbeiten der Landschaft. Produktion: Hier geht es um gesunde, sichere Lebensmittel, es geht aber auch um ressourcenschonende Bewirtschaftung. Das ist die große Herausforderung, das Nützen und Schützen in Einklang zu bringen. Das Stichwort Biodiversität ist im Regierungsprogramm ganz klar angesprochen. Dieses Ziel, die Biodiversität zu bewahren, auch und gerade dort, wo landwirtschaftliche Tätigkeit stattfindet, hier entsprechend auch gemeinsam alle Anstrengungen gemeinsam zu unternehmen, damit das möglich ist. Forstwirtschaft: Deren Bedeutung haben wir erkannt, erst jetzt wieder, als es die großen Schäden gegeben hat. Wir sind Laien, die sich täglich damit beschäftigen, wissen es, der Schutzwald, der Wald mit der vielfältigen Funktion. Auch hier das Nützen und Schützen im Vordergrund und auch wieder die Zivilschutzfunktion. Deshalb diese Zuständigkeiten in einer Hand. Das passt gut zusammen. Ich habe immer versucht, bei der Übertragung der Zuständigkeiten, das wirklich nach objektiven Kriterien zu machen, auch in Rücksprache und Absprache mit den betroffenen Personen.

Der Tourismus gemeinsam mit Landwirtschaft, das ist ein Thema. Tourismus und Landwirtschaft, das Zusammenspiel, wo wir in Südtirol ja immer hadern, dass es nicht so gut funktioniert. Das stimmt. Wir haben noch Potential. Man hat mir als Tourismuslandesrat in den letzten fünf Jahren oft - wenn ich in Bayern oder in anderen deutschen Bundesländern oder auch Richtung Süden, in der Toskana war - gesagt, dass wir in Südtirol wahnsinnig weit wären. Was die Zusammenarbeit von Tourismus und Landwirtschaft anbelangt, wollen wir noch weiter kommen. Wir wollen noch viel mehr dieses enge Zusammenspiel, damit wir zum einen die Produktion auch für den Tourismus haben, Produktion von Lebensmitteln, aber auch von Kulturlandschaft und zum anderen, dass der Tourismus etwas zurückgibt. Wir wollen, dass das gemeinsam gut stattfindet und das findet hier Gemeinsamkeit in einem Ressort.

Giuliano Vettorato, der zweite Landeshauptmannstellvertreter übernimmt die Bereiche italienische Bildung und Kultur, Energie und Umwelt. Italienische Bildung und Kultur, das gilt auch für die anderen Kulturasessorate, sei es für die deutsche als auch für die ladinische Kultur. Das ist natürlich das große Thema der Ausbildung insgesamt, der Chancengerechtigkeit durch Ausbildung, eines der zentralen Themen jeder Regierung. Das muss es sein. Zugang zu Bildung, gleichwertige und qualitativ hochwertige Bildung, zur Möglichkeit der Ausbildung zur Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungskarrieren, all das sind Themen, die wir ganz vorne geschrieben haben. Und natürlich geht es auch um den Sprachunterricht. Wir brauchen eine Stärkung des Sprachunterrichts, eine Verbesserung der Didaktik. Das Thema Zweitsprachen-/Fremdsprachenunterricht: Wie lerne ich die zweite/dritte Landessprache, wenn ich sie gar nicht kenne und zu Hause nicht mitnehme? Wir wollen das ernsthaft in die Hand nehmen, damit wir am Ende unserer Pflichtschulkarrieren auch Sprachkenntnisse haben, wie wir sie uns in Südtirol erwarten. Das ist eine große Herausforderung. Wir wollen beim Sprachunterricht Kontinuität herstellen und eine verbesserte Didaktik. Hier wollen wir wirklich sehr viel tun.

Energie und Umwelt. Wenn wir von Nachhaltigkeit und einer Klimalandstrategie in Südtirol sprechen, dann sind das zentrale Themen. Energie ist in den letzten fünf Jahren mit Alperia, diesem öffentlichen Energieunternehmen, gelungen, mit der politischen Aktion, die Zuständigkeit ins Land zu holen. Erstmals liegt die Gesetzgebungsbefugnis ausschließlich beim Land Südtirol. Wir werden ein neues Gesetz zur Vergabe der Wasserkonzessionen verabschieden müssen. Das wird Arbeit hier im Landtag sein. Es geht aber auch darum, dass wir das jetzt nützen, dass wir die öffentliche Gesellschaft haben, Netzausbau, Netzsicherheit, Versorgungssicherheit im Bereich der Energie. Das ist das Erste, was wir liefern können, aber damit in die neuen Technologien Akzente setzen, was z.B. Elektromobilität anbelangt, auch durch dieses Unternehmen.

Selbstverständlich geht es in diesem Bereich Umweltpolitik auch darum, dass wir unsere erfolgreichen Programme zur energetischen Sanierung von Gebäuden weiterfahren. Energieeinsparung: Wir haben zurzeit die Messe "Klimahaus" auch hier in Südtirol. Sie darf auf eine Erfolgsgeschichte verweisen. Wir wollen das weiterführen und weiterentwickeln. Es geht aber ganz besonders - und hier sind wir in der kommenden Legislatur als Landesregierung gefordert - um den Wassernutzungsplan, das heißt Wasser, Luft und Boden entsprechend zu schützen. Das Thema "Diesel", das Thema insbesondere der Luftverschmutzung, CO₂, aber nicht nur, sondern vor allem auch NO_x, also die Stickoxidbelastung, all diese Themen müssen wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten aktiv angehen.

Daniel Alfreider, der dritte Landeshauptmannstellvertreter, ist für ladinische Schule, Bildung und Kultur zuständig und gilt als Vertreter der Ladiner in der Landesregierung. Auch hier geht es im Besonderen um die Berücksichtigung der ladinischen Sprache und Kultur, eine weitere Stärkung der ladinischen Sprache und Kultur. Als kleinste Minderheit im Land verdient die ladinische Sprache und Kultur eine besondere Aufmerksamkeit, eine besondere Stärkung und einen besonderen Schutz. Er ist aber auch zuständig für das Verkehrsnetz und für die Mobilität.

Das Verkehrsnetz betrifft nicht nur die Straße, sondern auch die Schiene. Es geht ganz klar um einen regionalen Schienennetzausbau und gleichzeitig um das große Thema "Brennerbasistunnel/Zulaufstrecken". Es geht also um all diese Dinge, damit wir eine leistungsfähige Infrastruktur haben, um den Güterverkehr von der Autobahn auf die Schiene zu verlagern, aber auch um den Personenverkehr vom individuellen Fahrzeug auf das öffentliche Personennahverkehrsmittel, gerade im regionalen Verkehr, zu verlagern. Hier auch das Modell der Querfinanzierung. Wir verhandeln zurzeit mit der Regierung in Rom genau das, dass man die Einnahmen dafür verwendet, um diese Dinge möglich zu machen. Hier haben wir gute Voraussetzungen geschaffen und jetzt gilt es die Dinge umzusetzen. Wir kommen jetzt in die Bauphasen. Die Mobilität selbst, der öffentliche Personennahverkehrsdienst, Austausch der Fahrzeuge, Erneuerung des Fuhrparks, immer mehr hin Richtung Wasserstoff, E-Mobility, usw., aber im Besonderen noch bessere Vernetzung, noch bessere Dienste, noch bessere Vernetzung, Südtirol-Takt, Südtirol-Pass, hier wollen wir in Europa vorne bleiben.

Philipp Achammer hat ein großes Ressort zu tragen. Es ist aber stimmig. Deutsche Schule, Bildung und Kultur in bewährter Manier, aber jetzt kombiniert mit einem großen Teil der Wirtschaftsressorts, nämlich Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, aber auch dazu Arbeit und Integration. Das ist schon ein breites Ding, aber es ist stimmig, gerade in einer Phase, wo wir wissen, dass die Wirtschaft läuft. Wir haben Vollbeschäftigung, wir haben volle Auftragsbücher, wir haben gute Zahlen im Export, ja Rekordzahlen, die wir jedes Jahr fortschreiben, aber wir haben Fachkräftemangel. Wir müssen schauen, dass wir unsere Menschen hier im Lande ausbilden für die vielen Arbeitsstellen, die hier frei sind. Also ist diese Kombination ideal. Der Landesrat, der für die Berufsausbildung zuständig ist, übernimmt gleichzeitig auch für die Wirtschaftssektoren

in diesem Bereich Verantwortung. Man möchte das zusammenführen. Wir wollen Integration in Arbeit, wir wollen nicht Integration in den Sozialstaat, sondern wir wollen Menschen, die zu uns ins Land kommen, in unsere Gesellschaft integrieren. Da ist es wichtig, Sprache und Ausbildung zu gewährleisten, damit es für diese Menschen eine Arbeitstätigkeit gibt. Erst dann kann Integration funktionieren. Deshalb dieses runde Paket. Auch hier sind die Herausforderungen vielfältig, aber - ich glaube - wir können aufbauend auf dem, was wir gesetzlich auf den Weg gebracht haben, mit dem Prinzip fordern und fördern auch entsprechend gut agieren.

Massimo Bessone wird die Bereiche Hochbau und Technischer Dienst, Vermögen, Grundbuch und Katasterwesen übernehmen. Wir haben ein sehr ambitioniertes Programm im Hochbau. Es geht von den Spitalsbauten - Krankenhaus in Bozen, aber auch alle anderen Landeskrankenhäuser haben noch ehrgeizige Projekte -, Oberschulen, eine lange Liste von Bauten, die notwendig sind, um die Qualität zu halten, bis hin zu den Gebäuden für die Landesverwaltung. Wir wollen aus der Miete raus, wir wollen keine Mieten mehr bezahlen. Das kostet viel, viel mehr, als die Gebäude im Eigentum zu haben. Mit den Mieten, die wir uns sparen, finanzieren wir diese Gebäude und langfristig entlasten wir den Steuerzahler. Deshalb wollen wir dieses Programm umsetzen. Es geht aber vor allem nicht ums Bauen, sondern um Facilitymanagement. Es geht darum, diese Gebäude entsprechend gut zu verwalten, die Gebäude energiesparend entsprechend funktional auszustatten, dass gut gearbeitet werden kann. Wir wollen zunehmend nicht immer nur Geld in die Hand nehmen, sondern auch tauschen, das Vermögen neu aufstellen. Das Land hat sehr viel Vermögen und es ist jedes Jahr gewachsen. Es gibt jetzt auch die Möglichkeit, dieses Vermögen in Wert zu setzen, sehr oft auch durch Tausch. Gebäude, die brachliegen und für die öffentliche Verwaltung nicht mehr nötig sind, zu tauschen mit Gebäuden, die wir brauchen. Also hier gibt es sehr viel Spielraum und Handlungsmöglichkeiten, die wir gemeinsam in Angriff nehmen wollen mit dem zuständigen Landesrat Massimo Bessone.

Waltraud Deeg übernimmt den Bereich Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren. Das ist ein Paket, das in sich stimmig ist. Auch hier wieder der Versuch, die Dinge zusammenzuführen, dass man tatsächlich gestalten kann. Wir haben ja ein sehr ausgeprägtes soziales Netz, wir haben Sozialleistungen, wie es in wenigen Regionen in Europa gibt. Wenn wir z.B. die Pflegesicherung hernehmen, Gesundheits- und Sozialleistung in einem, das ist eine Leistung, die beide Bereiche betrifft, aber auch das Familiengeld, all diese Dinge. Es gibt noch viele weitere Formen, Wohngeld, usw., wir haben sehr viele Leistungen. Es gilt, diese gerecht und zielgenau zu gestalten. Wir wollen, - weil das Geld ja nicht unendlich ist, welches im Haushalt zur Verfügung steht, das sind ja Steuergelder, das zahlen unsere Bürgerinnen und Bürger - sicherstellen, dass diese Leistungen für jene gewährt sind, die sie objektiv brauchen. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, gleichzeitig soll es händelbar bleiben, es soll umsetzbar bleiben und nicht zum Bürokratiemonster verkommen. Die EVEL ist hier ein Instrument, das geschaffen worden ist. Wir wollen mit diesem Instrument weiterarbeiten, es weiter verbessern, damit wir Klarheit und Einfachheit gleichermaßen haben, und damit Gerechtigkeit schaffen. Im Wohnbau geht es darum, das Thema des leistbaren Wohnens aktiv anzugehen. Es ist ein Querschnittsthema. Man muss auch fiskalpolitische Maßnahmen setzen, die dann in einen Bereich fallen. Es betrifft uns immer alle als Landesregierung, steuerliche Anreize dafür zu schaffen, dass Wohnraum für Ansässige günstig zur Verfügung gestellt wird. Wir möchten auch raumordnerische Akzente setzen, dass Bestandsvolumen genutzt werden kann und bestehende Gebäude wieder als Wohnung zur Verfügung gestellt werden. Da ist vieles noch möglich. Aber gleichzeitig mit einem neuen Wohnbaugesetz möchten wir auch hier für mehr Klarheit und Einfachheit sorgen. Wir möchten weiters möglich machen, dass in den Wohnbaubereichen, gerade im sozialen Wohnbau ein schöner Mix herrscht und dieser "mexité sociale" geschaffen wird, dass es nicht zu Ghettobildungen kommt, sondern ein gemeinsames Leben in Gesellschaft ist. Auch das ist eine Zielsetzung.

Die Bereiche Familie und Senioren fallen auch in die Zuständigkeit der Kollegin Deeg. "Die Familie ist von unschätzbarem Wert", so steht es im Koalitionsprogramm. "Familie - so steht es im Familiengesetz - ist immer da, wo Menschen auch generationenübergreifend für andere Menschen Verantwortung übernehmen." Dieser Ansatz von Familie, ist immer der Ort, wo diese Situation eintritt, wo wir unterstützend und helfend eingreifen wollen, um diesen Wert Familie, dieses Füreinander, Verantwortung zu übernehmen, künftig entsprechend zu unterstützen. Darauf baut unsere Gesellschaft.

Maria Kuenzer übernimmt die Bereiche Raumordnung, Landschaftsschutz und Denkmalschutz. Wir haben das neue Raumordnungsgesetz. Das Ganze gilt es jetzt umzusetzen. Das Land muss hier noch die Durchführungsbestimmungen erlassen. Wir haben vor allem die Aufgabe, alle Akteure in diesem Bereich in die Lage zu versetzen, mit diesen neuen Instrumenten zu arbeiten. Das beginnt bei unseren Ämtern in der Landesverwaltung, das betrifft ganz im Besonderen die Gemeinden, die Gemeindebauämter, usw. aber es betrifft auch

die Freiberufler, die tätig sind, und letztlich die Unternehmer und die Menschen, die bauen, sanieren, umbauen oder renovieren wollen. Dieses neue Instrument soll wirklich dazu dienen, wofür es gemacht worden ist, nämlich Zersiedelung zu vermeiden, Bestandsgebäude besser zu nutzen, auch entsprechend Wohnen leistbarer zu machen und dafür zu sorgen, dass es im ganzen Land weitere Entwicklungen gibt, aber gleichzeitig geschützt wird. Das, was wir haben, die Landschaft bzw. die Ökologie ist der Ast, auf dem wir sitzen. Den dürfen wir nicht absägen. Es handelt sich um eine schöne Verantwortung und eine große Chance. Landschaftsschutz und Raumordnung in einem Gesetz, in einer Hand und gemeinsam wollen wir eben diesen Ausgleich schaffen.

Dass der Denkmalschutz dazukommt, ist neu, aber auch hier geht es im Prinzip um dasselbe. Denkmalgeschützte Gebäude bleiben nicht in ihrem Wert, wenn sie nicht genutzt werden. Dann ist die Gefahr groß, dass sie verfallen, dass sie nicht mehr da sind. Deshalb muss man das nützen, möglich machen, aber gleichzeitig natürlich das Schützenswerte bewahren, sonst verfehlen wir genau diese Zielsetzung. Auch hier gilt es mit diesem Ansatz heranzugehen, den Menschen zu ermöglichen, dass sie mit ihrem denkmalgeschützten Objekt Freude haben, sich damit identifizieren können und es gerade deshalb für die nachfolgenden Generationen als Kulturdenkmal erhalten.

Thomas Widmann - alphabetisch zum Schluss - ist für die Bereiche Gesundheit, digitale Infrastruktur und Genossenschaftswesen zuständig. Gesundheit: Wir haben in den letzten fünf Jahren sehr viel über Gesundheit diskutiert, auch im Südtiroler Landtag. Es ist über die Debatte, die hier im Landtag und in den Medien stattgefunden hat, der Eindruck entstanden, dass unser Gesundheitswesen im Sterbebett liegt, im Siechtum. Die Wirklichkeit stellt sich doch anders dar. Wir haben nach wie vor ein hervorragendes Gesundheitswesen, wir haben aber einige große Herausforderungen zu bewältigen gehabt. Es sind neue Regelungen, die auf uns zugekommen sind, wo wir uns umstellen mussten, und das war mit Schmerzen verbunden. Die Medizin insgesamt stellt sich auch um, aber wir haben Grundsatzentscheidungen getroffen. Wir wollen sieben Krankenhäuser im Land, die vernetzt miteinander und arbeitsteilig agieren. Wir wollen weiterhin eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung im ganzen Land und eine wohnortnahe Versorgung gewähren und garantieren. Wir wollen aber gleichzeitig sicherstellen, dass man immer die bestmögliche Leistung erhält. Wir haben die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Es geht jetzt sehr stark um die Umsetzung dieses Gedankens. Die Digitalisierung muss kommen und durchgängig sein. Wir sind nicht auf dem Niveau, auf dem wir sein könnten. Wir müssen jetzt, wo die Fachkräfteausbildung nach österreichischem Modell wieder möglich ist, auch tatsächlich schauen, möglichst viele Fachärzte auszubilden und darauf schauen, dass sie dann hier in diesem Land in den sieben Krankenhäusern arbeiten. Das gilt für alle Ärzte/Arztinnen, Pfleger/Pflegerinnen, für die Schwestern, für die Techniker, die arbeiten. Es muss gelingen, dass diese jeden Morgen mit großer Freude zu ihrer Arbeit gehen. Es geht auch darum, dass man darstellt, dass der Südtiroler Gesundheitsbetrieb ein hervorragender ist und es wieder Ruhe und Sicherheit gibt. Ich glaube, das ist eine schöne Herausforderung und ich bin überzeugt, dass das gelingen wird.

Die digitale Infrastruktur: Wir sind hier im europäischen Vergleich gut unterwegs, wir wollen aber ganz vorne bleiben. Für einen ländlichen Raum, für ein Berggebiet sind wir gut. Wir wollen aber, dass sie in allen Dörfern, in allen Gemeinden funktioniert. Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass wir der Abwanderung entgegenwirken, dass wir überall diese Angebote haben. Auch hier wird Thomas Widmann die Verantwortung übernehmen und das gemeinsam mit den Gemeinden weiterentwickeln.

Letztlich komme ich zum Genossenschaftswesen, das so bedeutsam für unser Land ist. Der ehemalige Wirtschaftslandesrat, der hier auch Kenntnis hat, wird Sorge tragen, damit man das Genossenschaftswesen zum einen im sozialen Bereich und zum anderen auch im wirtschaftlichen Bereich entsprechend weiterbringt.

Das war jetzt ein Überblick und Sie werden festgestellt haben, dass das nur in anderer Weise dasselbe ist, was im hinterlegten Programm steht, jetzt auch dargestellt anhand der Arbeitsteilung, die wir uns in der Landesregierung vornehmen wollen. Eines ist aber ganz klar: Die Verantwortung ist immer eine gemeinsame der gesamten Landesregierung.

Ich selbst habe als Landeshauptmann die Verantwortung dafür zu sorgen, dass wir dieses Programm auch umsetzen und entsprechend mit den Lenkungsfunktionen, die das Autonomiestatut dem Landeshauptmann zuschreibt, auch dafür zu sorgen, dass die Landesräte/die Landesrätinnen auch in der Lage sind, diese Ziele zu erreichen.

Ganz in diesem Sinne war es dann die Entscheidung als Landeshauptmann die Bereiche Außenbeziehungen und Europa - da geht es um die Autonomie, die Vertretung des Landes in Rom, Wien und Brüssel - weiterzuführen. Das ist ganz klar. Aber auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit den Körperschaften im Land, die maßgebend Verantwortung tragen, ist wieder beim Landeshauptmann angesiedelt. Daneben gibt

es die Zuständigkeit für die Verwaltung. Die Verwaltung, die Mittel zum Zweck ist, im Dienste der Bürger zu stehen, um all diese Leistungen entsprechend umzusetzen. Wir haben eine hervorragende Landesverwaltung, wir haben motivierte und hervorragend ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wir müssen sie aber auch in die Lage versetzen, gut arbeiten zu können. Es sind nämlich immer weniger Menschen, mit denen wir auskommen müssen. Auch die öffentliche Verwaltung leidet unter Fachkräftemangel. Der einzige Bereich, der in den letzten Jahren nicht mehr Arbeitsplätze in diesem Land zur Verfügung stellte, ist der öffentliche Bereich. Das werden Sie aus den Statistiken wissen. Überall sonst ist die Zahl der Mitarbeiter gewachsen, im öffentlichen Bereich nicht. Wir müssen immer mehr Leistungen erbringen, das heißt, dass wir große Herausforderungen in der Verwaltung haben. Wir müssen die Organisationsstruktur so gestalten, dass es möglich ist, unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirklich dadurch auch zu motivieren, weil wir diese Voraussetzungen schaffen. Deshalb sind Finanzen, Personal und IT-System des Landes in einer Hand. Generalsekretär und Generaldirektor stehen dem Landeshauptmann zur Verfügung, um die Landesverwaltung in die Lage zu versetzen, gut zu arbeiten.

Universität, Forschung, Innovation und Museen sind aus meiner Sicht Schlüsselkompetenzen für die Weiterentwicklung des Landes. Wir müssen unsere Stärken stärken, indem wir gerade auch in der Ausbildung Entsprechendes leisten. In der Universität, in der Lehre, aber auch in der Forschung in Partnerschaft mit der Wirtschaft, mit allen Forschungseinrichtungen müssen wir hier dafür sorgen, dass unser Land auch weiterhin vorne bleibt in jenen Bereichen, wo wir schon sehr stark sind, obwohl wir doch ein so kleines Land sind.

Viele haben sich gefragt, wie die Museen in diesem Kontext stehen. Museen sind letztendlich Forschungseinrichtungen, also sie betrachten. Sie passen hier sehr gut dazu. In Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen - das passt wunderbar zusammen - wollen wir gemeinsam neue Akzente setzen.

Sport, im Besonderen der Sport als Breitensport: Der Breitensport ist gleichzeitig eine Schule fürs Leben. Es geht um Gesundheit, es geht um Prävention, es geht aber auch um Sozialisation. Gerade heute, wo es sehr viele Ein-Kind-Familien gibt, kann das Schule allein nicht leisten. Auch im Sport lernt man aufeinander Rücksicht nehmen, Regeln einzuhalten, das ist besonders wichtig. Wir wollen die Vereine entsprechend unterstützen.

Auch das Ehrenamt ist beim Landeshauptmann angesiedelt und von großer Bedeutung für das Land. Hier geht es darum, Erleichterungen zu schaffen, Bürokratie und Hindernisse zu überwinden, auch um das Thema der Chancengleichheit. Ich bin übrigens der Meinung, dass das nicht ein reines Frauenthema ist, wenn wir den Beirat betrachten, Kollegin Foppa. Die Frage ist, ob er immer so besetzt sein muss, wie er es heute ist. Hier müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen, um für Chancengleichheit zu sorgen.

Dann geht es um das Thema "Südtirol in der Welt", früher gab es die Bezeichnung "Heimatterne". Vielleicht ist jetzt Südtirol in der Welt umfassender, weil es um sehr viele vielfältige Situationen geht.

Beim Sport, noch einmal, der Breitensport: Die Unterstützung der Athleten und Südtirol als Stätte von sportlichen Großveranstaltungen. Die sind indirekt schon beim Landeshauptmann gewesen, auch deshalb, weil es um Sponsoring und Unterstützung geht. Hier wollen wir dafür sorgen, dass diese Großveranstaltungen entsprechend unseren Ansprüchen ablaufen, auch nachhaltig und hier die Botschaft nach außen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die Aufmerksamkeit, vielen Dank noch einmal dafür, dass Sie sich entschieden haben, gemeinsam für dieses Land zu arbeiten! Das ist das Programm, das die Mehrheit - das werden wir dann in der Abstimmung sehen -, als Südtiroler Volkspartei und Lega vorlegt. Wir haben es gemeinsam erarbeitet. Ich denke, Sie finden auch viele Themen darin, die sie durchaus teilen können. Es kommt darauf an, dass wir das jetzt gut umsetzen. Ich hoffe, es gelingt uns gemeinsam, das zu tun und zwar so, wie es die Bürgerinnen und Bürger erwarten. Sie erwarten sich, dass viele Dinge jetzt rasch passieren und dass die Herausforderungen herangegangen und bewältigt werden können. Wir stehen zur Verfügung. Wir tun dies im Bewusstsein unserer Verantwortung, die wir übernehmen. Wir wollen das auch mit Demut tun, aber gleichzeitig mit dem notwendigen Selbstbewusstsein. Südtirol ist ein besonderes Land mit besonderen Menschen, noch einmal zum Abschluss, wo es eine Freude ist, für diese Menschen zu arbeiten. Vielen Dank!

PRÄSIDENT: Wir kommen nur zur Debatte zum Regierungsprogramm. Laut Artikel 10 Absatz 7 der Geschäftsordnung hat jeder/jede Abgeordnete jeweils zweimal die Möglichkeit das Wort zu ergreifen und für maximal 15 Minuten insgesamt zu sprechen. Ich bitte nun die Abgeordneten das Wort zu ergreifen. Kollege Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Wenn uns der Landeshauptmann aufruft zu streiten, dann nehmen wir dieses Angebot in dem Sinne, wie er es hier gesagt hat, natürlich gerne an.

Der Wettstreit der besten Ideen. Ich möchte hier drei Punkte ein bisschen bearbeiten, und zwar zunächst die Wahl, wie die Landesregierung überhaupt gewählt wird. Dann werde ich auf das Programm an sich eingehen und später noch etwas zur Zuteilung der einzelnen Ressorts sagen. Erlauben Sie mir zunächst den Hinweis auf eine sprachliche Korrektur, weil der Fehler oft im Detail steckt. Auf Seite 6 des Regierungsprogramms und auf Seite 21 ist davon die Rede, dass die Autonomie des Landes dazu dient, in Südtirol die deutsche und ladinischsprachige Minderheit zu schützen. Das stimmt natürlich nicht. Die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung ist in Südtirol nicht die Minderheit, das ist die Mehrheit. Ich würde vorschlagen, dass man anstatt dem Wort "Minderheit" das Wort "Bevölkerung" schreibt. Dann würde es lauten: "zum Schutze der deutschen und ladinischsprachigen Bevölkerung in Südtirol". Das ist zwar eine Kleinigkeit, aber es ist für die Wahrnehmung der Autonomie wichtig, dass wir in Südtirol nicht eine Minderheit sind, sondern dass wir die Mehrheitsbevölkerung sind und aus dieser Situation heraus ein gesondertes Recht auf diesen Autonomiestatus haben. Das ist aber nur eine kleine Ausbesserung sprachlicher Natur.

Was die Wahl der Landesregierung selbst anbelangt, so haben wir vor einigen Jahren das Reglement geändert, dass die Landesräte nicht mehr einzeln gewählt werden, also dass die einzelnen Landesräte at personam mit den zugeteilten Ressorts gewählt werden, sondern dass man hier den ganzen Block wählt. Ich halte diese Wahl on-block für äußerst ungeschickt aus einem ganz einfachen Grund, weil es dem Landtag die Möglichkeit nimmt, über die einzelnen Landesräte zu befinden. Wir kaufen hier, wenn man so will, die Katze im Sack, weil man nicht zu einem einzigen Landesrat Stellung nehmen kann. Wir hätten beispielsweise - und ich spreche für unsere Landtagsfraktion - durchaus einzelne Landesräte, denen wir als Person und auch den zugeteilten Ressorts das Vertrauen aussprechen könnten, andere aber denen wir wiederum nicht das Vertrauen aussprechen könnten. Diese Differenzierung kann man mit dieser Art von Wahl nicht vornehmen, weil man entweder alles oder gar nichts kaufen muss. Genauso hält es sich im Laufe der Legislaturperioden, dass man nicht einen Misstrauensantrag gegen eine Person einreichen kann, sondern dass es immer die ganze Landesregierung sein muss. Das ist ein Stück weit Kontrollverlust des Landtages. Ich würde es für sinnvoll erachten, wenn der Landtag hier für jeden einzelnen Landesrat befinden kann. Halte ich diese Person für fähig, dieses Amt auszuüben und bin ich der Meinung, dass die ihm zugeteilten Ressorts die richtigen sind? Das ist auch eine Frage, die es zu klären gilt und auf die wir noch im Detail zu sprechen kommen werden.

Was nun das Programm als solches anbelangt, so sind in diesem Regierungsprogramm viele Schlagworte enthalten. Es sind viele einzelne Punkte hervorgehoben worden. Was uns in diesem Regierungsvorhaben ein bisschen fehlt, sind die Angaben darüber, was man konkret umsetzen möchte und vor allem wie man das Ganze umsetzen möchte. Wenn ich beispielsweise das Thema Migration hernehme, dann ist das zurzeit ein wichtiges Thema nicht nur in Südtirol, sondern in ganz Europa. Das wird auch der Lega ein wichtiges Thema sein. Ich denke, ein Großteil der Wähler, die die Lega gewählt haben, haben die Lega aufgrund des Themas Migration gewählt und nicht, weil sie sich in der Landesregierung für Grundbuch und andere Sachen einsetzen dürfen. Ich glaube, der Hauptpunkt war die Migration. Wenn als eine der ganz konkreten Maßnahmen drinnen steht: "Beteiligung an den übergeordneten Entscheidungsprozessen zur Entwicklung einer tragfähigen europäischen Migrationspolitik", dann heißt das alles, aber es heißt auch gar nichts. Was heißt das konkret für Südtirol? Was wollen wir in der Frage der Migrationspolitik in Südtirol ändern? Wie wollen wir gestalterisch tätig sein? Wollen wir beispielsweise im autonomiepolitischen Sinne eine Zuständigkeit in der Einwanderungsfrage? Das wäre eine ganz konkrete Forderung, die hier miteinfließen könnte. Was wollen wir gestalterisch im Rahmen der Integrationsmöglichkeiten machen? Wie wollen wir regeln, dass Menschen, die einen ungültigen Asylbescheid haben, nicht länger in Südtirol leben dürfen? Wie wollen wir regeln, dass Menschen auch abgeschoben werden, für die es kein Rücknahmeabkommen mit den jeweiligen Staaten gibt? Wie wollen wir regeln, dass auch straffällig gewordene Asylwerber nicht im Land bleiben dürfen? All das wären Punkte, die gerade in diesem Aspekt der Migrationspolitik ganz essenziell wären. Da ist es zu wenig zu sagen: "eine tragfähige europäische Lösung". Darauf beruft sich seit 2015 jeder in Europa und wir wissen, dass man diese tragfähige Lösung bisher, vor allem was die Verteilung anbelangt, nicht hat. Auch das ist hier im Regierungsprogramm genannt. Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf Europa mag zwar ein Wunsch sein, wird aber in der Realität in Europa nicht umzusetzen sein.

Was das Thema Integration anbelangt, so ist auch in dieser Woche bereits in den Medien diskutiert worden, wie wir damit umgehen, dass in unseren Schulen und Kindergärten immer mehr Kinder sitzen, die nicht nur einen Migrationshintergrund haben, sondern auch der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Auch

hier hätten wir uns eine ganz konkrete Antwort erwartet im Hinblick darauf, dass Kinder und Eltern angehalten werden, verpflichtend die Sprachen des Landes zu lernen. Hier denken wir auch an die Modelle, die in anderen Ländern bereits angedacht werden. Es geht nicht darum, ein zweijähriges Kind einem Grammatiktest zu unterziehen, wie das von manchen Medien in den letzten Tagen dargestellt wurde. Es geht einfach darum sowohl mit den Eltern als auch mit den Kindern eine Art Erhebungsgespräch zu machen, um festzustellen: Hat dieses Kind überhaupt rudimentäre Kenntnisse der Sprache des Kindergartens oder der Schule, in dem/der es eingeschrieben wird? Wenn man feststellt, dass das Kind, wenn es beispielsweise in die erste Volksschulklasse eingeschrieben wird, kein einziges Wort Deutsch kann, dann ist es zu wenig, wenn man dieses Kind in der Regelklasse lässt und glaubt, dass die Lehrperson in der Lage sein wird, dieses Kind adäquat auf die deutsche Sprache hinzuführen. Das zeigen uns die Zahlen, die die Landesregierung veröffentlicht hat, dass dieses Kind nicht ein Einzelfall ist, sondern dass es inzwischen Schulen und Kindergärten in Südtirol gibt, wo der Ausländeranteil 60%, in der Realität der Anteil der Nicht-Deutschsprachigen - denn auch die Italiener schreiben ihre Kinder in deutschen Schulklassen ein -, wahrscheinlich teilweise bei 80% liegt, vor allem in den großen Städten wie Bozen, Meran, Brixen, also in den Ballungszentren. Wir haben das Phänomen nicht im ganzen Land. Das ist auch unsere große Chance, denn wenn wir dieses Phänomen im ganzen Land in allen Schulen hätten, dann wäre es schwierig, hier noch gestalterisch tätig zu werden. Wir haben aber "die glückliche Situation", dass wir dieses Problem nur in spezifischen Schulen und nur in Ballungszentren haben. Hier erscheint mir das österreichische Modell der Einführung der sogenannten Deutschförderklassen durchaus sinnvoll. Das heißt, diese Kinder werden in eine reguläre Schule eingeschrieben. Wenn wir aber sehen, dass diese Kinder keine Deutschkenntnisse haben, dann müssen sie eine bestimmte Anzahl von Stunden in einer gesonderten Klasse verbringen, um dort einen intensiven Deutschkurs zu absolvieren. Die restliche Zeit verbringen die Kinder in der normalen Klasse, wo sie die Kenntnisse, die sie erworben haben, mit normalen Schülern anwenden können. Auch das gehört zum Spracherwerb dazu. Sprache kann nicht nur in einer Klasse oder Fördergruppe vermittelt werden, sondern da zählt auch die Interaktion mit anderen Kindern dazu. Dann sollen sie in der normalen Klasse bei nicht sprachintensiven Fächern, Turnen, Kunst, Musik, was auch immer, in der normalen Klasse verbleiben. Diese Kinder sollen ungefähr für ein Zeitraum von einem Jahr Grundkenntnisse in der deutschen Sprache erlangen, damit sie dann dem Unterricht folgen können. Die gleiche Verantwortung gilt aber auch für die Eltern. Man kann nicht erwarten, wenn im Elternhaus kein einziges Wort Deutsch gesprochen wird, dass man das Kind einfach in die Schule schickt und sagt: "So liebe Schule, liebe Lehrer, jetzt macht mal!" Das ist zu wenig. Hier braucht es auch das Bewusstsein der Eltern, dass man die deutsche Sprache auch außerhalb der Schule fördern muss. In Südtirol hat dazu jeder die Möglichkeit. Im alltäglichen Umgang mit den Mitbürgern in Südtirol gibt es keine Gemeinde in Südtirol, wo man nicht jeden Tag mit irgendjemanden Deutsch sprechen könnte. Wenn ich als Elternteil entscheiden muss, ob mein Kind am Nachmittag zwei Stunden Kinderprogramm im Fernsehen in italienischer Sprache schaut und es mir wert ist, dass mein Kind Deutsch lernt, dann werde ich als Elternteil die Verantwortung übernehmen müssen, dafür Sorge zu tragen, dass das Kind gewisse Programme in deutscher Sprache anschaut, weil das auch zum Unterricht und zur Förderung der Sprache gehört. Also das wären ganz konkrete Maßnahmen, die wir uns erwarten würden.

Beim Ausbau der Autonomie ist zwar die Rede davon, dass die verlorengegangenen Kompetenzen wieder zurückgeholt werden sollen, das findet auch unsere Unterstützung, aber die Frage ist, was mit dem Autonomiekonvent ist. Davon hört man in Südtirol gar nichts mehr. Was ist mit den Ergebnissen des Autonomiekonvents? Was ist mit der Vollautonomie? Was ist mit dem Vorschlag, den der Noch-Landtagspräsident Widmann einmal gemacht hat? Sich sozusagen freizukaufen, indem man sich all die Kompetenzen holt, außer Außenpolitik, Verteidigung, usw., die man in Südtirol selbst verwalten könnte. Das wären ganz konkrete Forderungen.

Ein Wort noch zur Europaregion. Da steht im Regierungsprogramm etwas drin, was einfach falsch ist. Es heißt: "In einem Europa, das sich immer mehr zu einem Europa der Volksgruppen entwickelt." Also dieses Europa kenne ich nicht. Ich erlebe in den letzten fünf, acht Jahren ein Europa, das sich immer mehr in Richtung Nationalstaaten entwickelt und weniger in ein Europa der Völker und Regionen. Also, das ist ein Wunschdenken. Das hat aber leider mit der Realität in Europa gar nichts zu tun.

Ein Wort noch zum Wohnen, die Sozialwohnungen. Auch hier haben wir einen großen Bedarf, in der Politik gestalterisch tätig zu werden, und zwar weil es eine Ungleichbehandlung in Südtirol gibt. Es gibt Menschen, die in Südtirol bis ins kleinste Detail nachweisen müssen, dass sie kein Einkommen haben, dass sie kein Grundstück besitzen, dass sie im Grunde über keine Werte verfügen. Und es gibt Menschen, die einfach eine Eigenerklärung abgeben können, wo sie sagen: "Ich habe nichts" und das wird so akzeptiert. Das ist eine

Ungleichbehandlung. Wir stellen uns hier eine Regelung vor, dass Sozialwohnungen nur die erhalten, die nachweisen können, dass sie bedürftig sind, die nachweisen können, dass sie keine Wohnungen und keine Grundstücke besitzen. Wer das nicht nachweisen kann, kann nicht in den Genuss dieser Sozialwohnungen kommen. Das ist etwas, glaube ich, was wir unserer Bevölkerung auch schulden.

Erlauben Sie mir, noch etwas zur Verteilung der Ressorts zu sagen. Der Landeshauptmann hat einen Vorschlag gemacht. Meine Kollegin wird Ihnen einen Vorschlag austeilen, den wir hier machen würden. Wir haben auch gesagt, dass es einfach zu wenig ist, nur zu kritisieren, wie diese Ressorts verteilt wurden. Wir stellen uns die Frage: Wie würden wir es für sinnvoll erachten, die Ressorts zu verteilen? Das sage ich nicht aus einer Laune heraus, sondern aus Erfahrung der letzten Jahre. Wir haben in den letzten beiden Legislaturperioden leider erlebt, dass immer wieder Ressorts nach politischem Gesichtspunkt verteilt wurden und nicht - das sage ich ganz bewusst - nach Talenten und auch nach dem Hintergrund, den diese einzelnen Personen, die in die Landesregierung eintreten sollen, mitbringen werden. Das halte ich persönlich für einen Fehler. Es hat sich gerade in der letzten Legislaturperiode gezeigt, dass manchmal Landesräte Ressorts zugeteilt bekommen haben, für die sie nicht geeignet gewesen sind. Vielleicht wären sie für andere wesentlich geeigneter gewesen, ich nenne hier als Beispiel - sie wird es mir hoffentlich nicht übelnehmen - die Landerätin Martha Stocker. Sie wäre eine exzellente Landesrätin für Schule und Kultur gewesen, aber mit der Medizin ist sie einfach überfordert gewesen. Das ist so ein Beispiel, wo ich darauf hinweisen möchte, dass es sinnvoller wäre, wenn man die Ressorts anders verteilen würde. Damit man das besser erläutern kann, haben wir uns Gedanken gemacht, welche Ressorts man anders verteilen könnte.

Beim Landeshauptmann Arno Kompatscher würden wir die Gemeinden und den Sport wegnehmen und ihm stattdessen den Zivilschutz geben. Warum den Zivilschutz? Der Landtag hat sich bereits dafür ausgesprochen, dass die Zuständigkeiten des Regierungskommissariats dem Landeshauptmann übertragen werden. Wir haben uns angeschaut, wie das in anderen Regionen z. B. im Aostatal der Fall ist, wo der Präsident der Region, der Landeshauptmann in unserer Funktion, genau diese Funktion ausübt. Der Zivilschutz ist ein ganz wesentlicher Aspekt der öffentlichen Sicherheit und sollte deswegen laut unserer Meinung dem Landeshauptmann übertragen werden.

Arnold Schuler ist als Landeshauptmannstellvertreter vorgesehen, wir würden hier Landesrätin Waltraud Deeg vorsehen. Wir sind der Meinung, dass sie in der letzten Legislaturperiode durchaus gute Arbeit geleistet hat. Also wäre es durchaus sinnvoll, einmal eine Frau als Landeshauptmannstellvertreterin vorzusehen. Wir würden dem Landesrat Arnold Schuler Land- und Forstwirtschaft zuteilen und den Zivilschutz nicht. Wir würden ihm aber die Gemeinden, die Raumordnung und den Sport zuteilen. Warum? Landesrat Schuler war selbst viele Jahre Bürgermeister, ist den Gemeinden vorgestanden und ist in diesem Bereich ein Experte. Es würde also Sinn machen, ihm diese Kompetenzen zu geben. Im Sport, in diesem Bereich, auch durch seinen familiären Hintergrund, kennt er sich aus. Also wäre es durchaus sinnvoll, ihm diesen Bereich zu geben.

Daniel Alfraider: Die Mobilität würden wir ihm nicht geben, aber wir würden ihm die digitale Infrastruktur geben. Warum? Weil das Verkehrsnetz heute nicht nur auf der Straße funktioniert, sondern auch das digitale Verkehrsnetz eine ganz wesentliche Rolle in Südtirol hat. Das gehört auch zur Anbindung Südtirols.

Philipp Achammer würden wir belassen, Massimo Bessone und Giuliano Vettorato auch. Waltraud Deeg sollte die Landeshauptmannstellvertreterin sein.

Maria Hochgruber Kuenzer, das ist genauso ein Beispiel, wie ich es vorher bei Martha Stocker genannt habe. Maria Hochgruber Kuenzer kommt aus dem Bauernstand, war Landesbäuerin, ist die Experte in Fragen Landwirtschaft. Was würde näher liegen, als gerade ihr die Landwirtschaft zu übertragen? Stattdessen bekommt sie die Raumordnung. Ich will nicht sagen, dass ich ihr die Raumordnung nicht vertraue, aber die Raumordnung liegt ihr wahrscheinlich auch wegen ihrer Herkunft weniger als die Landwirtschaft. Warum nutzen wir nicht die Fähigkeiten, die sie im Bereich der Landwirtschaft hat, um sie das hier im Landtag zur Geltung bringen zu lassen, anstatt ihr ein Ressort zu übertragen, das nicht dem entspricht, aus dessen Hintergrund sie kommt? Uns erscheint sinnvoll Maria Hochgruber Kuenzer mit der Landwirtschaft zu betrauen.

Thomas Widmann. Die digitale Infrastruktur würden wir ihm nicht geben, die würden wir Daniel Alfraider übertragen. Wir würden ihm aber die Mobilität übertragen. Thomas Widmann hat in der Funktion als Landesrat für Mobilität bereits bewiesen, dass er hier Fähigkeiten hatte. Wenn wir uns die letzten 10 Jahre anschauen, dann ist in den letzten 5 Jahren nicht mehr viel weiter gegangen. Ehre, wem Ehre gebührt! Das kann man ganz offen sagen. Landesrat Thomas Widmann hat damals in seiner Funktion als Landesrat für Mobilität etwas weitergebracht. Wenn jemand etwas geleistet hat und bewiesen hat, dass er in der Lage ist, ein Ressort zu führen, dann halten wir es auch für sinnvoll, dass das fortgeführt wird.

Das wären unsere Vorschläge, wie man eine Landesregierung besser besetzen könnte, das heißt nicht, dass wir mit den personellen Zuteilungen zufrieden sind, das ist aber eine Entscheidung der Mehrheit und das respektieren wir auch. Das ist die Entscheidung des Landeshauptmannes, der sagt: "Das ist mein Team, das ich gerne haben möchte." Die Frage aber, wer welche Kompetenzen bekommt, das wäre, so wie ich es vorher gesagt habe, etwas, das man einzeln wählen sollte. Der Landtag sollte darüber befinden: Trauen wir das dieser Person zu, dieses Ressort zu übernehmen, oder glauben wir, sie solle ein anderes Ressort übernehmen?

Zum Abschluss: Der Landeshauptmann hat uns ja sozusagen zum Streit aufgefordert. Ich möchte ihm hier nicht den Fehdehandschuh hinwerfen, sondern ihm eher die Hand reichen. Wir haben gesagt, wir werden hier im Landtag genau kontrollieren, wir werden streng hinschauen. Wir werden immer dann eine harte Opposition machen, wenn es notwendig ist. Wir werden aber genau so bereit sein, konstruktiv mitzuarbeiten, wenn es im Sinne des Landtages ist. Abschließend kann man sagen: Egal, wer hier im Landtag sitzt, wir wollen alle dasselbe, nämlich das Beste für Südtirol!

PRÄSIDENT: Ich würde bitten, nachdem sich ganz viele Redner gemeldet haben, dass wir versuchen, uns an die vorgeschriebene Redezeit zu halten. Sonst summiert es sich doch beträchtlich. Abgeordneter Staffler, Sie haben das Wort, bitte.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herzlichen Dank, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor acht Tagen standen wir hier und an dieser Stelle wurde die Opposition aufgefordert, sie möge doch bitteschön die Landesregierung an ihren Taten messen. Die erste Tat des Landeshauptmanns ist nun die Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen Landesregierung, über die Aufteilung der Kompetenzen und natürlich auch über das Regierungsprogramm.

Die Regierungsvereinbarung ist auch nach wiederholtem Lesen ein Dokument, das sehr allgemein gehalten ist und wenig Konkretes zu bieten hat, worin zwar alle Politikfelder - das muss man sagen - aufgeschürft, aber keines mit Tiefgang gepflügt wurde. Auffallend sind zahllose Ankündigungen, die aber wegen mangelnder Kennzahlen weder vorausblickend messbare Ziele erkennen lassen, noch in fünf Jahren rückblickend einer Evaluation standhalten können.

Ich darf an dieser Stelle ein Beispiel aus der Tiroler Realität bzw. aus dem Tiroler Regierungsprogramm 2018 zitieren, wo die Koalitionspartner ÖVP und Grüne Folgendes vereinbaren: "*Den Start einer Offensive für leistbares Wohnen zur Entlastung des Tiroler Wohnungsmarktes. Dafür werden in der kommenden Legislaturperiode 2018-2023 mindestens 230 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt, die sich grob wie folgt verteilen ...*" Es folgt ein detaillierter Aufteilungsschlüssel. So in etwa stellen wir uns konkrete Arbeitsprogramme, konkrete Regierungsprogramme oder konkrete Koalitionsabkommen vor!

Nun liegt uns seit einer Woche ein Dokument vor, das einerseits schwer greifbare Inhalte bietet und andererseits erste Einblicke in die neue Organisation erlaubt. Ich behaupte, dass der zweiseitige "Vorschlag für die Zusammensetzung der Südtiroler Landesregierung - Legislaturperiode 2018-2023" weitaus interessanter und informativer ist als die restlichen 70 Seiten, wo es zwar um den Inhalt aber nicht zur Sache geht.

In der Organisationsforschung gibt es den Satz: "*Organisation ist die Dienerin des Geschäfts.*" Das heißt, dass man an der Organisation erkennen kann, ja erkennen muss, wie die Geschäftsziele strategisch ausgerichtet sind, welche Geschäftsfelder an Wichtigkeit ganz oben und welche ganz unten rangieren.

Vom politischen Standpunkt aus fällt positiv auf, dass der Landeshauptmann endlich die wichtigsten Querschnittskompetenzen wie Personal, Finanzen und EDV - ich persönlich hätte ihm noch gerne das Landesvermögen gegeben - unter seine Fittiche nimmt und somit aus der Sicht der Verwaltung an Stärke gewinnt. Strategisch könnte das bedeuten, dass der Landeshauptmann wirklich beabsichtigt, die Zügel fest in die Hand zu nehmen.

Dass das aber das Gesundheitsressort, das seit "Menschengedenken" in der Hand von vorsichtigen und reflektierenden Sozialpolitikern (Stocker, Theiner, Saurer) lag, ab nun in die flinken Hände eines neoliberalen Wirtschaftsmannes gleiten soll, spricht Bände und zeigt jetzt schon auf, wohin die Reise unserer Sozial-einrichtung Nr. 1 gehen soll.

Das steuerfinanzierte und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Südtiroler Gesundheitssystem wird im neoliberalen Wirtschaftslager bereits seit einiger Zeit aufmerksam beobachtet, weil mit der sogenannten "Filletmedizin" am privaten Markt ordentlich Geld gemacht werden kann. Man darf schon gespannt sein, wann

die ersten Investoren in Privatkrankenhäuser auf den Plan treten und wie sich der Landesrat angesichts dieser bevorstehenden Attacke auf unser Gesundheitssystem verhalten wird. Jedenfalls wurden mit dieser Personalentscheidung Voraussetzungen für die Liberalisierung der Medizin geschaffen und der Grundstein für die Zweiklassenmedizin gelegt.

Ähnlich besorgniserregend ist es um Raumordnung, Natur und Landschaft bestellt, welche in den Händen einer Bauernbundvertreterin sind. "*Man habe - Zitat - den Bock zum Gärtner gemacht*", tönte es aus den Reihen der SVP, wobei das Zitat auch noch in die Weiblichkeitsform umformuliert wurde. Das mache ich nicht, weil sich das nicht gebührt. Jedenfalls ist dies besorgniserregend. Ebenso besorgniserregend ist der Umstand, dass das Zwillingsspaar Tourismus und Landwirtschaft nun in einer Hand liegen. Es stimmt, was der Landeshauptmann gesagt hat, dass man hier noch Synergien finden kann, das ist richtig. Aber die beide Bereiche ebneten sich seit Jahrzehnten gegenseitig den Weg oder fungierten gegenseitig als Räuberleiter, wenn es galt, Hindernisse in der Raumordnung zu überwinden.

Natur, Landschaft und Raumordnung werden somit zum Selbstbedienungsladen für die Landwirtschafts- und Tourismusverbände. Wo bleiben die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, der Kinder, Pensionistinnen und Pensionisten, kurzum der Südtirolerinnen und Südtiroler, die keinen Grund und Boden besitzen und als Bürger/Bürgerin dieses Landes das Recht auf eine gesunde, vielfältige und schöne Landschaft haben?

Ebenso auffallend ist der geringe Respekt vor dem Lebensbereich Kultur. Lassen Sie mich das erklären! Die Kulturagenden sind bereits von Haus aus aufgrund unserer Autonomie auf drei Bildungs- und Kulturressorts verteilt, was immer schon eine große Herausforderung für alle Beteiligten war. Aber ab nun wird die Kulturagenda Landesmuseen dem Landeshauptmann gegeben. Die Kulturagenda wird einem vierten Ressort zugewiesen und die Kulturagenda Denkmalschutz wird bei Maria Hochgruber-Kuenzer, also bei einem fünften Ressort, angesiedelt. Damit kann man wirklich nicht mehr von einer organischen Kulturpolitik sprechen. Eine organische Kulturpolitik wird mit dieser Aufteilung, mit dieser Zersplitterung begraben. Der notwendige Abstimmungsbedarf zwischen den fünf Ressorts wird sich als unüberwindbare Hürde erweisen, eine zeitgemäße Kulturpolitik wird in den kommenden fünf Jahren aufgrund der Zersplitterung nicht passieren.

Aus struktureller Sicht - wir haben die Struktur schon gesehen - fällt positiv auf, dass das Mobilitätsressort weiterhin in einer Hand liegt, dass die Abteilungen Straßendienst, Straßenbau und Mobilität gemeinsam und untereinander abgestimmt Mobilitätspolitik umsetzen werden. Das ist sicherlich positiv zu betrachten.

Aber darüber hinaus kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass durch Trennung und Teilung von gewachsenen Einheiten eine Schwächung des Sozialen, eine Schwächung der Kultur und auch eine Schwächung der Ökologie angestrebt wird, denn auseinandergerissen werden Gesundheit und Soziales, Museen und Denkmalschutz, Natur- und Umweltschutz. Dieser Trennungsreigen wird sich negativ auf die Leistungsfähigkeit der Landesämter auswirken, weil die aufwändige Schnittstellenarbeit alle Beteiligten überfordern wird.

Nun ein bisschen etwas auch zum Inhalt! Vom inhaltlichen Standpunkt fällt auch positiv auf, dass weiterhin die Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr getätigt werden sollen. Zwar fehlen auch hierbei beispielsweise Angaben übers Investitionsvolumen, aber es kann davon ausgegangen werden, dass der derzeitige hohe Standard beibehalten und dass es auch punktuell noch zu Verbesserungen kommen wird.

In der Präambel des vorliegenden Dokuments, das uns ausgehändigt wurde - also an prominenter Stelle -, wird die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt der Biodiversität angesprochen. Das ist lobenswert und zu unterstützen. Aber dann findet sich im ganzen Dokument kein einziges Wort über die Ursachen, warum Schöpfung und Biodiversität gefährdet sind, und folgerichtig gibt es auch keine konkreten Maßnahmen.

Es ist mittlerweile klar, dass die Ausbringung von chemisch-synthetischen Pestiziden ein massives Insektensterben verursacht, das weit - das ist das Problem - über die Zielgrundstücke hinausreicht. Es ist mittlerweile auch klar, dass weniger Insekten einen Rückgang an Vögeln mit sich bringen. Wir reden jetzt europaweit von 50 Prozent weniger und das bereits seit 30 Jahren. Weiters gibt es einen Rückgang an Amphibien - vielleicht wissen viele nicht was Amphibien sind, das sind Frösche, Kröten, Lurche, Molche und Unken - und einen Rückgang an Fischen. Das heißt also, dass insgesamt ein Rückgang an Biodiversität verursacht wird. Aber es findet sich kein Wort über eine notwendige neue Politik im Umgang mit chemisch-synthetischen Pestiziden.

Zudem ist mittlerweile auch klar, dass intensive Landwirtschaft in Form von Monokulturen durch Planierungen, Entwässerungen, Abholzungen und Gölledüngungen massiv in die Schöpfung eingreift, indem Landschaftselemente wie Einzelbäume, Hecken, Steinhäufen, Tümpel, Feuchtstellen oder Trockenmauern auf

Nimmerwiedersehen verschwinden. Diese Landschaftselemente sind aber Teil der Schöpfung. Auch hier findet sich keine konkrete Maßnahme, wie diese Schöpfung bewahrt werden soll.

Zitat: "*Löhne und Gehälter seien rasch und bestmöglich an () steigende Lebenshaltungskosten anzupassen*", lautet ein Satz im Unterkapitel Lohnentwicklung. Das ist richtig und ist auch zu unterstützen! Allein für den öffentlichen Sektor bedeutet die Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten eine Lohnerhöhung um mindestens 10%, was umgerechnet rund 120 Millionen Euro bedeutet. Hierzu fehlen auch im Regierungsabkommen genauen Angaben.

Zusammenfassend ist dann zu sagen, dass es eine Reihe von positiven Ansätzen gibt, Politikfelder oder Lebensbereiche funktional neu zu organisieren. Gleichzeitig aber - und das ist schade - werden traditionell gewachsene Bereiche wie das "Soziale Haus" - ich nenne es jetzt mal so - regelrecht gesprengt und die Einzelstücke verteilt. Das Gesundheitsressort erfährt eine nie dagewesene Zäsur, indem es nicht einem Sozial- sondern einem Wirtschaftspolitiker anvertraut wird.

Der vorliegende Vorschlag ist insofern wenig glaubhaft, weil zwar über den Erhalt der Schöpfung geschrieben wird, aber kein Wort zur intensiven und teilweise industriellen Landwirtschaft zu finden ist, welche heutzutage die Schöpfung durch Zerstörung von Landschaftselementen ebenso stark bedroht!

Der vorliegende Vorschlag ist auch nicht kohärent, weil zwar über den Erhalt der Biodiversität geschrieben wird, aber kein Sterbenswort zu einer neuen Politik im Umgang mit chemisch-synthetischen Pestiziden zu finden ist. Chemisch-synthetische Pestizide sind der Hauptgrund für den Rückgang der Biodiversität! Das ist nicht meine Meinung, das ist die allgemeine wissenschaftliche Meinung.

Der vorliegende Vorschlag ist schwer nachvollziehbar, weil zwar die Verhandlungen des Bereichsübergreifenden Kollektivvertrages angekündigt werden, aber kein einziger Euro im Programm dafür vorgesehen ist. Immerhin geht es um 40.000 Menschen und um eine beträchtliche Summe.

Die vielen Ankündigungen im sozialen und ökologischen Bereich halten einer genaueren Überprüfung nicht stand. Weil das vorliegende Dokument aus sozialökologischer Sicht wenig glaubhaft, nicht kohärent und schwer nachvollziehbar ist, können wir weder die Regierungsvereinbarung noch die Zusammensetzung der Landesregierung gutheißen und stimmen daher gegen den Vorschlag des Landeshauptmannes. Danke schön!

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Zweite Runde heute also: die Wahl der Landesregierung! Ich möchte hier noch kurz auf die Vorgangsweise eingehen. Es ist ja eigentlich traurig, dass die SVP-Spitze im Wahlgesetz 2017 eine namentliche Abstimmung sowohl für den Landeshauptmann als auch für die Landesregierung untergebracht hat, im Gegensatz zu unserer Geschäftsordnung, die bei der Wahl von Personen ja immer eine geheime Wahl vorgesehen hat. Es ist im Grunde genommen ein Eingeständnis der Schwäche und auch ein Eingeständnis des Misstrauens, dass man euch nicht vertraut, dass man glaubt, bei einer offenen Abstimmung würde man kein Nein wagen, was ihr vielleicht bei einer geheimen Abstimmung wagen würdet. Man weiß, dass in der SVP nicht alle mit dieser Regierung und auch nicht alle mit ihren Rollen zufrieden sind, aber mit einer offenen namentlichen Abstimmung werden hier wohl alle wieder Schäfchen spielen.

Zum Programm selbst haben meine Vorredner bereits einiges gesagt, was ich durchaus teile. Eines fällt auf: Es steht sehr viel über Werte, es liest sich über weite Strecken fast mehr wie ein Ethikkodex als ein Regierungsprogramm. Weniger steht über konkrete Maßnahmen. Schon allein die Tatsache, dass man es für nötig befindet, soviel über eigentlich gar nicht zur Diskussion stehende Grundwerte zu sagen, beweist ja, dass die SVP offenbar selbst ihren neuen Alliierten nicht besonders traut. Über den Inhalt gibt es nicht soviel zu diskutieren. Jeder kann sich in diesem Programm irgendwo wiederfinden, auch wir ohne Weiteres. Bei den hochgelobten Werten aber besteht schon ein Problem, nämlich das der Glaubwürdigkeit, was hier unterschrieben wurde, denn eine Frage fällt hier spontan ein: Wenn die Lega schon so europafreundlich und für ein Europa der Regionen, für einen Ausbau Europas und der gemeinsamen Währung ist, wieso tretet ihr dann nicht mit ihnen zu den EU-Wahlen an? Wieso mit Berlusconi und Biancofiore? Ich kann Ihnen den Grund dafür schon sagen, nämlich, weil Sie selbst nicht glauben, dass die Lega für diesen Wert steht. Sie wissen, dass der meistgewählte Mann der Lega, der gar nicht kandidiert hat, genau das Gegenteil vorhat, weil das bei den anstehenden Europawahlen ganz klar zu Tage treten wird und ihr euch schämt, in Europa mit der Lega in Verbindung gebracht zu werden. Das brauchen gar nicht wir von der Opposition auszusagen, das sagt die SVP ja selbst. Ich möchte hier ein Zitat von Karl Zeller auf Italienisch vorlesen: "*Ma ci pensate io, Kompatscher e Achammer che ci presentiamo alla Hofburg, a Vienna, e diciamo: caro cancelliere, ci siamo alleati con la Lega. E magari con la Le Pen ...*" So kommt es hier zu einem ganz kuriosen Zitat. Ihr holt euch als Partner für

Südtirol die Feinde Europas und als Partner für die Europawahlen die Feinde unserer Südtiroler Autonomie, Berlusconi und Biancofiore. Weil wir gerade beim Thema Autonomie sind: Der ambitionierte Ausbau der Autonomie - wenn euer Regierungsprogramm ansteht -, den wir auf jeden Fall mittragen, ist Gelegenheit für die Lega zu beweisen, dass sie weiterhin eine föderalistische Partei geblieben ist, trotz des neuen souveränistischen Anstrichs. Ich hoffe und ich wünsche es mir. Man wird es hier in den Fakten dann sehen.

Ein paar Dinge aber gehen mir beim Thema Autonomie ab. Eines ist der Regierungskommissär, ein altes SVP-Anliegen, die Abschaffung desselben nach Vorbild Aosta. Von dem finde ich kein Wort. Ich weiß nicht, ob es dem Rotstift Roms zu Opfer wurde oder ob wir es ganz einfach nicht mit hinein ins Programm nehmen wollten. Eine weitere Frage: Was ist denn mit dem Autonomiekonvent? Dort wurde ja lautstark der Abbau der Region zu einer reinen Koordinierungsplattform ohne legislative Zuständigkeiten gefordert bis hin zu deren Abschaffung. Die Worte von Fugatti und Bacher im Regionalrat lassen auf etwas anderes schließen. Der Ausbau der Autonomie, der hier gefordert wird, wie gesagt, kann unterstützen, aber hat mit dem Autonomiekonvent selbst nichts zu tun. Passt er nicht ins Programm der Lega oder war er einfach nur eine Marketingaktion, die jetzt nicht mehr benötigt wird? Interessant ist es auch das zu analysieren, was nur so ansatzweise und andeutungsweise drinnen steht. Wir lesen von der Überprüfung der Anpassung des Gemeindegewahlgesetzes mit einer Sperrklausel für die großen Gemeinden über 15.000 Einwohner. Das ist soweit auch durchaus sinnvoll, würde ich sagen. Was aber nicht steht, ist, ob man die gleiche Überlegung auch mit dem Landeswahlgesetz macht. Ich würde fast wetten, dass ihr auch dort über eine Sperrklausel nachdenkt. Das wäre ideal, um den verlorenen Konsens mit einem Wahlgesetz wieder wettzumachen. Es könnte diesmal auch klappen, weil der Ladinerpassus im Wahlgesetz von 2017 die ladinische Minderheit durchaus absichert. Auch über das könnte man reden, aber wenn ihr das Wahlgesetz ändern wollt, dann sollte genau das in einem Regierungsprogramm drinnen stehen. Ansonsten gehe ich davon aus, dass ihr es nicht machen werdet. Wenn ihr schon das Wahlgesetz ändern wollt, dann könntet ihr ja die geheime Wahl von Landeshauptmann und Landesregierung wieder einführen, das wäre allemal sinnvoller.

Viel wahrscheinlicher ist es aber auch, dass ihr über eine Rückkehr der Parteienfinanzierung nachdenkt, auch davon kein Wort. Wenn man es vorher zollt, dann sollte man es sagen. Es ist ein Thema, über das wir diskutieren könnten und sollten, aber man sollte es auch sagen. Warum ich auch darauf wette: Die SVP hat gerade bei der 2-Promille-Regelung fast die Hälfte der Unterstützer verloren und euer Finanzchef Dorfmann hat ziemlich offen darüber spekuliert, dass man über eine Landesparteifinanzierung reden sollte. Auch da - denke ich - könnt ihr euch auf Partner Lega verlassen, die ja nicht in 190.000 Euro-Kategorien, sondern in 49-Millionen-Euro-Kategorien denkt. Man liest auch von einer Regelung - ich übersetze das mit "Erhöhung" - der Bezüge der Mandatäre der Bezirksgemeinschaften. Es steht aber nicht, was ihr mit den Bezügen und mit den Pensionen der Mandatäre der Bürgermeister machen wollt. Auch hier kann ich mir vorstellen, dass das wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode ein Thema werden wird, ein Thema, über das es sich zu diskutieren lohnt, aber keine Spur davon im Programm. Wie gesagt, über einige dieser Dinge sind wir durchaus bereit zu reden und konstruktiv beizutragen. Es gehört aber in ein Regierungsabkommen, wenn man es vorhat zu tun. Wir werden Sie hier im Landtag daran erinnern, wenn es soweit ist.

Zur Landesregierung selbst: Die Parteileitung hat den Vorschlag dieser Zusammensetzung größtenteils kommentarlos mit einer Riesenmehrheit verabschiedet. Ich denke, es hätte aber doch einigen Diskussionsbedarf gegeben, aber offensichtlich hat man sich in der Partei nicht so recht getraut. Ich spreche hier das Thema Daniel Alfreider an, den ich persönlich sehr mag. Aber es ist schon zu klären, ob es nicht besser gewesen wäre, die Frage der Hüttenverschiebungen vorab zu klären. Als Landesrat für Mobilität hat er genug zu tun, er erbt eine katastrophale Ausschreibung des öffentlichen Personennahverkehrs und einen ziemlich unangenehmen Parteikollegen, der ihm hier Paroli bieten wird. Als Landesrat für Mobilität hat er gute Voraussetzungen, zumindest bei der Mobilität der Kubatur kennt er sich aus. Auch bei der Raumordnung hätte er offenbar profunde Kenntnisse gehabt, dieses Ressort aber geht an Kollegin Kuenzer, die ich persönlich sehr schätze. Dass Raumordnung, Landschaftsschutz und Denkmalschutz bei der Kandidatin des Bauernbundes angesiedelt sind, ist doch von der Oppositionsseite aus sehr kritisch zu beäugeln. Sie werden es nicht leicht haben, sie werden kontinuierlich mit dem Vorwurf konfrontiert werden, dass hier der Direktor des Bauernbundes die Vorlagen liefert und dessen Handschrift sichtbar ist. Er hat ja auch den Landwirtschaftsausschuss geleitet, der im Regierungsprogramm ja unverkennbar ist, viel mehr als jene der Lega. Sie haben meines Erachtens ein schlecht gemachtes Gesetz und werden im Landtag wenig Spielraum haben, dafür aber umso mehr mit den zahlreichen Durchführungsbestimmungen und Richtlinien, die Sie erlassen werden müssen. Der Landeshauptmann nimmt sich Gemeinden und Sport und damit dürfte seine Absicht, 2020/2023 noch einmal zu kan-

didieren, ja kaum mehr in Zweifel stehen. Landesrat Schuler verliert die Gemeinden, bekommt den Tourismus samt einer verkorkten Reform und wird auch Vize. Darüber ist genug spekuliert worden, aber ich denke, dass sich die Kluft zwischen Landeshauptmann und Parteiobmann hier nicht völlig weglegen lässt. Philipp Achammer selbst bekommt zu seinen Agenden, die er schon hatte, die Arbeit und die Wirtschaft und das ist dann wohl ein Monsterassessorat. Da wird weniger Zeit für Homestories bleiben. Da - glaube ich - sind Sie mit diesen Agenden gut bedient. Soziales und Sanität werden künftig getrennt verwaltet, das hat Vor- und Nachteile. Es fällt auf, dass beide Lega-Landesräte zusammen recht wenig bekommen haben, weniger als ein Tommasini früher alleine. Das Wobi geht den Italienern verloren und die Vize-Vize-Präsidentschaft kann das auch nicht wettmachen, im Gegenteil. Was interessant ist, ist die Ansiedlung von Umwelt und Energie bei der Lega. Mit römischem Lega-Segen könnte es ja sein, dass vielleicht ein paar Zuständigkeiten nach Südtirol fließen.

Zum Abschluss noch: Die Demokratie leidet heute in ganz Europa unter zwei Tendenzen: Erstens der Vormarsch jener, die nach der Macht streben, indem sie mit den Ängsten der Leute spielen, und zweitens der Rückzug ganzer Bevölkerungsschichten aus der Politik, weil sie die Partizipation als Teilnahme empfinden, da ihnen vorkommt, dass ihre Stimme sowieso nicht gehört wird. Daraus resultiert die schwache Wahlbeteiligung und immer schwerere Suche nach politisch brauchbarem Personal, die wir hier alle kennen in diesem Landtag. Während aber du SVP das Spiel der Ersten mitspielst, der Rechtspopulisten, möchten wir hier versuchen, dem zweiten Aspekt gegenzusteuern. Der Rechtspopulismus ist dabei sicher nicht die Ursache, ist eher der Effekt, die Folge dieser Entwicklung. Wir hingegen hier in Südtirol sollten die Vielfalt unserer Gesellschaft stärken, denn das ist das beste Gegenmittel gegen jene, die das Volk vertreten möchten, als ob es eine homogene Gemeinschaft wäre. Wir werden uns bei diesen Themen nicht zurückziehen. Wir werden versuchen - soweit es geht - die Menschen wieder mitzunehmen, ohne Feindbilder zu generieren, in der Überzeugung, dass die Menschen bereit sind, Politik gemeinsam mitzugestalten, wenn man ihnen die Möglichkeit und das Gefühl gibt, auch gehört zu werden. Wir werden euch in den nächsten fünf Jahren aus der Opposition heraus Paroli bieten. Wir werden in den Kernthemen Sanität, Verkehr, Lebenskosten und gerechtere Verteilung der Einkommen unsere Vorschläge mit Nachdruck einbringen, im Sinne einer Sachpolitik, wie wir Sie bereits angesprochen haben. Wir werden hier sein, sollte sich diese Regierungsallianz im Laufe der Legislatur beginnen an internen Streitigkeiten zu destabilisieren. Wir werden hier sein, wenn es um Europa geht, nicht nur bei den anstehenden Wahlen, auch bei den nächsten Gemeindewahlen in Bozen, in Meran und im ganzen Land. Ich gehe davon aus und ich hoffe, dass es das letzte Mal ist, dass es hier eine Zweier-Regierungskoalition mit dem angenehmsten italienischen Partner gibt. Bis es soweit ist, werden wir hier im Landtag unsere Kontrollfunktion ausüben, mit Nachdruck, denn eines ist sicher: Es gilt hier nicht das Wort, sondern es gelten die Taten und an denen werden wir euch messen. Gute Arbeit im Sinne Südtirols wünschen wir euch auf jeden Fall trotz unserer Gegenstimme!

RIEDER (Team Köllensperger): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute hier, um die neue Landesregierung zu wählen, aber bevor es soweit ist, möchte ich noch gerne mit Ihnen darüber reden. Zunächst dürfen Sie davon ausgehen, dass ich Initiativen, Vorschläge, und Gesetzesvorlagen, die zum Wohle der gesamten Südtiroler Bevölkerung sind, gerne mittrage. Und wenn ich von der gesamten Bevölkerung spreche, dann meine ich wirklich alle. Ich appelliere an uns alle, die Menschen draußen möglichst alle mitzunehmen. Wenn sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von der Politik nicht verstanden und abgehängt fühlen, wenn sie sich vom Alltagsgeschehen abwenden, dann ist das keine gute Entwicklung. Ich weiß nicht, ob die Regierungspartei diesbezüglich letztthin so positive Signale gesendet hat. Zu sehr war sie mit sich selbst, mit den zu besetzenden Posten und auch mit persönlichen Eitelkeiten beschäftigt. Die Bevölkerung erwartet die Umsetzung der Versprechen, die vor den Wahlen gegeben wurden.

Dazu gehören die Anliegen aller hier in Südtirol lebenden Menschen, auch derer, die nicht so laut fordern, die manchmal nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und die für ihre Arbeit zu Recht Wertschätzung und finanzielles Auskommen verlangen. Mit dieser Grundeinstellung werde ich Ihr Programm und dann vor allem Ihre konkrete Arbeit in den nächsten fünf Jahren aufmerksam verfolgen, da und dort sicherlich auch positiv begleiten.

Jetzt aber müssen den programmatischen Ankündigungen konkrete Maßnahmen folgen, die zu positiven Ergebnissen führen. Darüber müssen wir reden: Das Allererste sind Lebenshaltungskosten und Löhne. Sie, Herr Landeshauptmann betonen gerne, dass Südtirol bei der Lebensqualität im europäischen Spitzenfeld rangiert. Darüber freue auch ich mich. Aber wenn wir von Lebensqualität reden, müssen wir auch wissen, was

das Leben bei uns kostet und ob sich alle Menschen das Leben auf diesem Niveau jetzt und in Zukunft in Südtirol noch leisten können. Ich verweise auf die steigenden Lebenshaltungskosten, auf teilweise sehr bescheidene Reallöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf den Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst und auf stagnierende Renten. Im Zeitraum 2010 bis 2017 sind die Reallöhne gesunken, im öffentlichen Dienst gar um 10 Prozent. So betrug das durchschnittliche erklärte Einkommen der ArbeitnehmerInnen in Südtirol 2017 23.400 Euro Brutto, das der RenterInnen gar nur 18.000 Euro.

Sie sprechen von gerecht verteiltem Wohlstand, von einer Politik des Ausgleichs, da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Damit dies aber gelingt, wird die Aufnahme der Verhandlungen für den Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag und für die Bereichsverträge in der Sanität, beim Land und bei der Schule, wie es im Regierungsprogramm steht, nicht ausreichen. Es genügt nicht die Verhandlungen aufzunehmen. Es braucht endlich Abschlüsse bei den Kollektivverträgen im öffentlichen Dienst und dafür werden Sie Geld in die Hand nehmen müssen. Und ich nehme Sie beim Wort, dass "mittels fairer Kollektiv- und Zusatzverträge auch in der Privatwirtschaft die Reallöhne steigen" werden. Dafür braucht es neben Landeszusatzverträgen, die den Lebenshaltungskosten in Südtirol Rechnung tragen, verschiedene Maßnahmen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Netto auf ihrem Lohnzettel stehen haben. Welche Maßnahmen das letztendlich sind, entnehme ich Ihren Ankündigungen nicht, und ich bin gespannt wie die neue Landesregierung dieses Versprechen umsetzen will. Neugierig bin ich diesbezüglich natürlich auch, ob wir die SVP-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmer in unser Boot bekommen, wenn wir diesbezüglich Vorschläge machen.

"Eine Politik für Menschen", steht in Ihrem Programm, ja junge Menschen brauchen Zukunftsperspektiven in der Arbeitswelt, ein angemessenes Einkommen und Wohnmöglichkeiten, die sie sich leisten können. Die Wohnbauförderung deckt heute im Vergleich zu früheren Jahren nur mehr einen Bruchteil der Finanzierung ab. Hier ist anzumerken, dass die Wohnungspreise in Südtirol sehr hoch sind. Mit der Wohnbauhilfe stiegen leider auch die Wohnungspreise. Das gerade erst angelaufene Bausparen ist in der heutigen Form nicht unbedingt zielführend. Fakt ist allerdings, dass sich junge Menschen und Familien eine eigene Wohnung gar nicht mehr oder nur sehr schwer leisten können oder sich über Jahrzehnte hoch verschulden müssen. Wenn ich mir die Anlaufzeiten für die Ausweisung von gefördertem Baugrund in manchen Gemeinden Südtirols und dazu den ausufernden Bürokratismus anschau, dann gilt es auch, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und säumige Gemeindeverwaltungen in die Pflicht zu nehmen.

Bei der älteren Generation ist Wohnen und natürlich die Pflege ein großes Thema. Ich verweise auf die Zahlen der demographischen Entwicklung in unserem Land. Es ist erschreckend, wenn ich feststelle, dass wir einen Landesfachplan für Senioren gerade erst andenken. Hier können wir im europäischen Vergleich überhaupt nicht mithalten. Es bedarf neuer Wohnmodelle, die es den Menschen ermöglichen, möglichst lange in der vertrauten Wohnumgebung zu bleiben. Dies erhöht die Lebensqualität im Alter und hilft auch Kosten zu sparen. Meine Anmerkung dazu ist: Unsere ältere Generation braucht weniger schöne Sonntagsreden, sondern verdient Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Auch wenn sie keine laute Stimme hat, sie verdient ein Altern in Würde. Nicht alle Menschen können in ihrer Familie betreut werden und deswegen braucht es Einrichtungen. Ich komme hier nochmals auf die Gemeinden zurück. In manchen Gemeinden Südtirols besteht dringender Handlungsbedarf. Angemessene Pflegestrukturen müssen Vorrang haben vor überdimensionierten Bauten.

Wenn wir über Familien reden, dann muss ich sagen, natürlich brauchen Familien Wahlfreiheit. Wir brauchen Kinderbetreuungsplätze. Wir brauchen Unterstützung bei der Pflege der Angehörigen. Aber vor allem müssen wir in Zukunft konkrete Maßnahmen setzen, dass am Ende nicht jene, die sich zu einem großen Teil um Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen kümmern, beim Einkommen und bei der Rente zum Schluss dann die Verliererinnen sind.

Ich gehe kurz auf die Sozialpolitik ein. Gleich zu Beginn nochmals der Hinweis auf die Einkommen, die vielfach zu niedrig sind. Derzeit sind viele Menschen in unserem Land auf Sozialleistungen angewiesen, obwohl sie einer geregelten Arbeit nachgehen. Und wenn Einsatz und Arbeit nicht mehr zu einem angemessenen Lebensstil reichen, dann geht auch die Würde von Mitbürgerinnen und Mitbürgern verloren. Da muss ich leider wieder ein paar bedenkliche Zahlen bemühen: Laut Landesstatistikinstitut ASTAT haben wir in Südtirol 26 Prozent armutsgefährdete Familien und noch schlimmer 16,6 Prozent der Familien bleiben trotz Sozialleistungen armutsgefährdet. Da müssen Sie, Kollegin Deeg, starke Akzente setzen, wenn es Ihnen ernst ist mit der Chancengerechtigkeit.

"Alle im Land lebenden Menschen sollen an der positiven Entwicklung unseres Landes teilhaben", lese ich im Programm. Klingt gut - wie übrigens vieles von Ihrem Regierungsabkommen -, aber wenn ich mir die Maßnahmen dazu anschau, dann kommen mir Zweifel, ob diese ausreichen, damit alle Schichten unserer Bevölkerung Schritt halten können. Und wenn sich Menschen benachteiligt, ausgegrenzt und nicht ernst genommen fühlen, dann wenden sie sich von der Politik und der Gesellschaft ab. Was die Folgen sind, sehen wir derzeit schon in vielen Teilen Europas.

Jetzt, Kollege Widmann, komme ich zu Ihnen und zur Gesundheitsversorgung! Ich habe über 32 Jahre lang im Südtiroler Sanitätsbetrieb gearbeitet, weiß also ein bisschen, wovon ich spreche. Mein erster Vorschlag: Überdenken Sie den Landesgesundheitsplan! Haben Sie den Mut nochmal neu zu denken! Legen Sie den Schwerpunkt Ihrer Überlegungen auf die Fragen: Was braucht der Bürger/die Bürgerin? Was braucht der Patient/die Patientin und was brauchen die Patienten und die Menschen vor allem vor Ort und auch draußen in der Peripherie? Was brauchen wir für ein gut funktionierendes Gesundheitssystem? Im Regierungsprogramm lese ich von einer flächendeckenden, hochwertigen, wohnortnahen, öffentlichen Gesundheitsversorgung für alle Südtirolerinnen und Südtiroler. Ja, die brauchen wir unbedingt! Flächendeckend und wohnortnah: In der Realität bewegen wir uns gerade jetzt, weg davon. Als Ahrntalerin bin ich besorgt und mit mir ganz viele Bürgerinnen und Bürger in der Peripherie, dass bei der Gesundheitsversorgung ein Gefälle entsteht. Viele Patientinnen und Patienten der weit entlegenen Täler werden zukünftig lange Wege in Kauf nehmen müssen. Dies mag für unsere Generation noch ein kleineres Problem sein, für unsere älteren Leute ist es - ganz einfach gesagt - eine große Belastung.

"OPTIMIERUNG und RATIONALISIERUNG", hört sich zunächst einmal gut an. Wenn es aber an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht, dann muss es im Gesundheitswesen noch einmal Korrekturen im Sinne der Südtiroler Bevölkerung geben. Dann lese ich noch: "Bedarfsgerechte medizinische Betreuung vor Ort". Das steht im Landesgesundheitsplan, den Sie umsetzen wollen, und das lese ich auch im Regierungsprogramm. Ich sage Ihnen eines: Die schönsten Pläne nützen nichts, wenn etwas ganz Entscheidendes für die Durchführung und Umsetzung der geplanten Maßnahmen fehlt, nämlich die ausreichenden Personalressourcen. Für die Aufrechterhaltung der Gesundheitsbetreuung brauchen wir in den nächsten Jahren vor allem Personal. Neben dem Ärztenotstand steuern wir auf einen Pflegenotstand zu. In den nächsten fünf Jahren gehen im Sanitätsbetrieb 400 Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger in Pension, mit der Rentenreform wahrscheinlich noch früher. Hatten Sie diese Zahlen präsent, als Sie das Programm aufgesetzt haben? Ich gebe Ihnen noch einen Rat: Es gibt Bemühungen im Sanitätsbetrieb, Personal zu rekrutieren. Wie erfolgreich diese sind, darauf will ich hier nicht näher eingehen. Ich rate Ihnen aber, vergessen Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht, die bereits im Sanitätsbetrieb arbeiten! Denn in den letzten Jahren haben zahlreiche Angestellte den Sanitätsbetrieb verlassen, teils aus Frust über schlechter werdende Arbeitsbedingungen oder ständiger Überforderung und teils auch wegen fehlender Wertschätzung.

Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch etwas zum Thema Frauen! Gleiche Bezahlung ist zwar erst der Anfang der Gleichberechtigung und nicht - wie es im Abkommen steht - das anzustrebende Endziel, aber es ist auf jeden Fall ein wichtiger Anfang. Der Beitrag zur Minimierung des geschlechterspezifischen Lohnunterschiedes kann die gesetzliche Verpflichtung zur Lohntransparenz sein, also die Verpflichtung, dass Firmen ihre Gehälter der Angestellten offenlegen. Ich verweise da auf Beispiele in Dänemark oder in Deutschland, wo es mit dieser Offenlegung und dieser neuen Transparenz zu einer durchschnittlichen Reduzierung des Gender Pay Gaps um 7 Prozent kam.

Das Abkommen zwischen der SVP und der Lega setzt sich lediglich mit der Beschäftigung von Frauen in abhängigen Arbeitsverhältnissen auseinander und auch das zu wenig. Konkrete Maßnahmen für Unternehmerinnen kommen darin nicht vor. Bei dem Aufwand, der aktuell in Südtirol rund um die Förderung von Start-ups betrieben wird, sollte frau denken, dass es dadurch auch eine explizite finanzielle Förderung für Gründerinnen und Unternehmerinnen ausgehen sollte.

Heute und hier beraten wir darüber, was in den nächsten Jahren wichtig sein wird. Es ist der Beginn einer hoffentlich guten und gerechten Arbeit für alle Bevölkerungsschichten. Wir werden im Laufe der nächsten Jahre, ziemlich sicher auch Herausforderungen begegnen, die wir heute noch gar nicht auf dem Radar haben. Den Versprechungen in der Vorwahlzeit und dem dreimonatigen Reden muss nun ein Handeln folgen und an diesem Handeln werden wir Sie, Herr Landeshauptmann, und die neue Landesregierung messen. Ich selber bin noch eine Newcomerin in diesem Gremium, im Landtag, in der Politik überhaupt. Dies hat den Vorteil, dass ich mitten aus dem Arbeitsalltag komme. Ich kenne wichtige Anliegen der Bevölkerung und viele Bürgerinnen und Bürger haben mir einen Auftrag erteilt, der da lautet: "Setz dich ein auch und besonders für die Anliegen

der einfachen Menschen!" Das werde ich tun, dafür stehe ich. Abschließend leg ich Ihnen, Herr Landeshauptmann, der neuen Landesregierung und uns allen hier in diesem Plenum das Zitat von Benjamin Franklin ans Herz, das da lautet: "*Gut gemacht ist besser als gut gesagt.*" Danke!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie. Cari colleghi, care colleghe, egregio presidente. Naturalmente quando si discute di un programma di Giunta, viene da domandarsi quanto vale un programma, un programma che è molto generico, parla di tutto, ha pochi impegni concreti. A me ha colpito, per esempio la parte sull'economia, che dovrebbe essere solida, concreta, invece c'è una sviolinata per tutti i settori - quanto sono belli, quanto sono bravi e quanto li sosterranno tutti - ma non di più.

Quanto vale un programma quando poi l'agenda spesso la detta la realtà, noi una volta ci siamo anche scambiati un'opinione su questo, se si ricorda, presidente, Lei ci disse che effettivamente nella scorsa legislatura moltissime delibere, moltissimi provvedimenti poi sono venuti nel corso del tempo perché ovviamente una Giunta dura cinque anni e deve affrontare poi la realtà così come si presenta.

Però io credo che il programma - per questo sono contento che Lei sottolinei la storia dei valori - dia una direzione, una cultura anche di chi lo scrive e di chi lo firma e Lei ci ha detto che si fa garante di questa direzione; credo che avesse ragione il collega Köllensperger: se c'è bisogno di una garanzia vuol dire che c'è un pericolo e il pericolo è naturalmente questa Giunta con la Lega, con la Lega di Salvini, questa svolta a destra che avete impresso alla politica sudtirolese e questa alleanza con la forza più antieuropea che esista oggi in Europa, tra le più antieuropee, siede in Parlamento europeo nel gruppo dell'Europa delle nazioni e delle libertà, presieduto insieme a Marine Le Pen e insieme a Strache dell'FPÖ austriaca. Questi sono i compagni di viaggio e per questo capisco che Lei senta il bisogno di dire che ci vogliono delle garanzie e il primo punto delle garanzie è, presidente, quello dell'Europa.

Lei ha fatto molto per l'apertura europea nella scorsa legislatura, io ricordavo l'altra volta, mostrando una foto, il vertice di Castel Presule che fu veramente un momento alto. Io però questa ispirazione, questa garanzia nel programma non la trovo, perché in questo programma io leggo, quando si cita l'Europa come dimensione, voi scrivete tutte le volte "Europa dei popoli, dei gruppi etnici e delle regioni" - che è un'espressione che potrebbe essere usata da Sven Knoll - ma non citate mai l'Unione Europea, neppure per indicare come riformarla. Solo una volta viene indicata l'Unione Europea, sotto il capitolo "Esigenza di difendere i confini esterni dell'Unione Europea", è l'unica volta in cui la dimensione dell'Unione Europea viene indicata. Nei giorni scorsi qualcuno ha fatto i conti, nel programma della Baviera l'Unione europea è citata 20 volte, nel programma del Tirolo 12 volte, qui non è mai citata e invece io trovo quest'espressione, la sottolineatura dei popoli, dei gruppi etnici, eccetera - le Regioni sono un'altra cosa, c'è ovviamente l'Europa delle Regioni, ci sono anche istituzioni che rappresentano l'Europa delle Regioni - in moltissime delle teorie che contestano la dimensione europea e che si prefigurano un'Europa di aree geografiche omogenee in una dimensione anche di protezione di queste aree geografiche linguisticamente e culturalmente omogenee, in cui questa omogeneità e l'identità del gruppo etnico, l'appartenenza al gruppo etnico, descrive chi ha diritto di essere poi tutelato e chi invece non ha diritto, chi sta dentro e chi sta fuori.

Io ho ritrovato il rischio di questa impostazione in diversi punti, per esempio viene moltissimo sottolineato il tema delle tradizioni, in questo programma, l'altra volta, 5 anni fa, era sottolineata l'apertura all'Europa, alla responsabilità globale, a pagina 5 per esempio c'è scritto "ci ergiamo a difesa delle nostre radici e tradizioni" e poi viene sottolineato che la cultura è innanzitutto la politica culturale come principale scopo e obiettivo, lo sviluppo dei tre gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino, e poi c'è tutta la sottolineatura della residenza, della residenzialità per l'accesso ai servizi, addirittura c'è quella parte sul sostegno alla politica della casa anche del libero mercato, cioè di affitti o anche case a prezzi sostenibili, dove Voi sottolineate "libero affitto a residenti", questo naturalmente per la politica dell'IPES ha un senso, ma per il mercato libero non credo che possa essere sottolineato questo aspetto. A me pare che questa dimensione della tradizione, questa sottolineatura della residenzialità, sia un'impostazione vecchia, un'impostazione non moderna. L'impostazione moderna, per esempio della cultura, io penso sia quella che la cultura si sviluppa per confronto con l'altro, con chi ha un'altra cultura, anche la lingua si sviluppa nel confronto con le altre lingue, presidente, e non con la protezione tipo biotopo, a me pare che questa dimensione interculturale manchi completamente e da qui il tema dei migranti.

Io noto una cosa positiva che vorrei che i colleghi della Lega e dei Freiheitlichen notassero e cioè che a pagina 17 si dice che l'immigrazione trova soprattutto origine dal fatto che il mercato del lavoro è in continua espansione e che noi abbiamo bisogno di queste persone. Questa mi sembra un'affermazione fondamentale, quindi io chiedo a chi ha sottoscritto questa cosa che non dica più che immigrano nel nostro sistema sociale,

che si approfittano del nostro sistema sociale, noi abbiamo bisogno dei migranti perché abbiamo una demografia negativa, non riusciamo a coprire i posti di lavoro di cui il nostro sistema ha bisogno e per questo noi invitiamo i migranti a venire a lavorare da noi, questa è la verità, il nostro sistema economico li attira.

Poi c'è tutto il tema dell'integrazione, a pagina 18 Voi scrivete che si pretende addirittura che tutti gli immigrati rispettino soltanto le nostre disposizioni legislative e regolamentari ma anche le tradizioni e le regole del vivere comune. Quello delle tradizioni può essere un invito, non può essere però, e spero non lo sia, un criterio di discriminazione.

Voi scrivete in Alto Adige questo significa che gli immigrati dovrebbero possibilmente padroneggiare entrambe le lingue e nelle valli ladine anche il ladino. Ma cari colleghi e colleghe, cari colleghi della Lega, ma se padroneggiare entrambe le lingue non è un presupposto neanche per diventare assessore provinciale, come si fa a chiedere ai migranti che padroneggino entrambe le lingue e nelle valli ladine - Daniel Alfreider - anche forse il ladino? Credo che queste siano parole abbastanza in libertà, onestamente.

Noi abbiamo 30.000 permessi di soggiorno, di questi il 67% - più di 20.000 - sono permessi di soggiorno di lungo periodo che si ottengono con 5 anni di residenza continuativa e lavoro, superando un test di lingua e cultura e avendo un adeguato reddito e un adeguato alloggio. Questa è la realtà della nostra migrazione, la realtà fortunata, collegata al fatto del mercato del lavoro e delle opportunità di lavoro, quindi io credo che tutto questo discorso sulla migrazione sia, spero, solo un discorso propagandistico e ovviamente sorveglieremo affinché valga lo stato di diritto. Lo stato di diritto è il rispetto delle leggi, non è che uno lo posso misurare per quanto accetta le mie tradizioni, anche perché di tradizioni in questo territorio ce ne sono molte.

E, visto che siamo sui migranti, Voi scrivete alcune cose sulla cooperazione internazionale, scrivete positivamente che vanno rispettati gli obiettivi dell'ONU 2030, quelli dello sviluppo sostenibile, sulla fame, sull'acqua, sull'educazione, sulla salute. Il diciassettesimo obiettivo, l'ultimo, sapete cosa chiede alle nazioni sviluppate? Chiede che mettano a disposizione lo 0,7 del PIL annuo per la cooperazione internazionale. Sapete quant'è il PIL annuo del Sudtirolo? Nel 2018 è valutato a 23 miliardi e lo 0,7 del PIL annuo sarebbero 160.000.000. Sapete quanto avete dato alla cooperazione internazionale nel 2018? Avete dato 3,5 milioni, lo 0,7 sarebbero 160 milioni, Voi avete dato 3,5 milioni, che è lo 0,015 del PIL del Sudtirolo e l'ONU per rispettare questi obiettivi chiede lo 0,7. Un obiettivo lontano su cui noi Vi incalzeremo, visto che dite che vanno perseguiti gli obiettivi sullo sviluppo sostenibile.

Altro punto di cose concrete che mi ha colpito è la questione dell'agricoltura biologica. A pagina 53 Voi scrivete che l'obiettivo è raddoppiare le aree coltivate entro il 2025, quindi oltre la legislatura, sul 2015. Io sono andato a vedere e nel 2015 c'erano 6.476 ettari coltivati a biologico., il doppio sarebbe quasi 13.000 ettari, però nel 2015. Voi lo sapete che nel 2017 le aree coltivate a biologico sono già diventate 8.800 senza che ci fosse scritto nessun obiettivo nel programma di governo. Quindi al 2015 al 2017 - in due anni - le aree coltivate a biologico sono aumentate del 35%, quindi vedete che voi date un obiettivo e già un terzo è raggiunto negli anni precedenti e gli anni precedenti il biologico è aumentato del 17% all'anno, secondo il vostro obiettivo dovrebbe aumentare dell'8% all'anno, cosa che mi sembra un rallentamento, più che un'accelerazione del biologico.

Sulla Giunta ha detto il collega Staffler, io non vorrei togliere il discorso a Repetto, che penso su questo parlerà. La Lega ha il doppio dei consiglieri del PD, il PD aveva molte più competenze e molto più pesanti di questa volta e il vicepresidente del PD era il primo vicepresidente, questa volta abbiamo il vice del vice.

Concludo: il collega Achammer l'altra volta ci disse: "Giudicateci dai fatti", questa storia del giudicateci dai fatti a me ricorda il testo del Vangelo di Matteo "dai loro frutti li riconoscerete" - su questo siamo d'accordo, presidente - però il testo del Vangelo va letto tutto e allora ve lo leggo: "[...] Dai loro frutti li riconoscerete. Si raccoglie forse uva dagli spini, o fichi dai rovi? Così ogni albero buono produce frutti buoni e ogni albero cattivo produce frutti cattivi; un albero buono non può produrre frutti cattivi, né un albero cattivo produrre frutti buoni. [...]"; quindi c'è un problema dell'albero, in italiano poi si dice "non si cava il sangue dalle rape" e allora vuol dire, caro collega Kompatscher, che non si cava dalla Lega una politica europea, non si cava dalla Lega una politica di apertura, non si cava dalla Lega una politica di accoglienza e di solidarietà, per questo noi voteremo contro questa Giunta con la Lega.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Der Mensch steht im Mittelpunkt - der Mensch zuerst", das ist die Kernaussage Ihres Regierungsprogramms. Ich werde aus meiner beinahe 40-jährigen Arztstätigkeit und als ärztlicher Leiter und Abteilungsleiter der Anästhesie des Krankenhauses Sterzing den Bereich Gesundheit Ihres Programms inhaltlich in meinen Überlegungen beleuchten.

Grundsätzlich wird im Koalitionspapier der gesamte Bereich Gesundheit und Pflege bezogen auf die Stellung in unserer Gesellschaft und dem finanziellen Aufwand zu knapp behandelt. Südtirol gibt für das Gesundheitssystem circa 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Wir haben es gehört, der BIP 2017 betrug circa 22,5 Milliarden Euro. Wir geben circa 2.500 Euro pro Person pro Jahr aus. Ein Wert, der eher im unteren Mittelfeld gegenüber den anderen europäischen Ländern liegt, so die neuesten Daten der OECD, und man kann sie nachlesen.

Ich werde in meinen Ausführungen ein paar kritische Überlegungen anstellen und auf Problemfelder hinweisen, die im Regierungsprogramm nicht oder nur am Rande angeschnitten wurden. Die Begriffe "Gesundheit", "Pflege" und "Prävention" kommen erst einmal so harmlos und so freundlich daher. In Wahrheit geht es aber um Grundsätzliches, wenn Erkrankungen, Krankheiten, Leid, Ängste und Sorgen den Lebensalltag plötzlich verändern. Von der Geburt über das ganze Leben bis hin zum Sterben stehen die Aspekte des Gesundheitswesens und der Gesundheitspolitik immer im Fokus unserer Überlegungen und unseres Handelns. Dies verlangt, dass die Gesundheitspolitik vorausschauend und verantwortungsvoll handeln muss. Wir als Verantwortungsträger können Schicksale nicht ungeschehen lassen. Wir können aber beitragen, dass sie für die einzelnen Menschen erträglicher werden, und wir können versuchen, zu helfen, dass es leichter wird. In diesem Zusammenhang finde ich es in dieser Aula angebracht, darauf hinzuweisen, dass an jedem Tag Ärzte, Pflegekräfte, Apotheker, Hebammen, Physiotherapeuten und viele andere im Gesundheitssystem Arbeitende zusammen mit Angehörigen und den Familien Großartiges leisten, die mit viel Mitgefühl und Empathie anpacken und helfen, dass es neben all dem Leid und Frust auch viel Freude gibt. Ich glaube, dass es unsere Verpflichtung ist, zu Beginn einer neuen Legislaturperiode diesen allen unser Dankeschön und unsere Wertschätzung auszusprechen.

Unser Gesundheitssystem leistet trotz aller berechtigten Kritik in der Bevölkerung durch das Engagement der vielen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tatsächlich jeden Tag Großes; wir spüren aber - das sehen wir ja -, es ist nicht perfekt. Es gibt oft im Alltag Probleme, Ärger, Frust, und es ist an manchen Stellen eben nicht so, wie es eigentlich sein sollte. Betrachten wir nur die überaus langen Wartezeiten auf Visiten und Untersuchungen, die zermürenden Anrufe am Telefonhörer bei der Anmeldung bei der zentralen Vormerkstelle, um einen Termin zu erhalten. Ich fordere jeden von euch auf, selbst einen Termin einzuholen! Die große Baustelle des IT-Systems, die trotz massiver finanzieller Zuwendungen bis heute noch kränkelt und keine vollkommene Vernetzung zwischen den Bezirken und niedergelassenen Ärzten zulässt, und der zunehmende Mangel an Fachpersonal im niedergelassenen und stationären Bereich. Mitbürger haben es schwer, einen Hausarzt zu wählen oder gar einen zu haben. Herr Landesrat, Herr Landeshauptmann, es gibt viel zu tun!

Moderne Gesundheitspolitik beginnt nicht erst bei der Behandlung von Krankheit, sondern vielmehr beim Erhalt der Gesundheit. Das bedeutet, dass gesundheitspolitisches Handeln bei der Prävention anzusetzen hat. Die Politik hat mitzuhelfen, den Menschen mehr gesunde Jahre zu geben. Das passiert durch Prävention, für die so früh wie möglich sensibilisiert werden muss. Ich vermisse im Dokument eine Gesundheitsförderungsstrategie im Sinne des Ansatzes einer Health in all Policies, das heißt Gesundheitsüberlegungen bei politischen Entscheidungen und strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft. Es muss Aufgabe der Politik sein, das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und das Wissen um ihren eigenen Beitrag zur Krankheitsvermeidung zu erhöhen. Hierzu nenne ich nur einige Beispiele, die die Politik tatkräftig zu unterstützen hat, wie den Ausbau der "Gesunden Gemeinde", Unterstützung bei der Verwirklichung "Gesunder Betriebe", Präventionsprogramme in den Kindergärten und Schulen, Notfall- und Reanimationskurse in Schulen und Gemeinden. Im Mittelpunkt der Primärprävention sollte auch eine Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne im Bereich psychischer Erkrankungen erfolgen. Psychische Erkrankungen werden auch heute noch tabuisiert und als Krankheit zweiter Klasse angesehen. Wir wissen, dass Depressionen inzwischen zu Volkskrankheiten geworden sind und bis zum Jahr 2030 die Nummer eins bei Erkrankungen sein werden. Südtirol liegt italienweit an erster Stelle in der Suizidalität. Es fehlt mir im Koalitionsprogramm ein psychiatrisches Vorsorgekonzept und ein Psychiatrieplan für die nächste Legislaturperiode. Vor allem fehlt ein Konzept für die psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, die dramatisch zunehmen.

Nun ein paar Gedanken zur Rolle der sieben öffentlichen Krankenhäuser. Im Koalitionsprogramm fehlt ein klares Bekenntnis zur Standortgarantie der sieben Akutkrankenhäuser, insbesondere jener der Peripherie. Diese müssen - wie vom Staat vorgesehen - mit den wichtigsten Fachabteilungen, mit eigenständigen Abteilungsleitern und ärztlichen Leitern ausgestattet sein. Der kleinere Koalitionspartner dieser Regierung hat dies im Wahlkampf öffentlich bekräftigt! Die sieben Krankenhäuser bilden mit den Hausärzten die Basis der medizinischen wohnortnahen Gesundheitsversorgung für die gesamte Südtiroler Bevölkerung und verhindern eine Unterversorgung in peripheren alpinen Regionen. Sie sind Arbeitgeber hochspezialisierter Berufe und tragen zur lokalen Wertschöpfung in strukturschwachen Gebieten bei. Gebt den Krankenhäusern wieder ihr Budget zurück, damit eine Kostenwahrheit zwischen den einzelnen Anbietern erkennbar wird. Subsidiarität ist hier gefragt! Die verschiedenen Aufgabenstellung der einzelnen Häuser garantiert eine optimale Versorgung; eine moderne digitale IT-Vernetzung zwischen den einzelnen Gesundheitsanbietern macht das Gesundheitssystem fit und bleibt für die Patienten und die MitarbeiterInnen attraktiv. Herr Landesrat, setzen sie sich ein, dass die Informatisierung des Gesundheitssystem nicht bei Ankündigungen hängen bleibt, sondern endlich umgesetzt und beendet wird. Wie soll ein so komplexes System wie das Gesundheitssystem ohne moderne Informatisierung händelbar sein?! Wie kann eine Geschäftsführung das Gesundheitssystem lenken, wenn sie nicht täglich komprimierte Daten mittels eines Data-Ware-House-Systems erhält?

Leistungsfähige mit entsprechenden Qualitätsstandards und instrumentellen Einrichtungen ausgestattete Krankenhäuser sind für Jungärzte und Pflegepersonal attraktiv; sie nehmen entscheidend Teil an der Ausbildung der Jungärzte und des Pflegepersonals. Dadurch haben sie die Möglichkeit, ihr Leistungsprofil zu stärken und proaktiv zu verwirklichen.

Hier geht es auch darum, in Verhandlungen mit den Sozialpartnern einen verbindlichen Mindeststandard an Personal, das heißt Ärzten und Pflegepersonal, für die Krankenhausabteilungen und für die Pflegeheime festzulegen, um das Ausbrennen der Mitarbeiter zu verhindern und den Personalmangel nicht noch weiter zu verstärken. Deutschland hat es uns mit dem Pflegestrukturgesetz vorgemacht. Um die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten und die Qualität zu gewährleisten, sollte eine der Verantwortung angemessene Bezahlung festgeschrieben werden. In Ihrem Regierungsprogramm weisen Sie auf die Erhöhung der Löhne, um die Kaufkraft zu erhöhen, hin. Wir sind nicht mehr konkurrenzfähig mit den Institutionen im angrenzenden Ausland, so dass uns vor allen in den Grenzgebieten Pflegepersonal verlässt, um an Fachabteilungen im Ausland zu arbeiten. Hier verweise ich an jene des oberen Vinschgau und auch an das Wipptal.

Ziel muss ferner sein, eine engere Verzahnung zwischen dem ambulanten und stationären Bereich zu erreichen. Dabei geht es auch darum, den Arbeitsalltag der Mitarbeiter rund um die Bürokratie und die Dokumentation zu verbessern und auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Diese Personengruppen müssen sich auf die Kernaufgaben konzentrieren können, um ausreichend Zeit für die Patienten zu haben. Die bürokratischen Aufgaben sollten von dem Verwaltungspersonal übernommen werden. Der in den vergangenen Jahren im Verwaltungsbereich stattgefundene Einsparungsprozess muss endlich beendet werden.

Im Koalitionsprogramm wird kaum auf die für die Patienten und Bürger langen Wartezeiten eingegangen. Diese überaus langen Wartezeiten für Fachvisiten und Spezialuntersuchungen sind für die Bürger unerträglich. Ziel einer patientenorientierten Gesundheitspolitik sollte sein, dass die gesetzlich vorgesehenen Wartezeiten eingehalten werden, das heißt, dass die Durchführung einer dringenden Visite am selben Tag, einer Prior-Visite innerhalb von 8 Tagen und nicht dringender Visiten innerhalb von 60 Tagen erfolgen. Voraussetzung ist, dass Privatvisiten unbürokratisch finanziell abgerechnet werden können. Leider sind Unterstützungen, die im Moment angeboten werden, mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand und indirekten Kosten sowohl für Patienten als auch für den Anbieter verbunden. Bei einer realistischen Preisgestaltung und einer unbürokratischen Handhabung könnten solche Angebote sicher öfter in Anspruch genommen werden und wesentlich zum Abbau der Wartezeiten beitragen.

Europaweit besteht ein großer Mangel an Ärzten und Pflegepersonal. So leidet das Südtiroler Gesundheitssystem insbesondere an einem Fachärzte- und Pflegepersonalmangel. Der Ärztemangel ist vor allem dadurch bedingt, dass Südtiroler Jungärzte nach dem Studienabschluss oder nach Beendigung der Facharztausbildung nicht mehr nach Südtirol zurückkehren bzw. aus dem Inland sich nicht mehr in unserer Region niederlassen. Gründe hierzu sind einerseits die Arbeitsverhältnisse im Sanitätsbetrieb mit Rechts- und Planungsunsicherheiten, andererseits die fehlenden Facharztausbildungsmöglichkeiten an den Krankenhäusern. Es ist an der Zeit, dass wieder die Ausbildungsmöglichkeiten in allen Fachdisziplinen rasch und unbürokratisch begonnen werden können. Nur so kann dem sich verstärkenden Fachärztemangel entgegenwirken. Hier ist dringender Handlungsbedarf gefordert.

Die Medizin ist eine sprechende Wissenschaft. Der Dialog zwischen Patienten und Arzt bzw. Pflegepersonal ist entscheidend. Daher ist die Kenntnis der beiden Landessprachen von Bedeutung. Vor Beginn der Anstellung sollten die Sprachkenntnisse aktiv und mit Hilfe von Sprachkursen in der Dienstzeit in einem definierten Zeitrahmen erworben werden.

Wegen der anstehenden Pensionierungswelle aufgrund des neuen Pensionsgesetzes und aufgrund des bereits bestehenden Fachpersonalmangels erscheint es dringend notwendig, die Ausbildungsplätze für Pflegeberufe an der Fachhochschule Claudiana zu erhöhen oder andere Ausbildungsmodelle vielleicht auf der Ebene der Euregio anzudenken. Es muss uns gelingen, junge Menschen, die ihre Ausbildung im Ausland absolvieren, wieder durch Anreize ins Land zurückzuholen oder ihnen die Ausbildung in ihrer Muttersprache im Land zu ermöglichen.

Auf folgende Punkte, die im Koalitionsprogramm nicht explizit erwähnt sind, möchte ich kurz eingehen: Die Initiierung und Umsetzung von Modellprojekten im Bereich der Primärversorgung zur Verbesserung einer flächendeckenden, qualitätsvollen allgemeinmedizinischen und pflegerischen Versorgung sollte angedacht werden. Den Aufbau des allgemeinmedizinischen notärztlichen Bereitschaftsdienstes in den Seitentälern gemeinsam mit der Landesnotrufzentrale, den Rettungsorganisationen und dem Notfalldepartement, um eine flächendeckende, zeitgerechte Rettungsversorgung zu garantieren. Das Versorgungsangebot für Schwerst- und Sterbende sollten in den nächsten Jahren verstärkt angeboten werden, hier vor allem die Umsetzung eines interdisziplinären Palliativ- und Versorgungsnetzwerkes. Vor allem auch die Schaffung zusätzlicher medizinischer Ausbildungsplätze an der Universität Innsbruck, an anderen inländischen und ausländischen Universitäten, um den drohenden Ärztemangel zu verhindern. Ich glaube auch, das Schreiben eines Rettungsgesetzes für das Land, um die gesetzliche Grundlage für das Rettungswesen in Südtirol zu regeln und diversen Rettungsorganisationen einzubinden, ist notwendig. Die Überarbeitung und Anpassung des Landesgesundheitsplanes 2016-2020 im Sinne eines Landesgesundheitsstrukturplanes unter der Berücksichtigung der ländlichen Distanzen müsste erfolgen. Die Zusammenarbeit und Intensivierung mit der Universitätsklinik Innsbruck - Tirol Kliniken als Maximalversorger im Rahmen der Euregio müsste angedacht werden. Ausbau einer grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung, so wie es in anderen europäischen Grenzregionen bereits als Modelcharakter vorhanden ist und von der europäischen Union finanziell gefördert wird, wäre sinnvoll.

Das Südtiroler Gesundheitssystem befindet sich in einer leichten Schiefelage. Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat für Gesundheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viel zu tun. Es ist unsere Verpflichtung jeden Tag daran mitzuarbeiten, dass wir den Alltag der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in der Gesundheitsversorgung ganz konkret besser machen, dass sie spüren, dass sich etwas ändert. So gewinnen wir verlorengegangenes Vertrauen zurück. Packen wir es gemeinsam an!

PLONER Alex (Team Köllensperger): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer auf den Zuschauerrängen und auch Zuhause via Internet! Der Silvesterabend ist gerade mal 25 Tage her und dieser Moment wird von vielen genutzt, um mit guten Vorsätzen in das neue Jahr zu starten. So ähnlich ist es mit dem Regierungsprogramm. Eine Anhäufung von vielen guten Vorsätzen für die kommenden fünf Jahre. Der erste Vorsatz steht als Überschrift über allem, gleich zu Beginn in der Präambel, also in der feierlichen Einleitung der Vereinbarung. Die Präambel ist das Fundament, die zentrale und wichtigste Aussage eines Vertrages, eines Gesetzes. Dieser Vorsatz lautet bei euch - er ist schon zitiert worden - : "*Eine Politik für die Menschen - die Menschen zuerst*".

Wir alle, wie wir hier sitzen, haben einen Wählerauftrag, der uns schlussendlich dazu verpflichtet, zum Wohle aller Menschen in diesem Lande zu arbeiten - das ist die Erwartungshaltung an uns alle. Wir sollten - egal, ob Regierung oder Opposition - nie vergessen, dass wir Angestellte der Südtirolerinnen und Südtiroler sind. Auch diese Menschen da oben, die heute zuschauen, sind unsere Chefs, nicht wir ihre. Abgeordnete sind für die Bürger da und nicht die Bürger für die Abgeordneten. Sich das immer wieder bewusst machen, ändert Herangehensweisen. Damit bin ich beim Wie in der Politik. Das Wie in der Umsetzung vermisste ich an ziemlich einigen Stellen des Regierungsprogramms. Zum Thema "Wie" stelle ich hier vorab das Wort "Coach" in den Raum. Darauf komme ich später noch zurück.

Ich wünsche mir von der neuen Landesregierung, dass ihr euer Versprechen und Motto der letzten Wochen vor den Wahlen "Ba di Leit", auch in den nächsten Jahren lebt. Die Menschen in ganz Südtirol, egal, aus welchem Bezirk, welchem Tal, welcher Gehaltsklasse, welcher Religion oder politischen Überzeugung, sollen gehört und ernst genommen werden. Jeder und Jede hat ein Anrecht auf eine professionelle gute Information und Auskunft, auf unsere Arbeitszeit, das heißt persönliche Termine oder ein persönliches Ge-

sprach, auf Antworten auf Fragen und die bestmögliche Lösung, wenn es darum geht, ein Leben im Wohlstand und Sicherheit in diesem Land zu bekommen. Es genügt auch in den kommenden fünf Jahren nicht, zu den Leuten hinaus zu gehen, ihnen zuzuhören, sie in partizipative Prozesse zu involvieren, dann aber in der Bewältigung der Herausforderungen zu schwächeln, Entscheidungen hinaus zu zögern, wenig Mut für neue, vielleicht auch unpopuläre Wege zu zeigen und allzu oft den Spruch "wir werden schauen" zu verwenden. Nicht schauen - tun!

Einige Bereiche aus dem Regierungsprogramm liegen mir besonders am Herzen und hier bringe ich meine Wünsche zu euren Vorsätzen an. Ihr versprecht es in der Präambel, Menschen, also auch zum Beispiel Giovanna und Marco in den Mittelpunkt zu stellen. Giovanna und Marco sind Eltern, die ihrem Kind einen großen Horizont wünschen und ihr italienischsprachiges Kind in eine Schule einschreiben wollen, die die Mehrsprachigkeit lebt. In fast jedem Kapitel, von der Schule über Arbeitswelt, Tourismus bis hin zum Ehrenamt sprecht ihr von der Stärkung der Mehrsprachigkeit. Ich habe das Glück, auf über 15 Jahre Expertenunterricht im Bereich Rhetorik in den verschiedensten Oberschulen dieses Landes zurückzublicken. Ich habe mich bei den Schülern immer etwas unpopulär und unbeliebt gemacht, als ich mit der Drohung kam und diese aussprach, dass ich als Landesrat für Schule in diesem Land dafür sorgen würde, dass sie ihre Maturapräsentation - sie dauert 10 Minuten - dreisprachig absolvieren müssen, sprich Deutsch, Italienisch und Englisch. Ich habe Ihnen gesagt: "Ihr könnt die Begrüßung und die Verabschiedung in Dialekt halten!"

Es müsste inzwischen in diesem Land bei der Matura, nach 13 Jahren Schule, nach 2000 Schulstunden Sprachunterricht in der Sprache, Standard sein, ist es aber nicht. Das wissen wir alle, die hier sitzen. Hier gilt es neue und auch mutige Wege in der Mehrsprachigkeit zu beschreiten. "Die Grenzen deiner Sprache sind die Grenzen deiner Welt", ein berühmtes Zitat von Wittgenstein. Ihr beruft euch immer wieder auf Artikel 19 des Autonomiestatuts, wenn es darum geht, den sprachlichen Horizont klein zu halten. Ich unterstütze es, wenn es gilt die Sprachkompetenz in der jeweiligen Muttersprache zu fordern und zu fördern, wobei das auch für die Dialekte gilt, denn Sprachwissenschaftler bezeichnen die Dialekte schon lange als eigenständige Sprache. Das Märchen vom Verlust einer Sprachkompetenz im Erwerb einer nächsten Sprachkompetenz glaubt euch lange schon niemand mehr und schon gar nicht jene Eltern, die auf eine gute und erfolgreiche Zukunft ihrer Kinder auf dem globalen Arbeitsmarkt hoffen.

Ich beneide - und Neid findet sich in meinem Leben selten - Kinder, die die Möglichkeit haben, in einer zwei- oder mehrsprachigen Familiensituation aufzuwachsen. Machen wir solche Familiensituationen in diesem Land zur Allgemeinsituation! Verschieben wir endlich Sprach-Grenzen, um bei Wittgenstein zu bleiben. Ich wünsche mir eine Politik des sprachlichen Zusammenführens, aber auch der Wahl-Möglichkeit. Lasst es zu, dass sich in Bozen deutschsprachige und italienischsprachige Grundschüler im Pausenhof treffen. Lasst es zu und unterstützt es, dass beide Sprachgruppen gemeinsam auf einem Fußballplatz spielen, am besten noch mit Einbindung der Migranten. Fördert es, dass Eltern entscheiden können, ihre Kinder in einen mehrsprachigen Kindergarten einzuschreiben. Macht den Weg endlich frei für eine internationale Schule, dann wird sich auch die Wirtschaft leichter tun, Fachkräfte, die schon Eltern sind oder werden wollen, nach Südtirol zu holen. Hier ist die Union von Wirtschaft und Schule beim Kollegen Achammer sicher gut aufgehoben.

Wir dürfen hier Eltern wie Giovanna und Marco mit einem weiten Horizont und aus meiner Sicht auch einem modernen, visionären und verantwortungsvollen Handeln nicht im Wege stehen oder sie gar im Regen stehen lassen. Kollege Dello Sbarba hat es schon gesagt und ich unterstreiche es, weil es wichtig ist: Bitte diskriminiert und schikaniert nicht Menschen, die sonst schon einen Überlebenskampf führen müssen, Stichwort "Flüchtlinge und Migranten", indem ihr sie zwingt, alle drei Landessprachen zu beherrschen. Diese Forderung zu finden unter dem Punkt "Integration". Dies könnt ihr dann tun, wenn wir alle 35 hier in diesem Saal auch alle drei Landessprachen beherrschen. Ich träume von einer mutigen Politik, die es irgendwann möglich macht, dass wir in diesem Land nur noch einen Landesrat oder Landesrätin für deutsche, italienische und ladinische Schule und Kultur haben. Wie soll in der Bevölkerung das zusammenwachsen, was wir hier im Landtag so massiv trennen?

Zurück zur Präambel: Ihr versprecht es Menschen wie Stefan in den Mittelpunkt zu stellen. Stefan ist 45, verantwortet einen Sportverein mit über 700 Mitgliedern. Am Tag des Ehrenamtes wird ihm politisch auf allen Kanälen gehuldigt, bei der Eröffnung des Sportplatzes wurde die Wichtigkeit seines Tuns unterstrichen. Trotzdem findet er keinen Nachfolger für seinen Präsidentensessel, den er gerne abgeben würde. Abgeben, weil er es satt hat, jährlich oder gar mehrmals jährlich zum Bettler, zum Bittsteller in der Finanzierung seines Vereins zu werden. Abgeben, weil er sich nicht geschützt fühlt und für Dinge haftet, die ihm schlaflose Nächte bereiten. Abgeben, weil er sich mit der Verantwortung und Vereins-Arbeit allzu oft alleingelassen fühlt. Lasst

uns gemeinsam daran arbeiten, dass solche Menschen wie Stefan wieder mit einem Lächeln und Glücksgefühl im Ehrenamt arbeiten. In vielen Kapiteln findet sich das Wort "Ehrenamt", im Sozialen, beim Zusammenleben, im Sport, im Tourismus, in der Migration. Bitte reformiert diesen Bereich! Ich weiß, wovon ich spreche. Es müssen klare Regeln geschaffen werden, sonst bricht uns diese Säule langsam weg. Wir müssen unterscheiden zwischen Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Unternehmertum.

Lob wem Lob gebührt! Vielen Dank, dass ihr hier die Infostelle fürs Ehrenamt eingerichtet habt, ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt heißt es schauen, wie sie funktioniert und angenommen wird. Ein Wunsch meinerseits bzw. Vorschlag: Wartet nicht, dass die Ehrenamtlichen wieder zu den Beratern, den Beamten, zur Infostelle kommen, sondern schickt die Berater hinaus zu den Ehrenamtlichen ins Land, um ihnen vor Ort in ihrer Stube und in ihrem Vereinslokal beratend und unterstützend zur Seite zu stehen, die Ehrenamts-Coaches. Das ist für mich moderne Verwaltung.

Ihr habt unsere Unterstützung, wenn es jetzt darum geht, so viele Kompetenzen wie möglich im sogenannten "Terzo Settore" nach Südtirol zu holen. Die letzten Entscheidungen und Signale aus Rom in diesem Bereich sind nicht wirklich motivierend. Vielleicht schaffen wir es gemeinsam noch stärker Südtirol im Bereich Ehrenamt zur Modellregion Italiens zu machen.

Euer drittes Versprechen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, geht an Sabine. Sabine ist 17 Jahre alt und hat das Down-Syndrom. Sabine weiß nicht, was der Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention ist. Sie weiß aber, dass sie am liebsten Fotografin und Schauspielerin werden möchte. Doch die Arbeitswelt will Menschen wie Sabine ganz selten eine Chance geben und sie integrieren. Diese Unternehmer und Unternehmerinnen verletzen und missachten dabei diesen Art. 27, aber auch das Landesgesetz Nr. 68 aus dem Jahr 1999 oder das Landesgesetz für Inklusion Nr. 7 aus dem Jahr 2015. Im Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention, die auch Italien unterschrieben hat, steht, dass es Menschen mit Beeinträchtigungen ermöglicht werden muss - ich zitiere -, "*den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird.*" Lieber zahlen Südtiroler UnternehmerInnen eine Strafe, als Sabine einen Arbeitsplatz zu geben. Hier sollte in Zukunft mit den Strafen und Kontrollen härter durchgegriffen werden.

Es besteht das Menschenrecht auf Wahrung der Menschenwürde durch Selbstversorgung. Das soll für uns alle eine Verpflichtung sein, von der man sich nicht einfach freikaufen kann. Bemühen wir uns darum, die bereits bestehende Beratungs- und Vermittlungstätigkeiten zu optimieren und eine Art Arbeitsbeschaffungs-Coaches nach dem Vorbild des Landes Westfalen einzusetzen. Diese Coaches arbeiten als Vermittler zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und den Arbeitgebern. Auch hier wieder die Idee, zum Menschen hin und nicht warten, bis der Mensch zu den Beamten kommt. Es gilt eine Dienstleistungsmentalität in diesem Land zu stärken, zu fördern und auch zu fordern. Lobenswert, dass die Menschen mit Beeinträchtigung im Regierungsprogramm Erwähnung finden und ihr euch vornehmt, das Landesgesetz für Inklusion - ich zitiere -, "schrittweise" umzusetzen. Es liegt an euch, ob diese Schritte eine gemütliche Wanderung oder ein 100-Meter-Lauf sind. Betroffene jedenfalls freuen sich auf Geschwindigkeit in der Umsetzung. Ich wünsche mir, dass in eurer Regierungsarbeit Menschen wie Sabine und deren Familien mehr Raum und Aufmerksamkeit gegeben wird. Hier gilt es über Barrierefreiheit, Sozialleistungen, Pflege, usw. verstärkt zu sprechen und zu handeln.

Geschätzter Landeshauptmann Arno Kompatscher, Sie und Ihre Regierungsmitglieder, ihr versprecht Menschen wie Giovanna, Marco, Stefan und Sabine in den Mittelpunkt eurer Arbeit stellen zu wollen. Verspricht es nicht nur, tut es! Wie schon erwähnt, wir werden auch ab jetzt, ab heute an den Taten messen.

Es ist wie bei den Vorsätzen zu Silvester. Je schwammiger diese gefasst werden, umso schwächer ist man dann in der Umsetzung. So gesehen habt ihr euch mit diesem Regierungsprogramm die Latte nicht wirklich hoch gelegt. Ich wünsche euch und uns allen ein gutes Händchen bei den Entscheidungen für dieses Land und die Menschen, die es aufgebaut haben, die es leben, die es lieben und ihren Kindern in einem guten Zustand hinterlassen wollen. Auf eine konstruktive, auf eine gute Zusammenarbeit im gegenseitigen Respekt! Heute ist es schon erwähnt worden, ich mag das Wort "Streit" nicht, es liegt nicht in meiner Natur zu streiten, aber ich liebe den Wettbewerb der Ideen. In diesem Sinne auf eine gute Zusammenarbeit!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Gentile presidente/Landeshauptmann, stimati colleghe e stimati colleghi! Diversamente dalla settimana scorsa, quando si parlava del presidente della Giunta provinciale, non posso che ribadire come io non riponga la fiducia in questa Giunta che si sta andando a costruire e, anzi, io temo gli effetti regressivi di questa alleanza di governo.

Questa Giunta vede, come avevamo già detto, una forza populista, propagandista, contraria ad ogni mio principio politico, ma soprattutto con la presenza di una componente italiana purtroppo molto indebolita rispetto a una presenza massiccia rispetto ai precedenti Consigli provinciali e l'ambizione per la poltrona, purtroppo, ha prevaricato ogni logica della politica. Non si parla di programmi di bene comune e di società di futuro, solo di timidi balbettii al telefono, per avere l'ok su ogni cosa da Milano. Io spero che questo sistema cambi completamente in questi 5 anni e vorrei capire quali sono - poi lo vedremo, lo sentiremo dagli assessori leghisti - i progetti per l'Alto Adige del futuro, oltre a dire "stop invasione". A forza di vedere immigrati dappertutto, di filmarVi e di farVi imbarazzanti video sui *social* avete perso il senso della realtà e cominciamo a parlare concretamente. Dov'è la competenza del sociale che tanto andavate sbandierando? Non ne faccio una colpa alla Volkspartei, naturalmente, che furbescamente ha approfittato di una prateria politica, come spesso sa fare quando si trova dinanzi a una compagine sguarnita, faccio una colpa, però, a voi quattro eletti della Lega.

Io mi domando che diavolo di trattativa avete fatto tra voi e la Volkspartei, questa è una domanda che mi pongo in continuazione, se noi fossimo stati quattro del nostro partito a trattare con la Volkspartei, a casa avremmo portato molto di più; se l'altra volta Tommasini aveva molte più competenze di Voi, mi domando in quattro che cosa avete fatto, chi è il vostro *kingmaker* delle trattative, Calderoli? Non lo so, non ho capito. Beh, io elenco alcuni fatti, perché i fatti sono importanti.

La vicepresidenza vicaria della Provincia: persa, passati al secondo posto.

Competenza sul sociale: persa. L'edilizia abitativa agevolata è stato un elemento che è andato avanti nel tempo e dai tempi di Bolognini era nelle mani di un assessore diverso da quello della Volkspartei; io auspico che per lo meno chiederete la presidenza dell'IPES, almeno quello, pur avendo una grandissima stima e conoscendo il grande lavoro che fa l'attuale presidente.

Assessore regionale: perso.

Le competenze sull'economia: zero assoluto, una volta c'era la compagine sempre diversa dalla Volkspartei, era l'assessorato all'industria, addirittura ai tempi di Ferretti c'era anche l'assessorato al commercio. Perso completamente. L'unico elemento che c'era, innovazione, oppure nell'ambito della cooperazione, non esiste più, non esiste più niente. Nell'ambito dell'economia è completamente la Volkspartei che gestisce tutto, mi fanno piacere poi le altre associazioni degli imprenditori che parlano, qui è il mondo della Volkspartei che gestisce.

Dunque, io non ripongo alcuna fiducia in questa componente leghista della Giunta e rimando molto poca fiducia in una monocolore Volkspartei che si appropria di competenze strategiche e promette continuità con gli ottimi governi del passato, ma alla fine ha scelto con astuzia il *partner*. Gli interessi dei contadini saranno tutelati, Vi faccio i complimenti per l'articolato testo sull'agricoltura, ma l'Alto Adige del futuro non può solo pensare di vivere in questo modo.

Io mi voglio soffermare su una questione dove penso di essere un po' preparato, la questione delle città, dei centri urbani rispetto alle aree rurali: sulla città di Bolzano è stato detto che c'è stata una grande conquista con questa Agenda di Bolzano che dà una risposta a una serie di bisogni, beh, io mi domando quali, l'attuazione del Piano mobilità firmato dalla Giunta provinciale nel settembre 2018, due volte sottolineato nel programma, e ringrazio che è stato sottolineato proprio perché non ci siano delle modifiche.

Compensare gli squilibri e le distorsioni, con particolare attenzione al capoluogo e agli obblighi finanziari e sociali del capoluogo, come ad esempio - io aggiungo - sui mancati finanziamenti della Provincia ai servizi sociali delegati, nel 2019 mancano 2 milioni e mezzo in questo senso.

Rafforzare l'autonomia dei Comuni secondo il principio della sussidiarietà, il presidente della Giunta provinciale è stato anche presidente del Consorzio dei Comuni, sa che quando vengono date le deleghe alle amministrazioni comunali ci devono essere le adeguate risorse e questo io spero che si mantenga.

Non so se questa Agenda, composta da presidente e secondo vicepresidente - manca, ma naturalmente non è una dimenticanza, nel senso che è un'ovvietà che ci siano dei rappresentanti delle amministrazioni comunali - riesca a trovare quella combinazione virtuosa che riconosca alle aree urbane un finanziamento adeguato, ma la cosa più mortificante, dal mio punto di vista, è che non c'è questa comprensione della differenza tra le aree urbane e il *ländlicher Raum*, cioè le aree rurali. Un esempio: Bolzano è una città che ha il più elevato tasso di anzianità, ad esempio ha il 26,3% *over* 65 anni, una disoccupazione del 5,6% contro una media del 3,1 in provincia, la metà delle case IPES si trova su questo territorio e ci sono il 14,2% di stranieri presenti sul territorio comunale, stranieri, non quelli che hanno conseguito la cittadinanza italiana.

In questo documento manca completamente un'azione di prevenzione, legata a una politica di comunità, che la città persegue da sola nei suoi quartieri, tipo Casanova, Firmian, via Maso della Pieve, con poche risorse si valorizza una capillarità di servizi attraverso un concetto di estensione territoriale, invece esistono altre distanze: la solitudine, le famiglie unipersonali ad esempio nella città di Bolzano sono il 41%, o gli anziani, il disagio giovanile. È la prevenzione, questo non è stato un tema molto toccato, ma io lo sottolineo, l'unica strada con la quale si possono ottenere dei risultati per costruire una comunità solidale. Prevenzione sociale non è solo sul tabacco, sull'alcol e sul gioco, ma è qualcosa anche di più ampio.

Vorrei fare una riflessione in questo momento sulla questione dell'abitare, l'abitazione tocca poi anche la nuova legge urbanistica, è un'esigenza primaria naturalmente e al di là che secondo me dovrebbe essere inserita in questo ambito una politica per la permanenza degli anziani nella propria abitazione nell'ambito del progetto Abitare sicuro, che dovrebbe essere portato avanti dalla Giunta provinciale, il problema fondamentale è capire come - in quanto è una comunità che cresce comunque - si possono abbassare i prezzi delle abitazioni e dall'altra parte favorire le locazioni.

Io pongo una riflessione - non mi è piaciuto nemmeno in questa legge nuova dell'urbanistica, l'ex articolo 69 sugli alloggi convenzionati - qui c'è da trovare una differenziazione tra zone turistiche e zone urbane. L'alloggio convenzionato nell'ambito della città di Bolzano, bloccarlo in modo permanente ha ancora un significato in questa direzione? Questa è secondo me una riflessione da fare, c'è il recupero, ad esempio, delle abitazioni, c'è un problema sulle distanze, ci sono tutta una serie di cose su cui a mio modo di vedere bisognerebbe fare una riflessione specifica in questa direzione.

Passiamo all'ambito della cultura, ci sono due temi che mi premono, uno che nell'attualità è continuo e costante è ad esempio il polo bibliotecario. Mettiamo la parola fine alle polemiche pretestuose, il polo bibliotecario deve essere fatto, perché ha un senso non solo culturale ma ha anche un significato molto più ampio e chiedo alla prossima Giunta che sul polo bibliotecario si diano dei termini, perché aspettare ulteriormente è veramente un forte disagio per tutta la comunità non solo cittadina, ma anche provinciale.

L'altro aspetto è sul polo museale, che è un altro elemento fondamentale; il presidente ha preso i musei e sono veramente felice che abbia questa competenza, perché è una competenza importante, che riguarda tutte le comunità presenti in questo territorio, c'è questo decimo museo a Fortezza che è sull'autonomia, un ulteriore passo in avanti per avere questa rete museale sempre più forte e più presente nell'ambito della nostra provincia. A mio modo di vedere l'operazione del polo museale deve andare avanti nell'ambito della città di Bolzano, deve essere un punto di riferimento, come gli altri musei che sono sul territorio. È sempre di più ci deve essere questa connessione all'interno del ruolo dei musei della nostra provincia, perché sono un forte richiamo.

Sull'economia: c'è un forte cambiamento radicale del lavoro, dunque dei rapporti economici e sociali a causa di un'accelerazione tecnologica; ben vengano il *TechnoPark*, l'IDM, che ha la funzione di promuovere ciò che viene realizzato all'interno di questa provincia, il biglietto da visita che deve andare a livello internazionale, deve avere uno sviluppo forte in questo senso, ma naturalmente quello che è fondamentale è la formazione, l'apprendimento, la scuola, queste sono le grandi tematiche nuove.

Una cosa, nell'ambito sempre dell'economia, che deve essere regolarizzata, Ve lo dico anche per quanto riguarda la mia professione, l'ambito dei *booking*, delle nuove realtà, delle prenotazioni attraverso gli appartamenti; c'è un fortissimo investimento non solo qua in Alto Adige, ma nel resto del territorio anche nazionale. Ci devono essere delle regole chiare in questo senso, cos'è una struttura alberghiera, cos'è un *booking* e via di conseguenza, su questo secondo me c'è da fare un forte ragionamento.

Andiamo sull'ampliamento dell'autonomia. Ci sono stati alcuni aspetti estremamente interessanti di cui ho letto, trasferimento dell'ordinamento dei Comuni, io sono della convinzione che un ente terzo per mediare alla compagine c'è, la Regione ha questa valenza, è una camera di decantazione. Sarebbe interessante capire cosa pensa la Lega sulla Regione, perché i leghisti di Trento vorrebbero rafforzarla in questo senso.

Come sull'A22, io ritengo che l'A22 sia uno degli aspetti fondamentali dell'economia della nostra Regione e della nostra Provincia, ma allo stesso tempo si chiede, io sono d'accordo, per carità, la sede a Bolzano, mi piacerebbe capire cosa ne pensa la Lega locale e la Lega di Trento, in questo senso.

Il corpo di Polizia provinciale non l'ho capita, devo dire la verità, io ho partecipato a degli incontri al Consorzio dei Comuni, si parlava di sinergie tra le Polizie municipali, la polizia della Bassa Atesina piuttosto che Merano, che fa un'operazione con Scena. Questo lo capisco, per quanto riguarda svolgere funzioni di pubblica sicurezza, a mio modo di vedere esiste la Polizia di Stato e quello lo fa, però ci sarà anche una risposta in questo senso.

Caro presidente, Lei ha la competenza sulle relazioni esterne, perciò anche nei rapporti con l'Europa, ho letto anche con interesse l'intervista dell'imprenditore - io lo chiamo illuminato - Seeber, il quale sottolineava come irrinunciabile l'alleanza Volkspartei più Lega, ma Lega è un partito antieuropeo, questo si sa, ma l'imprenditore Seeber, su cui va tutta la mia stima, come Lei, presidente, si deve rendere conto che il destino dell'Europa è il destino anche dell'Alto Adige, perciò su questo riflettiamo bene. Buon lavoro!

UNTERHOLZNER (Team Köllensperger): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Ich komme aus der Unternehmerschaft und bin daher kein großer Redner. Deshalb werde ich mich - vielleicht auch vorbildlich - sehr, sehr kurz halten. Trotzdem habe ich im Regierungsprogramm gelesen, dass man die Ansiedlung von neuen Unternehmen, welche hochqualifiziertes Personal brauchen, fördern wolle. Nein, bitte, Herr Landesrat, genau das brauchen wir in dieser Zeit dank der Hochkonjunktur in Südtirol nicht! Wir haben hier Not an Fachkräften. Dann wollen wir jetzt nicht noch Betriebe mit hochqualifizierten Arbeiten ansiedeln, um unseren Betrieben Konkurrenz zu machen. Genau das brauchen wir nicht! Was wir brauchen, sind wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für dieses Land. Wir sollten unsere hochqualifizierten Unternehmen fördern und unterstützen, um genau diesen Wohlstand auch weiterhin für unser Land zu erhalten. Ganz konkret sollten wir Rahmenbedingungen schaffen, welche die Bürokratie abbauen und die Prozesse viel, viel schlanker machen. Somit geben wir den Arbeitern draußen endlich die Möglichkeit, um zu arbeiten und weniger Bürokratisches zu erledigen. Das werden wir - ich in der Person als Wirtschaftskollege - in dieser Legislatur voll unterstützen. Von daher ersuche ich um Zusammenarbeit miteinander und nicht gegeneinander! Dann haben wir eine gute Zukunft. Das sind wir auch unseren Wählern schuldig, hier etwas Konstruktives für unser Land zu tun und weiterbringen. Danke!

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Massimo Bessone

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Nicolini, ne ha facoltà.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente, care colleghe, cari colleghi, signor presidente della Giunta. Leggendo le pagine del programma, anche per quel che ci riguarda, abbiamo trovato tanti principi condivisibili, molto generici, talvolta anche eccessivi e superflui, che sembrano un po' dover allungare una minestra, tanto per dire qualche cosa in tutti i campi dello scibile umano.

Parole in libertà, come ha detto qualcuno, vi sono delle affermazioni talmente ovvie che qualunque formazione politica qui presente non avrebbe neanche il pudore di affermare il contrario. Alcuni obiettivi sono già stati enunciati come propositi da perseguire all'interno di principi costituzionali, per cui neanche volendo si potrebbe farne a meno. Il problema spesso nasce, però, quando dopo questi principi logici che impegnano la gran parte del programma, si va al come vengono realizzati. Quelle poche volte che si va in profondità e si diventa concreti negli enunciati esemplificativi, ci si accorge che nascondono direzioni nelle quali si esplicitano tutti i limiti di questo programma. Ve ne sono alcuni dove già con i fatti siamo andati oltre le semplici dichiarazioni, con il programma del governo del cambiamento, come ad esempio sulle integrazioni delle pensioni minime o del reddito di cittadinanza o altre, sempre presenti nel programma nazionale che non abbiamo ancora realizzato, ma i traguardi che ci siamo posti sono più ambiziosi, come tutte le misure sull'ambiente, la decarbonizzazione, la mobilità elettrica, la sostenibilità ambientale.

Dico qualcosa sulla sanità. Troviamo assolutamente inadeguati i propositi e le misure introdotte a risolvere i problemi della sanità. Non basta enunciare che si vogliono ridurre i tempi di attesa, magari aumentando i servizi territoriali o promuovendo l'associazione di studi medici, qui è necessaria una rivoluzione dal punto di vista amministrativo se vogliamo migliorare la sanità e in primo luogo ridurre il carico burocratico e amministrativo dei comprensori. Qui bisognava riformare le direzioni sanitarie, eliminando questi comprensori, non il pannicello caldo del piano sanitario provinciale, che tra l'altro doveva essere già realizzato. Ricordiamo per l'ennesima volta, che serva come monito per la nostra Provincia, che ha il più alto *budget pro capite* in Italia e in alcuni indici le prestazioni più scadenti, con tempi di attesa inaccettabili che sono sfuggiti di mano e hanno anche la tendenza ad allungarsi nel tempo. Siamo stati sorpresi anche noi trovando la nostra provincia ultima dopo la Calabria nei livelli essenziali di assistenza, i cosiddetti LEA, e anche se è dovuto al fatto che avevamo un flusso di dati incompleto, ricordiamo bene che il calcolo dei flussi dei dati sanitari è fondamentale per la prevenzione, che può essere dedotta solo dalla statistica sanitaria, esaminando i dati in aggregato e il non prevederli è una mancanza molto grave. Non vorremmo poi - e ogni tanto su questo ci viene anche il dubbio -

che questa malagestione fosse volontariamente provocata come scusante per spingere i cittadini verso la sanità privata.

Anche per il fascicolo sanitario elettronico di cui siamo sostenitori della volontà di realizzarlo nel programma, probabilmente non vi siete accorti che non solo era già stato annunciato precedentemente, ma addirittura era già stato dato per realizzato dalla Vostra Giunta precedente.

Per il sociale, abbiamo letto che tra gli impegni concreti vi è quello di alzare le pensioni minime delle persone sole e prive di patrimonio e reddito. Forse è stato dimenticato che partirà ad aprile il reddito di cittadinanza, che anche in Alto Adige avrà una platea di 3.000 persone, sarebbe stato più giusto, quindi, proporre un'integrazione visto che il livello dei prezzi qui è più elevato rispetto a quello del resto d'Italia.

Ancora per il sociale e le competenze sull'edilizia, l'IPES è pronto a passare sotto l'ala dell'SVP dopo quarant'anni - tra l'altro a questa SVP dei minimi storici. La Lega in questo governo provinciale non dovrebbe fare la parte della tappezzeria, ma dovrebbe anche spendersi in difesa dell'equilibrio dei cittadini di lingua italiana. L'evidenza è stata già espressa bene dai colleghi Repetto e Dello Sbarba.

Come abbiamo già detto noi nella precedente sessione, troviamo una grande mancanza e poca lungimiranza nel promuovere concretamente la parità fra le lingue, nell'ovvio rispetto dello Statuto. La scuola multilingue, in particolare la scuola materna, dovrebbe generare un'offerta aggiuntiva, ricorremo con tutti i mezzi per far sì che la diffusione del bilinguismo sia il volano della nostra comunità del futuro. Tutta la società civile, il mondo dell'imprenditoria locale e della formazione ce lo chiede, come ha benissimo illustrato il mio collega Ploner.

Per l'ambiente sappiamo che il programma è una dichiarazione d'intenti, ma visti i disastri che stanno colpendo anche la nostra provincia, ci saremmo aspettati una maggiore centralità del tema, con numeri chiari sulla mobilità su rotaia, le infrastrutture, la messa in sicurezza del territorio e questo con dei dati concreti. Da parte nostra il nostro unico obiettivo non sarà quello di mettere i bastoni fra le ruote alle attività di Giunta, ma cogliamo il buon proposito dichiarato sulla mano tesa a collaborare per il bene della nostra terra. Dopo tutta questa rilettura del Vostro lungo programma che ho fatto in questi giorni, augurando alla Giunta buon lavoro e riuscita nel perseguimento dei suoi obiettivi, vorrei ricordarVi una frase di Primo Levi: "L'olocausto è una pagina del libro dell'umanità da cui non dovremmo mai togliere il segnalibro della memoria". Grazie.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Thomas Widmann

PRÄSIDENT: Kollege Faistnauer, Sie haben das Wort, bitte.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Danke, Herr Präsident, geschätzter Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben heute schon öfters gehört, dass die Regierungserklärung sehr allgemein gehalten wurde. Mir fehlt darin vor allem der Bezug zur realen aktuellen Situation in Südtirol. Als Biobauer, Lehrer und Bürgermeister hatte ich in den letzten 20 Jahren die Gelegenheit, viele Erfahrungen zu sammeln und mit Menschen in den unterschiedlichen Lebenssituationen zu reden. Dabei ist mir vor allem eines aufgefallen: Der steigende Leistungsdruck und die Angst, nicht Schritt halten zu können, und die Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Wir Südtiroler sind zum einen in Punkto Pro-Kopf-Einkommen im europäischen Spitzenfeld, auf der anderen Seite aber auch jene Region mit den höchsten Lebenshaltungskosten. Nehmen wir ein Beispiel aus der Berglandwirtschaft! Unter dem Druck von Handel und Konsumenten sind die einheimischen Betriebe immer mehr gefordert, hohe Investitionen in ihre Höfe zu tätigen, um am Markt bestehen zu können. So baut Bergbauer Max einen neuen Laufstall für seine 15 Milchkühe, welche er biologisch halten möchte. Er arbeitet im Winter beim Skilift vor Ort und im Sommer mit seinen Maschinen bei anderen Bauern, damit er diese großen Investitionen stemmen kann. Seine Frau hingegen arbeitet in Teilzeit als Kindergärtnerin, kümmert sich um den Haushalt und die zwei Kinder und managt noch dazu die drei Ferienwohnungen, die vor 10 Jahren errichtet wurden. Die Familie muss ein Darlehen von über 500.000 Euro tilgen und dies über eine Laufzeit von 25 Jahren. Auf der anderen Seite habe ich junge Paare kennengelernt, welche sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen möchten. Sie warten mitunter jahrelang auf die Zuweisung von gefördertem Bauland, bauen schließlich um circa eine halbe Million Euro ihr Reihenhaus in der Erweiterungszone ihres Heimatdorfes. Nehmen wir einen Eigenkapitalanteil von 100.000 Euro zugrunde, eine Förderung vonseiten der Provinz in Höhe von 60.000 Euro, so verbleibt auch hier eine Fremdfinanzierung in Höhe von etwa 290.000 Euro mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Auch hier dasselbe Bild: Es darf im Grunde nichts schiefgehen,

ansonsten steigt der Druck auf alle Familienmitglieder. Gerade gestern - als drittes Beispiel nehme ich das her - hat mich ein Dienstleistungsbetrieb zu einem Gespräch eingeladen. Ein Kleinunternehmer im Bussektor hat mich darauf aufmerksam gemacht, öfters schon mit den Zuständigen gesprochen zu haben, auf die Gefahr hin, dass die kleinen Unternehmen hier als Spielball der zwei großen Player in diesem Sektor unter die Räder kommen. Ich stelle mir nur die Frage, wie Sie für Südtirols Bevölkerung Maßnahmen setzen, damit sie erst gar nicht in diese Situation kommen.

Im Kapitel des ländlichen Raums schreiben Sie: *"Die Abwärtsspirale im ländlichen Raum beginnt mit der Abwanderung insbesondere der jungen, gut ausgebildeten EinwohnerInnen."* Dabei ist seit einigen Jahren dieser Trend zu beobachten, dass bestens ausgebildete Personen der Heimat den Rücken kehren und sich woanders niederlassen. Durch lebendige, attraktive Ortskerne, aktives Vereinsleben in den Dörfern, Mischnutzungen im Bereich Handel, Wohnen und Tourismus gelingt es, die Bevölkerung vor Ort zu halten und zu begeistern. Hier braucht es große Anstrengungen, um nachhaltig gegenzusteuern, vor allem aber lebendige Gemeinden mit starker finanzieller Ausstattung. Am Stichwort "Gemeindenfinanzierung" bedarf es die Parameter, welche über die Zuweisung der Pro-Kopf-Quote entscheiden, laufend zu überarbeiten und auf den Prüfstand zu stellen. So sollten Parameter wie Meereshöhe, Kilometer, ländliches Wegenetz, die Anzahl der Fraktionen und Weiler in den Gemeinden mit der einhergehenden Zahl von Vereinen und öffentlichen Gebäuden hier stärker ins Gewicht fallen. Die vielfachen Schwierigkeiten von kleinen Gemeinden, um größere Bauvorhaben zu finanzieren, sollten ebenfalls gelöst werden, entnehme ich Ihrem Regierungsprogramm. Die bloße Einführung eines Rotationsfonds wird die Situation allerdings nicht lösen können. Kleine Gemeinden greifen zurzeit bis zu 10 Jahre auf ihre Investitionsgelder im Voraus an, um größere Projekte zu finanzieren und ausschreiben zu können. Heißt für mich, für die neuen Gemeindenverwalter nur mehr verwalten, statt gestalten. Es ist leider zudem Praxis, dass den Gemeinden auf der einen Seite über die Pro-Kopf-Quote Mittel für die Investitionen überwiesen werden, auf der anderen Seite hingegen genötigt werden, große Summen für den Bau von Bezirksstrukturen zweckzubinden. Als Beispiel nenne ich hier den Bau von Altersheimen oder Mittelschulen. Hier wäre meiner Meinung nach im Sinne des Konnexitätsprinzips, welches Sie erwähnen, die Kosten für die öffentlichen Ausgaben jener öffentlichen Institution zuzuweisen, die am Ende den Dienst auch durchführt.

Zum Kapitel Landwirtschaft, das Kollege Schuler die nächsten Jahre wieder betreuen darf! Die Bäuerinnen und Bauern dieses Landes leisten täglich wertvolle Arbeit, ob durch Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln oder durch den Erhalt unserer Natur- und Kulturlandschaft. In diesem Kapitel bin ich auf einige der wenigen Zahlen fündig geworden, die messbar sind, und zwar auf die Verdoppelung der biologischen Anbaufläche bezogen auf 2015 bis zum Jahr 2025, die der Kollege Staffler bereits erwähnt und geschrieben hat, wo wir schon einen guten Schritt dran sind. Hier gilt es aber meiner Meinung nach noch stärker und nachhaltiger zu intervenieren, damit dieses und noch höhere Ziele erreicht werden können. Aufgrund meiner persönlichen Erfahrung, welche ich in der Umstellung von kommerzieller Bewirtschaftung des Betriebes auf die biologische Betriebsführung gemacht habe, sehe ich hier noch einiges an Handlungsbedarf. Nachhaltigkeit kann sich nicht nur auf die ökologische Seite reduzieren, sondern muss sich auch auf der ökonomischen Seite abspielen. Im Obstbau sind die Betriebsergebnisse von Biobetrieben, je nach Jahrgang, bereits positiv. In der Milchviehhaltung ist aufgrund fehlender positiver Ergebnisse die Zahl an umstellungswilligen Betrieben nach wie vor sehr gering. Hier beschränkt sich die Zahl der Biobetriebe auf jene Betriebsleiter, die aus Idealismus und Überzeugung auf Bio umstellen und dem Mindergewinn mit einem anderen Betriebszweig oder einem Zuerwerb wettmachen. Aufgrund dieser existentiell bedrohlichen Umstände ist die Anzahl jener Betriebe, welche der biologischen Bewirtschaftung wieder den Rücken kehren müssen, leider immer noch sehr hoch. Schauen wir uns im Allgemeinen die sinkende Anzahl der milchviehhaltenden Betriebe an, so sprechen die Zahlen hier eine klare Sprache. Von 6.519 milchviehhaltenden Betrieben im Jahr 2000 sind wir nun bei 4.777 Betrieben im Jahr 2017 angelangt. Vor allem in den letzten zwei Jahren hat sich dieser Trend nochmals verstärkt, wo jedes Jahr über 200 Betriebe den Melchstuhl an den Nagel gehängt haben. Anhand dieses Beispiels sehen wir eindrucksvoll: Mit billig können wir nicht mithalten. Der Weltmarkt ist kein Freund von kleinen Betriebsgrößen.

Vor allem fehlten bis heute die politischen Rahmenbedingungen, um den gespürten Konflikt zwischen biologischen und konventionellen Anbau zu entschärfen. Es muss wieder vermehrt Augenmerk auf eine vielfältige Landwirtschaft gelegt werden. Durch eine mutigere Gestaltung unter anderem bei der Förderpolitik hat man hier großen Spielraum und diese gilt es zu nutzen. Vor allem die Synergien, die der neue Landesrat für Tourismus und Landschaft hoffentlich in die Hand nimmt, haben ein großes Potential, dass wir in eine Richtung

wandern und das Miteinander dem Nebeneinander weicht. Nur durch richtige politische Weichenstellungen kann verhindert werden, dass auch bei uns ganze Talschaften verwildern und das Landschaftsbild darunter leidet. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf den Tourismus, sondern auch auf die Sicherheit von uns allen.

Im Kapitel Raumordnung, das Kollegin Kuenzer in den nächsten fünf Jahren betreuen darf, ist mir vor allem aufgefallen, dass zum einen die Landesrätin das Ziel ansetzt, dass das neue Gesetz für Raum und Landschaft mit 1. Juli 2020 Gültigkeit erhalten soll, während hingegen unser Gemeindenpräsident erklärt, dass die Gemeinden bereits ab 1.1.2020 bereit wären, das neue Gesetz anzuwenden. Ich habe diesbezüglich in den letzten Tagen mehrere Gespräche mit verschiedenen Bauamtsleitern geführt, die mir auch gesagt haben, dass der Kurs für die Leiter der Servicestelle startet, wobei jedoch die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz noch nicht festgelegt und hier bei uns Sicherheiten vorprogrammiert sind. Meiner Meinung nach ist das Ziel der Volkspartei, dass das vor den Gemeinderatswahlen mit der Neuerung zusammenhängende Vakuum und die Unsicherheit vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an die Oberfläche kommt. In diesem Zusammenhang erscheint mir einzig das Argument stichhaltig, dass scheidende Bürgermeister, welche aufgrund der Mandatsbeschränkung oder aus anderen Gründen nicht mehr gewählt werden, sich nicht mehr mit diesen Neuerungen auseinandersetzen müssen. Ich hoffe nicht, dass auch hier, ähnlich wie bei der Harmonisierung der öffentlichen Haushalte, auf dem Rücken der Mitarbeiter der Gemeinden, der Verwalter und der Sekretäre eine unausgegrenzte, in der Praxis mit vielen Unklarheiten behaftete Reform vorschnell eingeführt wird. Zudem bedeuten solche Reformen in der Praxis zu Beginn meistens einen erhöhten Personalbedarf, welcher auf die Gemeinden zukommt und hier sollte auch reiner Wein eingeschenkt werden.

Im Kapitel Energie schließlich sehe ich ebenfalls wenig Konkretes. Leider wird hier nicht auf den verständlichen Wunsch vieler Südtirolerinnen und Südtiroler eingegangen, Zugang zu vergünstigten Stromtarifen zu erhalten. So bleibt die Ungleichbehandlung vieler Bürger nach wie vor bestehen, wo der eine Bürger um 7 Cent die Kilowattstunde einkauft, der andere hingegen um 27 Cent. Es muss endlich eine Lösung gefunden werden, damit Bürger und Unternehmen Zugang zu günstigen Tarifen erhalten.

Als Lehrer mit über 15 Jahren Erfahrung ist mir auch die Gegenwart und die Zukunft im Bereich der Bildung wichtig. Es ist Fakt, dass der Berufsstand der Lehrer zurzeit nicht angemessen entlohnt wird. So dürfen zum Beispiel Lehrer laut neuer Regelung bis zu 50 Prozent des Jahresbruttoverdienstes nach Ermächtigung dazu verdienen. Bezahlt die Lehrer ordentlich, dann muss niemand in der Freizeit weiterarbeiten, um über die Runden zu kommen! In meinen Augen kommt dies einer fehlenden Wertschätzung dem Berufsstand gegenüber gleich. Lehrpersonen erfüllen eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Gesellschaft und hier wird so getan, als seien LehrerInnen nicht ausgelastet und als könne man diesen Beruf so nebenbei ausüben. Möchte sich eine Lehrperson in einem Fachgebiet weiterbilden, so muss dies auch in Zukunft im praktischen Bereich weiter ermöglicht werden, denn nur so können Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen und attraktiven Unterricht geschaffen werden.

Beim Blick in das Regierungsprogramm fand ich schließlich sehr, sehr schade, dass einige Bezirke und Städte namentlich erwähnt wurden, andere hingegen wie das Vinschgau und das Wipptal nicht. Die BürgerInnen von diesen Talschaften verdienen sich auch natürlich das besondere Augenmerk, vor allem von Ihnen, Landeshauptmann Kompatscher, erhoffe ich mir, dass auch in den nächsten Jahren vor allem bei unserem Bezirk vermehrt euer Einsatz zu erkennen sein wird.

Ich schließe mit einem Zitat von Margaret Thatcher: "*Geduld ist eine gute Eigenschaft. Aber nicht, wenn es um die Beseitigung von Missständen geht.*" Wenn ich an die Anliegen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger denke, mit denen ich fast täglich konfrontiert werde, dann lässt dieses Regierungsprogramm vieles offen und enthält leider wenig Konkretes, vor allem keine Antworten. Ich werde mich in den kommenden fünf Jahren besonders in meinen Fachgebieten konstruktiv einbringen und wünsche der Regierung und uns allen, dass wir für die Zukunft unseres Landes die richtigen Weichen stellen. Danke!

PRÄSIDENT: Kollege Knoll, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nachdem sich noch eine Reihe von Rednern gemeldet haben, die Replik des Landeshauptmannes folgen muss, mehrere Wahlgänge anstehen und Unterbrechungen für Fraktionssprechersitzungen angekündigt worden sind, würden wir Sie bitten, dass wir normal Mittagspause machen und dann mit der Sitzung um 14.30 Uhr fortfahren.

PRÄSIDENT: Wenn das die Mehrheit der Anwesenden wünscht, können wir dem nachkommen. Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. A dire la verità il vedo adesso il mio intervento è scivolato via, ed era quello prima di Vettori, però di fatto ci sono tre interventi, io direi di concludere almeno la fase del dibattito sull'elezione della Giunta, cioè di procedere senza sosta, tanto per essere chiari, però per carità mi rimetto alla volontà del Consiglio de Lei vuole esplorarle. Però direi almeno di concludere questa parte per non interrompere in maniera inadeguata un dibattito. Grazie.

PRÄSIDENT: Kollege Urzì, grundsätzlich haben Sie in dem Sinne Recht, dass die Einladung bis zum Ende der Arbeiten ohne Pause erfolgt ist. Wenn jetzt die Mehrheit des Landtages aber wünscht, dass wir die normale Mittagspause machen, dann können wir von dieser Ordnung, die vorgegeben ist, abweichen. Wenn dies nicht der Fall ist, fahren wir mit der Sitzung fort. Deshalb bitte ich Sie einfach um ein Handzeichen der Willensbekundung. Die Entscheidung obliegt Ihnen als Souverän. Wer möchte Pause machen? Wer möchte keine Pause machen? Somit ist die Mehrheit dafür, mit der Sitzung fortzufahren. Dem Antrag des Kollegen Urzì wird stattgegeben, während der Antrag des Kollegen Knoll nicht angenommen wurde.

Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort, bitte.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Werter Präsident, geschätzter Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Regierungsprogramm habe ich beim letzten Mal schon einiges gesagt. Es wurde von vielen Fraktionen festgestellt, dass das Regierungsprogramm oberflächlich gehalten ist. Es werden aber viele oder fast alle Bereiche angerissen und erwähnt. Ich glaube, es liegt in der Natur der Dinge von Regierungsprogrammen - da müssen wir ehrlich sein -, auch in anderen Ländern, dass sich Regierungen höchst ungern festlegen lassen, was sie genau, wie sie die Dinge umsetzen und wieviel Budget sie dafür planen wollen. Ich glaube, unabhängig davon gehört es zur Demokratie dazu - und ich habe auch gemerkt in dieser kurzen Zeit im Landtag -, dass wir natürlich auch bestimmten Regeln unterliegen. Manche davon haben mehr Sinn, manche weniger. Wenn heute jeder Abgeordnete sein Parteiprogramm oder das halbe Wahlprogramm noch mal rezipiert, dann ist das Recht von jedem. Aber ich glaube, bis zum Schluss wird es darauf ankommen, ob wir aus der Opposition heraus dieses Regierungsprogramm der Koalition mitfühlen. Da wird es weniger um die einzelnen Parteiprogramme gehen, sondern wie wir uns im Austausch, im Dialog mit der Mehrheit über unsere Arbeit im Landtag, sowohl in den Anträgen als auch in den Kommissionen, aber vor allem auch wie wir uns in Zukunft in unserem Abstimmungsverhalten in diesem Plenum hier herinnen verhalten werden. Ich glaube, daran werden auch wir in der Opposition gemessen, so wie wir die Landesregierung in dieser Umsetzung messen werden, die sie hier anspricht bzw. in den Absichten, die der Landeshauptmann in seiner Rede angesprochen hat. Mir ist klar, dass jede Fraktion und jede Partei hier die gesamten Inhalte bringen möchte. Ich bin auch froh, wenn Freiheitliche Inhalte in die Arbeit der künftigen Landesregierung einfließen. Ich danke auch Sven Knoll für seine Eingangsrede, wo er ganz viel Freiheitliche Inhalte drinnen hat. Ich bedanke mich dafür, dass er einiges vorweggenommen hat. Das finde ich gut. Bei anderen Bereichen ist das nicht so. Ich möchte heute nur auf drei Wünsche, Herr Landeshauptmann, für diese Landesregierung eingehen. Sie haben sie teilweise auch angesprochen. Ich glaube, die soziale Gerechtigkeit in diesem Land wird eine der ganz großen Herausforderungen in den nächsten fünf Jahren sein. Sie haben von relativ hohen Lebenshaltungskosten gesprochen. Ich muss das verschärfen. Sie sind nicht nur relativ hoch, sondern gehören mit zu den höchsten Lebenshaltungskosten, die wir im Vergleich zu den Reallöhnen Südtirols haben. Hier gilt es anzusetzen. Ich weiß, dass es schwierig ist, in die Privatwirtschaft einzuwirken, indem wir als öffentliche Hand sagen, dass wir die Löhne auch in den Privatsektoren steigern möchten. Das Land muss hier natürlich im öffentlichen Sektor mit gutem Beispiel vorangehen. Wir reden da von den Löhnen und von den Renten. Wenn der Bereich des Wohnbaus angesprochen wurde und es darum ging, die EEE-Kriterien oder die Wobi-Kriterien umzugestalten, dann müssen wir - wie Sie haben gesagt - auf die Schwachen in diesem Land schauen. Das ist gut und wichtig, aber mittlerweile ist die Armutsgrenze ja da, dass wir heute auch Leute haben, die das ganze Jahr fleißig arbeiten und mit unter die Räder kommen. Diese fallen teilweise aus den Rastern raus, weil sie fleißig sind und arbeiten. Diejenigen müssen wir mehr in den Focus stellen, dass es hier schon einen Unterschied zwischen denen gibt, die das ganze Jahr arbeiten und sich bemühen und trotzdem nicht in den Genuss von Förderungen kommen. Lieber wäre es mir auch, dass wir keine Förderungen bräuchten, sondern die Reallöhne in diesem Land für ein gerechtes Sozialsystem ausreichen würden.

Die Familienfreundlichkeit von Unternehmen wird in Zukunft immer eine größere Rolle spielen. Auch hier gibt es Modelle, wo man auch den Privatsektor in Form von einem bestimmten Bonus anregen kann zu fördern, dass man sagt: "Ich gewähre bestimmte Förderungen nur, wenn auch die Familienfreundlichkeit in diesen Betrieben gewährleistet wird." Das betrifft bei uns vor allem die noch wenigen großen Betriebe. Die große Anzahl, die wir haben, sind Klein- und Mittelbetriebe, bei denen es natürlich viel schwieriger ist, solche Maßnahmen und Regelungen zu finden, weshalb wir da auch andere Lösungsansätze verfolgen werden müssen.

Und da bin ich auch schon beim Kapitel Wirtschaft, das in der vergangenen Legislaturperiode im Vordergrund gestanden ist. Das wird es nach wie vor stehen müssen, denn nur mit einer funktionierenden Wirtschaft schaffen wir es auch, die Arbeitsplätze zu garantieren und auch eine Erhöhung der Löhnung hinzubekommen. Bei der Wirtschaft und in den Wirtschaftssektoren - und das hört man aus allen Bereichen - können wir heute sicher nicht auf alle Bereiche eingehen. Der Bürokratieabbau wird seit Jahren gepredigt, auch innerhalb dieses Hauses hier. Da muss man wirklich hergehen und sagen, dass man nicht nur einsparen soll, sondern schauen muss, wo man sogar einen Schritt zurückgehen kann in der Entbürokratisierung. Wo kann man Bürokratie abschaffen, anstatt neue zu machen. Es geht nicht nur um das Verhindern neuer überladener Bürokratie, sondern wirklich um eine Erleichterung, indem wir bestimmte Sachen abschaffen. Die Senkung der IRAP und die Abschaffung der IRPEF sind natürlich Themen, die uns begleiten werden. Bei der Ausbildung geht es auch wieder um den Arbeitsmarkt, um die Attraktivität, die Ausbildung, die vermehrte Konzentration auf die MINT-Fächer, die wir unbedingt brauchen. Das duale System, das sich bewährt hat, sollten wir noch attraktiver gestalten, damit wir hier auch mehr Zugang und Zusatz haben, auch von Leuten, die nicht in Südtirol aufgewachsen sind. Das wäre der dritte Wunsch im Bereich Integration. Sie haben vorher auch gesagt, dass wir einiges vor Ort besser machen und besser regeln können. Das wollen wir auch vor Ort regeln können. Gerade im Bereich Integration, die natürlich eine europäische Herausforderung ist - das ist ganz klar -, müssen wir schauen, die Kompetenzen zu bekommen. Südtirol ist ein sensibles Land aufgrund der drei autochthonen Volksgruppen, die hier in den letzten Jahrzehnten sozusagen dieses friedliche Zusammenleben trotz der großen Schwierigkeiten gemeistert haben. Es ist immer noch ein sensibles Zusammenleben und gerade hier ist es wichtig, dass die Form der Integration und die geordnete und die geregelte Integration nach unserem Muster, nach den Vorstellungen, wie sie für Südtirol konkret auszuschauen hat, passieren. Hier brauchen wir die Kompetenzen und dann nehme ich auch die Kollegen der Lega in die Pflicht, dass ihr hier als Teil der Landesregierung auch konsequent seid und diese Forderungen euren Kollegen in Mailand und Rom auch stellt, damit wir hier in Südtirol die Kompetenz in diesem Bereich bekommen.

Die Einwanderung in den Arbeitsmarkt: Da muss ich Kollegen Dello Sbarba, auch wenn er jetzt nicht hier ist, widersprechen. Er wirft uns vor, dass wir als Freiheitliche dagegen wären. Nein, wir haben immer eine Einwanderung nach eigenen Regeln, nach Südtiroler Regeln gefordert. Wenn wir eine Einwanderung brauchen, dann sind wir ganz klar dafür. Wenn ich bei der Einwanderung in den Arbeitsmarkt an die vielen Pflegekräfte vor allem aus dem osteuropäischen Raum usw. denke, die wir brauchen und bei denen wir auch eine gezielte Ausbildung für diese Leute vorsehen, da haben wir uns nie dagegen gestemmt. Aber wir waren immer dagegen und werden es auch morgen noch sein, dass eine Einwanderung in den Sozialstaat bzw. in unser Sozialsystem stattfindet.

Ein Bereich, der uns alle angeht, ist die Autonomie. Wir Freiheitliche sind für das Maximum an Autonomie, indem wir sagen: Ein unabhängiges Land wäre die ideale Lösung für Südtirol. In allen Bereichen dieses Regierungsabkommens stoßen wir an die Grenzen des Staates und ich muss hier teilweise sogar die EU in Schutz nehmen. Manche EU-Richtlinien wären nicht so schwierig umzusetzen, wenn nicht der römische Zwischenschritt wäre, der uns das wiederum um die "Haxen haut", indem er daran erinnert, dass wir hier keine Zuständigkeiten haben. Ich denke an die Arbeitssicherheit und andere Bereiche, die hier angegangen werden müssen. Ich hoffe und weiß zwar, dass nicht alle in diesem Plenum unseren Weg, unsere Zukunftsvision mittragen, aber zumindest den konsequenten Autonomieausbau und den mutigen Autonomieausbau. Er müsste alle hier in diesem Raum verpflichten. Ich darf daran erinnern, dass der Landeshauptmann vom Trentino - ich bin jetzt ganz froh, dass unten Herr Fugatti Landeshauptmann ist - vor fünf Jahren das Modell des Freistaates Südtirol mitunterzeichnet hat, was ja heißt, dass er sicher dafür sein wird, wenn wir große Kompetenzen bekommen, sowohl die einzelnen Provinzen als auch das Trentino, dass sie da wirklich die großen Brocken endlich angehen. Wir werden sowohl die SVP als auch den Koalitionspartner daran messen, wobei ich nicht zu denen gehöre, die die Lega so abtut, als wären sie die Leibhaftigen, die in die Landesregierung

gekommen wären, sondern ich gebe ihnen da natürlich auch die Chance, diesen Beweis in den nächsten Jahren zu bringen.

Noch etwas ist mir vorher aufgefallen. Ich mag es nicht so, wenn dieses überhöhte Idealbild manchmal auch von der Grünen Seite dargestellt wird. Auch von Kollegen Ploner sind mir einige Sachen aufgefallen. Es hat davor geheißen, dass es nicht glücklich wäre, die Landwirtschaft und den Tourismus zusammenzulegen. Ich glaube, das ist eine große Chance für Südtirol. Wenn der Landeshauptmann vorher in seiner Eingangsrede gesagt hat, dass die Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft auf einem sehr hohen Niveau in Südtirol ist, dann glaube ich, dass es eher die Landwirtschaft ist, die auch stark Tourismus treibt. Aber wir haben großes Potential bei den eigentlichen reinen Tourismusbetrieben und bei den großen Hotels, hier viel mehr Zusammenarbeit mit der regionalen Landwirtschaft zu finden. Es gibt viele Bereiche, wie zum Beispiel das Wegenetz, Radfahren usw., wo die Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaft und dem Tourismus noch gesteigert werden muss.

Noch etwas, zum Beispiel Kollege Dello Sbarba war es, der gesagt hat, dass die angekündigte Verdopplung der Bio-Landwirtschaft bis ins Jahr 2025 viel zu wenig wäre. Ich verstehe schon, dass man sich vieles wünschen und vieles vorstellen kann. Aber - ich glaube - diese Zahl ist ja zusammen mit den großen Bioverbänden im Land herausgekommen, die immer gefragt haben: "Könnt ihr das so entwickeln, seid ihr imstande, die Hektarzahlen in diesen und jenen Jahren umzustellen?" Also, die Zahl kommt von daher und nicht unbedingt aus der Idee von einem designierten oder sonst einem Landesrat. Das wurde schon im Einvernehmen geklärt. Auch mich freut es, wenn wir eine vielfältige Landwirtschaft haben, aber es muss so sein, dass jeder auch diese Eigenverantwortung spürt und selber entscheiden kann, welche Entwicklung er geht, angepasst an die Marktvorstellungen.

Abschließend noch etwas zum heutigen Wahlmodus! Jeder Freizeitverein in diesem Land wird - wenn es um namentliche Abstimmung geht - einzeln und geheim abgestimmt. Das ist eigentlich Usus, von der Bauchtanzgruppe bis zum großen Feuerwehrverband. Das ist Standard. Wenn wir heute eine Landesregierung wirklich als Block abstimmen müssen, dann kann ich sie nur entweder in Bausch und Bogen nicht wählen oder ich muss sie alle zusammen wählen. Einige Kollegen haben davor schon angemerkt, dass es hier durchaus Ausnahmen gäbe, wo man sagen kann: "Dieser eine Kandidat, der uns hier präsentiert wird, hat derart große Kompetenzen, dass es einen umhaut. Den müssen wir natürlich alle unterstützen, während wir uns bei anderen eher enthalten oder sogar dagegen stimmen müssen." Mit diesem System kann man das natürlich nicht und es ist dementsprechend auch wenig demokratisch, in der Art alles, "all in" oder gar nichts!

Zum Schluss gratuliere ich! Ich habe vorher die Nachricht bekommen, dass ein Südtiroler, unserer Dominik, in Kitzbühel gewonnen hat. Das gehört an dieser Stelle auch erwähnt. Die Gratulation geht natürlich auch an die designierte Landesregierung, in der Hoffnung, dass wirklich der Austausch zwischen Opposition und Landesregierung gelingt und auch gute Ideen der Opposition - wenn man vom Wettbewerb der Ideen spricht - angenommen bzw. und umgesetzt werden. Das wünsche ich mir und gleichzeitig auch allen ein gutes Gelingen bei ihrer zukünftigen Arbeit hier in Südtirol!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente, però il collega Reber non ci può lasciare così in sospeso, vorremmo sapere chi avrebbe votato degli assessori e chi no. Ce lo saprà dire poi in separata sede e anche noi ci uniamo alla soddisfazione per la vittoria dei colori azzurri a Kitzbühel.

Presidente, io oggi intervengo senza una traccia, perché credo che questi interventi vadano fatti veramente con il cuore, più che con la testa. Ci troviamo in un momento molto importante che è quello dell'elezione del governo provinciale, che nasce da un'intesa politica fra due forze: la Volkspartei e la Lega. Non essendo coinvolto in questa maggioranza, con grande chiarezza come ho sempre preteso da tutti i miei collaboratori a livello politico e come ho sempre preteso in questo Consiglio, o si è di qua o si è di là, quindi sarò all'opposizione, quindi non potrò votare questa Giunta, ma ho già dichiarato che avremo un atteggiamento nei confronti di questa amministrazione, di questa maggioranza, mai pregiudiziale, legato quindi alla valutazione su ogni singolo provvedimento in positivo o in negativo, aspettandoci peraltro che sia di parola, soprattutto come garante il presidente della Provincia nel dare ruolo, rilievo, importanza e valore anche alle iniziative dell'opposizione, considerato il clima anche di particolare disponibilità ad un lavoro cooperativo all'interno di quest'aula.

Però mi permetto di rimproverare il presidente della Provincia per lo scarso coraggio dimostrato nel rivendicare questa nuova maggioranza. Mi spiego, perché altrimenti posso essere anche oggetto di fraintendimenti: proprio all'inizio della Sua relazione, del patto di programma scrive e giustifica la Sua scelta dicendo che questo è un governo - e lo ha detto anche in diverse interviste - che nasce perché mette insieme la parte più rappresentativa del gruppo linguistico tedesco, di quello italiano e di quello ladino. Non è vero, presidente, la storia di questi ultimi decenni ci dimostra come la Volkspartei sia un partito camaleontico, nel senso che è un partito che sa adeguarsi ai momenti e fare le scelte di maggiore opportunità e di interesse. Questo è legittimo in politica, per carità; considerato che posso vantare in quest'aula la maggiore anzianità - non anagrafica, ma almeno di servizio - ricordo nel 1998, quando entrai per la prima volta in questo Consiglio - non datemi del dinosauro, non mi guardi male collega Nicolini - c'era una rappresentanza di 3 consiglieri di Alleanza Nazionale, più altri 2 del centrodestra. Eravamo 5, peraltro un gruppo particolarmente omogeneo ed era la parte più rappresentativa del gruppo linguistico italiano. Non entrò in Giunta, entrò la minoranza del gruppo linguistico italiano, perché in quel momento le condizioni avevano portato la Volkspartei a una scelta di maggiore opportunità. Questa condizione si è trasferita anche in legislature successive, anche quando ci siamo trattenuti a lungo; ricordo per la contrattazione, per la formazione della Giunta ormai due legislature fa, per la prima volta venimmo accolti con tutti gli onori nella sede di via Brennero per tre volte a ragionare sul programma di governo per il futuro di questa terra, eravamo la maggioranza del gruppo linguistico italiano, ma entrò al governo la minoranza del gruppo linguistico italiano, ossia la sinistra.

A proposito, presidente, io apro una piccola parentesi perché a me sembra passato un secolo e mezzo, cioè mi viene anche un po' strano che ci siamo trovati qua a settembre e lì di fianco a Lei c'era il PD e adesso invece nasce una Giunta con la Lega. Tanti colleghi hanno rimarcato questo aspetto, io lo ritengo un aspetto positivo quello di saper cambiare, lo abbiamo rivendicato e richiesto tante volte, sono 20 anni che lo richiediamo in quest'aula il coraggio di cambiare. Ma allora questo coraggio, presidente, lo rivendichi anche Lei e non giustifichi questa scelta dicendo che si è fatto il governo con le parti più rappresentative del gruppo linguistico, dica che si è fatto questo governo, perché si è inteso concordare un programma di governo con la Lega, lo dica con chiarezza, non c'è bisogno di nascondersi dietro un dito. Glielo dico perché è ingeneroso anche nei confronti dei Suoi alleati, perché comunque è stato fatto un accordo, è stato scritto un programma e non dica, però, che si è dovuto scegliere loro perché sono i più rappresentativi all'interno di quest'aula, ma si è deciso di scegliere loro perché si è deciso di scegliere loro e di scaricare il PD. La cosa mi rallegra.

Collega Repetto, io non ho molta nostalgia devo dire della scorsa legislatura e di quella precedente, glielo dico con franchezza perché Lei ha fatto un discorso *amarcord* - "Però quando c'eravamo noi, era tutta un'altra cosa ..." - io adesso vedrò come sarà in questa legislatura e l'ho detto: sei mesi, un anno poi do l'*endgültige Urteil*, il definitivo giudizio rispetto a questa maggioranza. Adesso ho un giudizio che non è positivo nel senso che non posso votare questa maggioranza, spiegherò poi per quale motivo, ma aspettiamo che i fatti parlino in maniera concreta, è stato rivendicato da tanti altri colleghi di altri gruppi, vediamo concretamente, perché in questa relazione - l'ho detto anche ai 5 Stelle - ci sono cose universali, principi in cui molti si possono riconoscere e devo dire che sull'89% di quello che c'è scritto, se si realizzasse, presidente, io sarei felice come una Pasqua e avremmo risolto tutti i problemi dell'Alto Adige, cambieremmo il nome da piazza Magnago a piazza Kompatscher se riuscissimo a farlo, però bisogna vedere.

E allora io dico che mi sembra passato un secolo da quando qui c'era il Partito Democratico e, ripeto, non ne ho alcuna nostalgia, perché il Partito Democratico è stato ciò che di più drammatico questa nostra Provincia abbia potuto conoscere per quanto riguarda la rappresentanza e la rappresentatività della comunità italiana, assente, distratto, dolosamente silenzioso, anzi, io raccomando ai colleghi della Lega, se mi posso permettere, da anziano dell'aula: intervenite, piuttosto dite sciocchezze, ma intervenite, fate sentire la vostra voce. Lo dico perché questo Consiglio, questa comunità ha bisogno di rappresentanza, di persone che li rappresentino nel bene o nel male, poi ciascuno si forma il suo giudizio, ma quello che di più drammatico abbiamo vissuto è che il Partito Democratico non c'è stato per cinque, vorrei dire dieci anni ed è stata la manna per il presidente Kompatscher e per la Volkspartei, è stata la cosa più meravigliosa poter contare sulla totale assenza di un interlocutore.

Certo, è vero, io mi sarei aspettato che si puntasse i piedi sul vicepresidente vicario, perché avere un vicepresidente vicario significa avere il diritto di poter vantare un ruolo anche formale all'interno della maggioranza, però è anche vero drammaticamente che quando avevamo il vicepresidente vicario, questo vicepresidente vicario non c'è mai stato e non c'è mai stato sulle politiche che riguardavano l'essenza del ruolo fondamentale della presenza italiana in Giunta provinciale, che sono le politiche legate alla scuola e alla cultura e

proprio su queste materie non c'è mai stato il Partito Democratico. Quando, presidente, sul calendario scolastico decideva l'assessora Kasslatler Mur e poi decideva l'assessore Achammer e l'assessore Tommasini non diceva né sì né no, non c'era, e mi scuso se ho fatto riferimento anche al nome della persona, perché non è corretto personalizzare, stiamo facendo un ragionamento politico, quando il Partito Democratico non c'era e non replicava, quando si decideva su materie sensibili sulle quali si richiedeva il legittimo, previsto dallo Statuto, voto per gruppi linguistici e il PD non voleva starci, perché può succedere nel corso della legislatura che si possa anche rivendicare quello che lo Statuto prevede, ossia il ricorso alla votazione separata per gruppi linguistici e il PD non ci voleva stare, la rinuncia al proprio ruolo.

Bene, sei mesi, un anno, poi ci ritroveremo qua, abbiamo le occasioni, i dibattiti sui bilanci, ci troveremo e tireremo il bilancio, io non firmo cambiali in bianco, però, perché è vero che questo programma è molto lungo e complesso, però è anche vero che è estremamente generico, benché su alcuni punti ci richiami e richiami la nostra attenzione.

Presidente, sulla questione delle competenze e della richiesta di ulteriori competenze, bulimica - io l'ho sempre definita così - con atteggiamento molto ingombrante si è voluta anche elencare una serie di temi e fra questi anche quelli che riguardano competenze regionali. Non so se il collega Fugatti questo programma lo ha letto, perché su alcune questioni poi ci troveremo in Regione probabilmente con un atteggiamento diverso della Lega rispetto ad alcune questioni, forse, forse no, magari mi sbaglio, lo vedremo.

Indubbiamente quando si parla dell'assunzione di competenze anche da parte della Regione, poi evidentemente se tutto questo si accompagna al dibattito sul possibile allargamento anche del numero degli assessori in Regione, allora ovviamente il tema si pone, ma come si concilia la richiesta di maggiori ruoli e funzioni che derivano non solo dallo Stato ma anche dalla Regione e poi la rivalutazione, non in termini di competenze e ruoli funzionali amministrativi o politici o ordinamentali, ma esclusivamente politici - numero di assessori - in Consiglio regionale?

Qui noi ci possiamo porre tante domande, ma ci possiamo dare anche pochissime risposte, ecco perché io dico "ci vediamo fra sei mesi, un anno", perché non so darvi le risposte a queste domande che sto ponendo, come non so darvi le risposte alla domanda che riguarda, assessore Vettorato, la questione della scuola, perché sparisce il termine "plurilinguismo" che invece è stato un punto di riferimento importante nel dibattito politico in questi ultimi 10 anni, si parla di potenziare la didattica della lingua straniera, che è un concetto molto forte dal punto di vista epidemico, poi però capisco che ha anche un significato più tecnico, intendiamoci, ma si dice poi esplicitamente della revisione del modello del CLIL.

Ecco, io su questo devo dire da subito, è uno dei punti di riferimento fondamentali della nostra azione politica, crediamo in un modello di scuola in lingua italiana, plurilingue, il che non significa intaccare il modello della scuola in lingua tedesca, che faccia quello che desidera, non significa prevedere, come vogliono i Verdi, una scuola plurilingue, beh però se fossero entrati in Giunta sarebbero stati disponibili a rinunciarci, come abbiamo visto, noi no, tanto è vero che non siamo in Giunta, noi crediamo invece in una scuola autonoma e libera, in lingua italiana, che possa crescere come scuola plurilingue e l'insegnamento migliore è fornito attraverso l'insegnamento veicolare, il CLIL. Qual è la risposta al bisogno di plurilinguismo data da questo governo? non lo so, lo vedremo fra sei mesi, un anno, però io il punto lo pongo, perché così fra sei mesi, un anno ci torneremo.

Si parla, presidente, in maniera piuttosto singolare di un tema agganciato al tema della sicurezza in termini più generali, che è quello della Polizia provinciale. Siamo chiari che su questo non facciamo l'opposizione, ma facciamo le barricate, Le smontiamo il banco, per intenderci. Presidente, era una figura molto ricca per riuscire a rappresentare il senso della nostra opposizione.

Mi rendo conto che è vero anche che è un riferimento verificare se esistono le condizioni, così si accontenta uno e l'altro, però è un tema estremamente delicato e che non ha una sua logica dal punto di vista funzionale, soprattutto perché in questo momento abbiamo invece una politica da parte del Governo e soprattutto da parte del Ministero degli interni in tema di sicurezza, estremamente presente e puntuale. Quindi credo che le risposte possano essere date perfettamente già dal Governo nazionale, senza bisogno di appesantire l'amministrazione con ulteriori livelli e organi, quindi anche su questo ci rivediamo fra un anno, forse fra cinque e ritengo che forse sia stato un tema posto tanto per dare soddisfazione a qualche corrente interna alla Volkspartei, ma di scarsa presa per il futuro.

Mi aspetto piuttosto una riforma della sanità che sia incisiva e radicale, perché è quello che si attendono i cittadini, mi aspetto, presidente, che si chiarisca il senso dell'operazione che si vuole mettere in atto sull'indipendenza della RAI, che va difesa e va difeso soprattutto il quadro regionale entro il quale la RAI è chiamata

a operare. Credo, presidente che il ruolo della città di Bolzano dovrà essere maggiormente definito, perché sono previsti alcuni punti di principio, ma credo che poi - questa è un'annotazione che io faccio - in due punti diversi della relazione, e concludo, presidente, si fa riferimento ad accordi assunti dalla Giunta provinciale a settembre, cioè due giorni prima del voto, quando il Partito Democratico in disperazione approvò tutto quello che poteva approvare per tentare di inseguire la Lega, compresi i corsi di lingua e la formazione obbligatoria, tutto quello che poteva fare Salvini, l'ha fatto il Partito Democratico, allora è ovvio che la Lega dice "vi diamo la soddisfazione di dire che ci sarà continuità, ma poi queste misure erano esattamente quelle che chiedevamo noi". Non e chiedeva solo la Lega, presidente, le chiedevamo noi.

Un rimprovero alla Lega: noi abbiamo proposto un allargamento di un'area di contrattazione con la Volkspartei per essere più forti nella rappresentanza del gruppo linguistico italiano, 5 consiglieri rispetto a 4 sarebbero stati più determinanti probabilmente per ottenere quel qualcosa di più che qualcuno ha detto poteva essere ottenuto. La maggioranza ha voluto chiudersi in se stessa, legittimo ovviamente, per questo siamo all'opposizione, opposizione mai pregiudiziale, seria ma anche severa quando sarà necessario. Grazie presidente.

VETTORI (Lega Alto Adige - Südtirol): Inizio questo intervento ringraziando il collega Urzì, che sembra, come auspicio, voglia fare un appoggio esterno a questa maggioranza ... mi ha quasi rubato tutto l'intervento, però ...

Vorrei subito chiarire a quest'aula che la Lega per questi cinque anni non farà da tappezzeria nonostante da Padova o dal Molise arrivino questi auspici e vorrei anche dire che in questi cinque anni dobbiamo parlare di quello che noi vogliamo fare per questa Provincia, non vorrei continuare ogni volta a dovermi giustificare sui *cliché* da campagna elettorale che, vorrei ricordare, è finita almeno che qualcuno non sia già proiettato verso le europee, sul fatto dobbiamo continuare a giustificarci su 49 milioni, su *cliché* di una lega che oramai non è più da 20 anni e su storie o propaganda *Facebook*, perché, signori miei, lo ripeto anche questa volta, se questa è una maggioranza che a molti non andrà bene perché c'è chi è nostalgico di una maggioranza che fino a settembre era in essere e oggi non c'è più e chi invece ha sempre anelato a entrare in maggioranza e sedere in quei banchi di fronte a noi, ma non è mai riuscito, forse perché non si è mai troppo impegnato sulla valorizzazione della componente italiana all'interno dei propri rispettivi movimenti o partiti, noi mettiamo subito le cose in chiaro: siamo quattro matricole? Sì, siamo 4 matricole. Abbiamo voglia di fare? Sì. Non vogliamo metterci le medagliette sulla giacca come i famosi ufficiali nordcoreani, chi viene a chiederci perché i nostri assessori all'interno di questa Giunta hanno determinate competenze e non altre quando nella scorsa legislatura il vicepresidente vicario, che ha fatto il vicepresidente vicario ben quattro giorni, se non mi ricordo male in 5 anni di legislatura, aveva sulla propria schiena tutte le competenze immaginabili di questo mondo, ecco, abbiamo visto come sono andate a finire queste competenze. Noi vorremmo magari suddividere i compiti fra il collega Vettorato e il collega Bessone e riuscire a fare qualcosa di concreto per questa nostra terra, perché noi crediamo in questa terra, nelle nostre tradizioni, nel fatto che la nostra peculiarità territoriale debba essere salvaguardata.

Qui si parla del governo di questa Provincia e continuare a sentire dire che all'interno del programma c'è un vago riferimento all'Europa, sì c'è un vago riferimento all'Europa perché noi siamo concreti e parliamo della nostra terra, per l'Europa, magari, o il consigliere Dello Sbarba o qualcun altro, magari vorrà andare a cimentarsi nell'agone politico del Parlamento europeo, ecco lì vediamo se riuscirà a fare qualcosa per questa terra all'interno delle istituzioni europee. Noi siamo nel Consiglio provinciale di Bolzano, parliamo di quello che è il territorio della provincia autonoma di Bolzano, per la regione vedremo poi più avanti, quando ci saranno le prossime convocazioni. Guardiamo a quello che c'è da fare sul nostro territorio *step by step*.

Io vorrei ringraziare i numerosi colleghi - non me ne vogliano i non citati - però mi ricordo molto bene l'intervento della consigliera Rieder o quello del collega Franz Ploner, che in maniera molto costruttiva sul programma si sono posti disponibili a portare la loro esperienza professionale per cercare di lavorare al meglio all'interno di quest'aula, sì perché nonostante i ruoli di maggioranza e opposizione, bisogna lavorare tutti quanti per la nostra terra. Poi è vero che i ruoli di maggioranza e opposizione sono ben definiti, purtroppo questa volta la maggioranza è fatta così, le competenze sono state date dal *Landeshauptmann*, la matematica non è un'opinione quindi cerchiamo di non fare un cambio di giochi di ruolo perché allora non esiste più né una maggioranza, né un'opposizione, siamo tutti disponibili a lavorare per l'Alto Adige.

Rispondendo invece alle tematiche linguistiche, visto che ci è stato rimproverato il fatto di essere ritornati con le cuffiette in aula e che la nostra politica linguistica non è una politica di integrazione, mi dispiace dirlo però se i risultati che abbiamo sotto i nostri occhi ad oggi sono quelli di portare alla maturità dei diplomati che purtroppo non sono bilingui al 100%, e io *in primis*, ma questo discorso lo faccio perché sono ben conscio dei limiti che un certo sistema scolastico ha portato avanti fino ad oggi per non creare poi quelle che sono le peculiarità e le basi di una vera integrazione, perché qui nessuno sta dicendo che un tedesco deve vergognarsi di essere tedesco all'interno di questa terra, come un ladino deve vergognarsi di essere un ladino, o un italiano deve vergognarsi di essere un italiano. Noi basiamo la grandezza di questa terra sulle specificità dei tre gruppi linguistici, non vogliamo far e un *melting pot*, un crogiolo dove nessuno riesce più a riconoscersi e non c'è più una chiarezza di cultura. È logico però che se noi vogliamo progredire e far progredire ancora meglio la nostra terra, dobbiamo mettere in condizione le nuove generazioni di essere completamente padrone di entrambe le lingue e anche il ladino, perché i tre gruppi linguistici principali di questa terra sono tedesco italiano e ladino. Però dobbiamo dare anche una possibilità a chi vuole arrivare nella nostra terra da altre province, altre regioni, altri Stati e dobbiamo dare una mano a integrarsi, perché qui lo spauracchio sembra che noi facciamo le liste di proscrizione verso chi non ha una purezza di sangue atta ad abitare in questa terra, non è vero, noi vogliamo dare la possibilità a chi ha voglia di integrarsi, a chi ha voglia di entrare all'interno di un tessuto quale quello del nostro territorio in maniera legale e costruttiva, dobbiamo dare una mano a integrarsi come si confà in questa terra, quindi conoscendo bene le lingue.

Allora, i programmi che noi abbiamo fatto, che molti dicono che sono generici ho visto che sono stati portati nell'ultima conferenza stampa dei SÜD-TIROLER FREIHEIT, noi quando chiediamo che i genitori possano essere messi in condizione di conoscere la lingua delle rispettive scuole, non solo in quella tedesca ma anche in quella ladina se sono nelle valli ladine, ma anche in quella italiana, è perché ci rendiamo conto che la nuove generazioni non possono continuare a rimanere indietro perché nei programmi scolastici qualcosa non funziona, lo abbiamo messo noi nel programma. È un bel programma e devo dire che a questo punto mi aspetto anche un voto favorevole da parte di chi ha proposto queste cose in conferenza stampa perché vuol dire portare avanti comunque un discorso di integrazione e di un nuovo modello societario che va oltre, travalica le barriere etniche.

Concludo sul CLIL, consigliere Urzì, noi non chiediamo di smantellare il CLIL, chiediamo di renderlo accessibile ed efficace, soprattutto, perché corsi di lingua dove la materia non viene imparata fino in fondo perché molte volte l'insegnante principale della materia non sa manco la lingua tedesca, o viceversa, e chi deve fare da traduttore deve anche sobbarcarsi il ruolo di insegnante di materia principale, ecco, crediamo che quello sia uno spreco di tempo e forse in quell'ambito il CLIL va assolutamente rivisto, non è che deve essere chiuso e smantellato.

Questi sono i nostri propositi per un nuovo Alto Adige, poi ringrazio l'opposizione non pregiudiziale del gruppo di Alto Adige nel Cuore - Fratelli d'Italia e spero che da parte di tutta questa opposizione ci sia lo stesso atteggiamento non pregiudiziale e non pregiudizievole nei confronti di una maggioranza che i numeri hanno portato ad essere tale, non perché noi si fa leva sulla paura, ma forse perché negli anni scorsi qualcuno ha governato, cogovernato molto male. Grazie.

LANZ (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute hier sind, über das Regierungsprogramm und über den Vorschlag der Landesregierung abzustimmen, dann geht es nicht um irgendetwas, was über Nacht vom Himmel gefallen ist, sondern es sind ergebnisintensive Überlegungen auch innerhalb der Südtiroler Volkspartei, intensive Überlegungen, wie man auf die Herausforderungen und Thematiken, die uns in den nächsten Jahren begleiten werden, reagieren kann und wie man sich dementsprechend positioniert. Deswegen haben wir das Glück, das mitzugestalten, mitzutragen und auch in einer Diskussion mitzuerörtern sowie eventuell dann Weichen zu stellen, wie man arbeiten kann. In diesem Zusammenhang ist es auch für die Südtiroler Volkspartei wichtig, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind. Ich vermisse ein bisschen den Respekt nicht uns gegenüber - das kann man machen, denn im Politischen ist es anscheinend so, dass man diesen Respekt mitbringen muss -, sondern gegenüber unseren Wählern. Wenn man dann unsere Gruppe als "Schafe" oder als "Kamele" bezeichnet, dann ist es irgendwie befremdend und komisch nicht uns gegenüber - wir halten es aus -, aber unseren Wählern gegenüber, die ja doch da sind. Das Programm ist ein Ergebnis aus der Diskussion der verschiedenen Interessensvertretungen, die in unserer Partei sind, wo wir sehr wohl beim Bürger sind. Dabei machen wir auch unsere Überlegungen, wie man diese Interessen umsetzen und dementsprechend auch die verschiede-

nen Thematiken aufnehmen kann, egal, ob das nun die Arbeitnehmer, die Wirtschaft, die Jugend, die Frauen, die Landwirtschaft, die Industrie oder das Handwerk sind. Alle Bereiche sind vertreten. Glauben Sie mir, es ist nicht einfach, wenn man nach einem so großen Fundus schöpfen kann, dann einen Weg herauszukristallisieren und diesen zu finden. Deswegen sind wir froh, dass es uns bzw. vor allem dem Landeshauptmann gelungen ist, ein Regierungsprogramm auf die Beine zu bringen, gemeinsam mit dem Koalitionspartner Lega, das sich sehen lassen kann. Es wurde auch von allen gesagt, dass es eigentlich nichts Schlimmes ist. An diesem Punkt möchte ich etwas mitgeben: Wir reden von einem Programm, das uns fünf Jahre lang begleiten soll, in einer Zeit, die sehr schnelllebig ist. Es wäre ein Wahnsinn zu sagen, was wir morgen und übermorgen machen. Es wäre ein Wahnsinn zu sagen, welchen Beistrich wir wo setzen werden. Ich glaube, das Regierungsprogramm sollte uns allen die Möglichkeit geben, auf die Herausforderungen zu reagieren und uns dementsprechend zu positionieren. Es ist wichtig, im richtigen Moment die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wir können nicht zuschauen und sagen: "Das Programm sieht es vor und dann können wir es nicht machen." Deswegen lade ich die ganze Opposition ein, dass wir alles, was Sie gesagt haben, auch umsetzen. Sie haben eine neue Politik und eine Politik der Zusammenarbeit gefordert. Diese Einladung steht und diese Einladung steht auch in Bezug auf die Wahl der Landesregierung. Wie soll man zusammenarbeiten, wenn man kein Vertrauen bekommt? Wie soll man zusammenarbeiten, wenn es heißt: "Wir würden euch ja wählen, aber wir können nicht, weil es ein Block ist."? Wie soll man zusammenarbeiten, wenn es heißt: "Wir sind Opposition und deswegen müssen wir dagegen sein."? Ich erwarte mir hier schon einen neuen Weg. Es sind sehr viele neue Abgeordnete hier und ich bin auch der Meinung, dass sehr viele Themen parteiübergreifend zu diskutieren sind. Dementsprechend hoffe ich, dass wir heute den Anfang setzen für eine neue Art der Politik in Südtirol. Wir haben heute sehr viele Themen gehört, die in Südtirol nicht funktionieren. Gott sei Dank ist das Gehirn von uns viel intelligenter als wir selbst. Und das Wort "nicht" wird dann immer wieder gestrichen. Wir haben darüber diskutiert, dass die Sanität nicht funktioniert. Wir haben darüber diskutiert, dass die Vollbeschäftigung nicht gut für das Land ist. Wir haben darüber diskutiert, dass die Ausbildung in gewissen Bereichen nicht funktioniert. Wir haben gehört, dass die Löhne nicht passen. Wenn wir das weglassen, dann haben wir eigentlich das Glück, dass wir alle Themen in Südtirol haben und auf diese aufbauen können. Wir haben eine funktionierende Wirtschaft. Wir haben funktionierende Ausbildungssysteme. Wir haben eine funktionierende Sanität und wir haben das Glück und die Herausforderung, dass wir das alles mitgestalten und verbessern können. Diese Einladung gilt von unserer Seite - ich glaube, auch im Namen der Lega sprechen zu können - an die Opposition, denn nur so werden wir neue Politik gestalten können, im Sinne unserer Wählerinnen und Wähler. Danke!

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Herr Präsident, zunächst einmal ein Dank an alle für die Redebeiträge, im Besonderen natürlich für die konstruktiven, auch für die vielen Angebote zur Zusammenarbeit. Gerne nehmen auch wir das an. Fraktionssprecher Gert Lanz hat ja auch schon darauf hingewiesen. Ich denke, dass schon sehr vieles von den Vertreterinnen und Vertretern der Opposition gesagt worden ist, was man schlicht und einfach unterschreiben kann. So wie Sie gesagt haben, stehen viele Dinge im Regierungsprogramm, die man unterschreiben kann. In der Analyse waren und sind uns in vielen Punkten nicht einig, dann bei den notwendigen Maßnahmen vielleicht doch in einigen und in einigen nicht mehr so sehr. Aber genau darum wird es gehen. Es findet dieser Wettstreit der Ideen statt, und zwar im positiven Sinne, ein Wettstreit der Ideen, wie er hier im Landtag sein soll. Ich gehe mit Sicherheit jetzt nicht auf alle Punkte ein. Ich könnte das gar nicht, denn die Zeit würde das auch nicht erlauben. Ich bitte mir das nachzusehen! Das heißt nicht, dass ich nicht alles mitaufgenommen habe. Sie haben gesehen, dass ich zugehört habe. Ich habe auch mitgeschrieben und nehme einiges aus der heutigen Debatte mit. Auf ein paar wenige Punkte möchte ich eingehen, um sie nicht stehenzulassen und damit es nicht zu Missverständnissen kommt. Es wird mit Sicherheit nicht zu einer "Filetmedizin", wie Sie sie, Herr Ploner, genannt haben, kommen. Das müssen wir gemeinsam verhindern und es ist die Absicht dieser Regierung, das zu verhindern. Wir können nicht die ökonomisch interessanten Sachen und die attraktiven für die handelnden Personen in die Privatmedizin auslagern, während der öffentliche Dienst zurückbleibt und am Ende der große Verlierer ist. Wir wollen eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung im Land, eine starke öffentliche. Deshalb sollen wir hier gemeinsam arbeiten. Das darf sicher nicht passieren und das wollen wir auch nicht.

Zum anderen, Kollege Dello Sbarba, muss ich schon einen Punkt klarstellen, wenn es heißt, wir wären nur rückwärts- und traditionsgewandt, das stimmt überhaupt nicht. Ich darf noch einmal an den ersten Abschnitt der Präambel "*Eine Politik für die Menschen - die Menschen zuerst*" erinnern, wenn es heißt: "*Das fruchtbare Miteinander der verschiedenen Sprachen und Kulturen in Südtirol ist ein Mehrwert für die kulturelle,*

soziale und ökonomische Entwicklung des Landes. Wir bekennen uns zu unseren Wurzeln und Traditionen, fördern die Pflege des Brauchtums und der traditionellen Volkskultur, arbeiten aber ebenso für eine Gesellschaft der Toleranz und der Offenheit, in welcher die Freiheit immer auch die Freiheit des Anderen ist, in der Freiheit aber auch mit Verantwortung und gegenseitigem Respekt einhergeht." Ich denke, hier drinnen ist die ganze Botschaft enthalten, die wir uns vorstellen: ein Land, das eben sehr wohl Heimat ist, wo man auch die Wurzeln kennt; ein Land, das offen ist, ganz in europäischem Sinne. Das haben wir ganz klar und deutlich hineingeschrieben. Diese Kritik greift hier mit Sicherheit nicht.

Es ist von vielen gesagt worden, dass wir zu wenig konkret wären. Ein Regierungsprogramm - auch Gert Lanz hat das vorhin noch einmal hervorgehoben - ist jetzt wirklich nicht das Auflisten von Beistrichen und Details und ist auch kein Haushaltsplan. Ich halte es übrigens nicht für besonders genial, wenn man sagt, dass für diese und jene Maßnahmen soundsoviel Geld bereitgestellt wird. Das betrifft dann den mehrjährigen Haushaltsplan, mit dem wir uns in diesem Landtag eingehend auseinandersetzen werden. Darin kann man messen: Hat das Niederschlag gefunden, was im Regierungsprogramm angekündigt worden ist? So funktioniert es. Ich glaube schon, dass ein Regierungsprogramm dazu dient, eine Positionierung vorzunehmen: Wo stehen wir, wie sehen wir die Dinge und wo glauben wir, dass Schwerpunkte zu setzen sind? Was ist besonders wichtig, was wollen wir tun, in welche Richtung wollen wir das Land weiterbringen? Das steht klar drinnen. Daran können Sie uns messen. Viele haben gesagt, dass sie das tun werden. Das ist Ihre Aufgabe. Da müssen wir uns messen lassen und das wollen wir auch.

Es sind von Ihnen, Kollege Köllensperger, Mutmaßungen angestellt worden, über Dinge, die nicht im Programm stehen. Ich glaube, das bringt uns nicht weiter, vor allem in Bezug auf die Bürgermeister, zum Beispiel die Altersabsicherung von Bürgermeistern, auch die Region. Das werden wir dann beim Regierungsprogramm für die Region entsprechend abhandeln. Dort werden wir das auch ganz klar darlegen. Reden wir darüber, was wir festhalten, und darüber, was wir auch tun werden! Wir haben viele frische Kräfte hier in diesem Land. Wenn man immer hört: "Ich komme aus der Zivilgesellschaft" oder "Ich komme frisch aus dem Arbeitsleben", dann ersuche ich Sie: Bitte sprechen Sie den Kollegen, die schon eine oder zwei Legislaturen hier waren, nicht ab, dass sie eine Ahnung vom realen Leben haben. Wir sollten diesem Klischee nicht erliegen. Das ist genau das, wo immer behauptet wird, dass die Politik so weit weg von den Menschen ist, tun wir das nicht! Ich glaube, wir haben alle schon genügend Lebenserfahrung und sollten uns diese auch in ständigem Kontakt mit den Menschen bewahren und auch aufgrund dessen, was wir bisher in unserem privaten Leben erlebt und erfahren haben, im Berufsleben und auch in der privaten Tätigkeit. Ich denke, dass es darum geht. Wir sollen den Menschen zeigen, dass hier schlicht und einfach Menschen sind, die jetzt diese Arbeit machen, die sie sehr ernst nehmen und diese große Verantwortung übernehmen. Ansonsten sind es ganz einfach Südtirolerinnen und Südtiroler, die das Beste für Südtirol wollen. Wir sollten diese Trennung nicht noch selbst unterstreichen.

Die namentliche Abstimmung - das möchte ich auch noch erwähnen - ist kritisiert worden. Normalerweise fordert man immer Transparenz, Klarheit, Offenheit und Deutlichkeit ein. Stehen wir doch dazu! Das ist unsere Meinung, diesen Mut müssen alle haben. Jetzt sagt man: "Das ist ein Rückschritt." Übrigens steht es in der Tradition ganz vieler europäischen Parlamente, dass über Regierungen offen abgestimmt wird, und zwar in einer langen Tradition. Ich denke, es ist kein Rückschritt, dass wir hier aufzeigen, wer für diese Regierung und wer dagegen ist. Diesen Mut sollten wir haben und nicht sagen: "Das müsste geheim sein, dann wäre es viel besser." Was ist daran besser? Schauen wir uns in die Augen und sagen: "Ich bin dafür", "ich bin dagegen", und legen die Gründe dafür dar. Genauso findet diese Abstimmung statt: transparent, offen und ehrlich.

Abschließend noch einmal: Es sind viele Vorschläge gekommen, wo man mehr tun müsste, die ich durchaus teilen kann. Ich glaube, dass sie auch diese Regierung, die jetzt hoffentlich gewählt wird, teilen kann. Es ist auch etwas - wir sind uns in der Analyse einig, was es zu tun gäbe. Wenn man das Ganze angehört hat, ist es auch ein bisschen von allem mehr geworden. Es müsste von allem mehr geben: selbstverständlich höhere Löhne, besonders in bestimmten Bereichen im öffentlichen Dienst, gleichzeitig aber niedrigere Steuern, was dann natürlich schon nicht mehr ganz so einfach ist. Natürlich müssten bestimmte Bereiche stärker unterstützt werden. Wenn man sie zusammenzählt, gilt das eigentlich für alle, aber immer bei niedrigen Steuern. Wir werden das so nicht hinkriegen. Wir werden gemeinsam darüber diskutieren, wo wir Prioritäten setzen. Auch das müssen wir in diesem Land lernen. Es gibt nicht immer von allem mehr, sondern wir müssen Prioritäten setzen und uns fragen: Was braucht es besonders? Und auch diesen Versuch wollen wir gemeinsam unternehmen. Apropos mehr - auch ist angesprochen worden - und ich kann dem nur zustimmen - dieses

schneller, höher, weiter, besser, stärker, dieser Leistungsdruck, wie er genannt worden ist. Ich glaube, Sie waren es, Kollege Faistnauer, aber auch die Depression und die Suizidrate ist von mehreren, die hier gesprochen haben, angesprochen worden. Wir haben ja in unserem Regierungsprogramm an den Anfang geschrieben: *"Eine Politik für die Menschen - die Menschen zuerst"*. Es geht also nicht immer nur über noch ein höheres Bruttoinlandsprodukt, um noch mehr Arbeitsplätze, um noch mehr von allem. Das sind doch wünschenswertesten Voraussetzungen für irgendetwas anderes, für ein erfülltes Leben. Wir müssen schauen, dass wir mit diesem "noch mehr" nicht gerade das verhindern. Das wird künftig auch eine Aufgabe der Politik sein, dass wir etwas entschleunigen können, vielleicht den Menschen wieder die Möglichkeit zum Durchatmen geben. Der Leistungsdruck entsteht auch in diesem Anspruchsdenken. Was wir Lebensqualität nennen, ist manchmal schlicht und einfach Konsum. Da müssen wir uns die Frage stellen, ob das noch Lebensqualität ist oder eben nicht, sprich einfach Materialismus. Ich denke, auch hier können wir gemeinsam als Politik etwas leisten, dass wir sagen: Es geht uns letztlich um das erfüllte und glückliche Leben. Es ist ein hoher Anspruch, aber es geht uns Menschen letztlich allen darum. Da geht es wieder um die Frage: Chancen, Gerechtigkeit, Möglichkeiten und eben diese Zukunftssicherheit, die Voraussetzung dafür ist, dass man durchatmen und durchschnaufen kann. Damit will ich eigentlich schließen.

Wir sollten im gegenseitigen Respekt miteinander dafür arbeiten - auch bitte ich diese Diskussion nicht ständig zu führen -, und zwar für alle Menschen in diesem Land und nicht die italienischsprachigen Abgeordneten für die Italiener und die deutschsprachigen Abgeordneten für die Deutschen und Ladinern. Wir alle gemeinsam arbeiten für alle Menschen in diesem Land. Das ist unser Anspruch. Ich hoffe, es wird uns gut gelingen. Wir können uns nur alle gemeinsam alles Gute wünschen. Das Bemühen wird von meiner Seite da sein und - ich bin davon überzeugt - auch von allen Mitgliedern der Landesregierung. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass dies von ihrer Seite da sein wird, denn gemeinsam können wir es schaffen. Vielen Dank!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Zum Fortgang der Arbeiten! Ich ersuche um eine 45-minütige Unterbrechung der Sitzung, um ein Treffen der Fraktionssprecher der Opposition zu ermöglichen.

PRÄSIDENT: Dem wird stattgegeben. Somit sind wir um 14.40 Uhr wieder in der Aula. Dann kommen wir zur Wahl. Ich bitte Sie pünktlich zu erscheinen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 13.57 UHR

ORE 14.42 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung und werden zunächst eine Probeabstimmung durchführen. Nachdem die Chip-Karten neu sind, bitte ich Sie alle, zu überprüfen, ob Sie diese Karten auch richtig eingeschoben haben. Ich eröffne die Probeabstimmung: 19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen. Ich nehme an, dass es bei allen funktioniert hat.

Ich eröffne nun die Abstimmung zum Vorschlag für die Zusammensetzung der Landesregierung gemäß Artikel 67 und Artikel 68 des Landesgesetzes vom 19. September 2017, Nr. 14, und Artikel 10 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages: mit 18 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen ist dieser Vorschlag angenommen.

Somit stelle ich fest, dass die Zusammensetzung der Landesregierung folgendermaßen gewählt ist: Landeshauptmann Kompatscher und die Abgeordneten Schuler, Vettorato, Alfreider, Achammer, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer und Widmann. Ich gratuliere zur Wahl!

Was die Abgeordneten Hochgruber Kuenzer, Alfreider und Bessone sowie mich selbst betrifft, weise ich darauf hin, dass laut Artikel 19 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtags das von den genannten Abgeordneten derzeit bekleidete Amt als Präsidialsekretärin bzw. Landtagsvizepräsidenten mit ihren neuen Ämtern als Landesregierungsmitglieder unvereinbar ist. Ebenso besteht eine Unvereinbarkeit zwischen dem von mir derzeit bekleideten Amt als Landtagspräsident mit dem neuen Amt als Landesregierungsmitglied.

Ich erinnere daran, dass alle Präsidiumsmitglieder ihren Rücktritt angekündigt haben, sobald die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ansteht. Somit frage ich alle Präsidiumsmitglieder, ob sie gedenken, das gegebene Versprechen einzuhalten, was dann heißt, aufgrund der Wirksamkeit der Wahl der Landesregierung zurückzutreten.

Ich beginne mit Kollegen Renzler. Sind Sie bereit zurückzutreten?

RENZLER (SVP): Ich trete zurück.

PRÄSIDENT: Kollegin Rieder?

RIEDER (Team Köllensperger): Ich trete zurück.

PRÄSIDENT: Kollegin Kuenzer?

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Ich trete zurück.

PRÄSIDENT: Kollege Bessone?

BESSONE (Lega Alto Adige – Südtirol): Io mi dimetto.

PRÄSIDENT: Kollege Alfreider?

ALFREIDER (SVP): Ich trete zurück.

PRÄSIDENT: Somit sind alle Präsidiumsmitglieder - außer meine Wenigkeit - vom Amt zurückgetreten.

Bevor ich zurücktrete, bitte ich die zwei an Jahren jüngsten Abgeordneten, Kollegin Ladurner und Kollege Vettori, an den Präsidiumstisch und den an Jahren ältesten Abgeordneten Renzler darum, den vorläufigen Vorsitz des Präsidenten zu übernehmen. Ich trete somit jetzt von meinem Amt als Landtagspräsidenten zurück.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Helmuth Renzler

PRÄSIDENT: Guten Nachmittag! Es freut mich, dass ich die Ehre habe, kurz als Alterspräsident die Sitzung leiten zu dürfen. Es ist mir eine besondere Ehre, die neu gewählte Landesregierung zu begrüßen, und bitte Sie nun, auf der Bank der Landesregierung Platz zu nehmen. Ich möchte im Namen des ganzen Landtages meine Glückwünsche aussprechen.

Wir kommen nun zur Folgemaßnahme gemäß Punkt 1 der Tagesordnung: **"Wahl des neuen Landtagspräsidenten/der neuen Landtagspräsidentin."**

Provvedimento consequenziale di cui al punto 1 dell'ordine del giorno: **"Elezione del nuovo/della nuova presidente del Consiglio provinciale."**

Ich ersuche um namentliche Vorschläge für die Wahl des Landtagspräsidenten. Im Rahmen der Diskussion steht jedem bzw. jeder Abgeordneten im Sinne von Artikel 85 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung. Bitte, Kollege Lanz, Sie haben das Wort.

LANZ (SVP): Werter Vorsitzender! Im Namen der SVP-Fraktion schlage ich den Kollegen Josef Nogglner als Kandidaten für das Amt des Landtagspräsidenten vor.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Es ist eine gute parlamentarische Gepflogenheit die Präsidenschaft des höchsten parlamentarischen Organs eines Landes der Opposition zu verantworten. Ich selbst erinnere mich an die erste Präsidentin des italienischen Parlaments, die ich erlebt habe. Es war Nilde Iotti, die das Parlament ganz wunderbar geführt hat. Wir möchten dieser Tradition

auch in Südtirol einen Weg öffnen und schlagen deshalb den meist gewählten Vertreter der politischen Minderheit Paul Köllensperger vor.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente. Il mio intervento è sull'ordine dei lavori. Non ho voluto intervenire prima dei colleghi che mi hanno preceduto e che hanno fatto delle proposte in termini molto concreti, quindi cerco di essere chiaro sul mio intendimento, con una piccola osservazione per la parità di genere vorrei che la prossima volta venissero omaggiati anche gli assessori uomini con qualcosa, perché altrimenti noto una discriminazione inaccettabile che qui deve essere sottolineata.

Torno all'argomento, presidente, innanzitutto auguri e buon lavoro. Il tema io l'ho posto ad ogni tornata di elezione della presidenza del Consiglio provinciale, che ha una funzione istituzionale e come tale appaiono onestamente un po' stridenti le proposte che arrivano dai banchi o della maggioranza o dell'opposizione, pur essendo tutte assolutamente legittime e anche ampiamente rispettabili evidentemente, in parte possono essere anche condivisibili. Io ritengo, presidente, non lo ritengo oggi, lo ritenevo 5 anni fa, lo ritenevo anche nel passato e l'ho sempre richiesto e sottolineato, che le cariche istituzionali debbano essere espressione della volontà del Consiglio e scelte attraverso una condivisione da parte di maggioranza e minoranza, nel rispetto dei termini del regolamento che prevede all'interno dell'ufficio di presidenza la presenza di un rappresentante dell'opposizione politica, cosa importante, che prevede l'alternanza fra presidente e vicepresidente dei due gruppi linguistici. Quindi ritengo, presidente, - e mi dispiace di essere intervenuto dopo le proposte, rispettabili e di cui prendo atto, del collega Lanz e della collega Foppa - che potrebbe essere utile, e mi aspetto in questo senso un messaggio chiaro da parte dei capigruppo dei diversi gruppi politici, un incontro per condividere le proposte di presidenza, vicepresidenza e composizione dell'ufficio di presidenza, essendo quell'ufficio, presidente, l'unico ufficio che dovrebbe essere svincolato dalle appartenenze politiche in senso stretto, ma legato, pur nel rispetto del regolamento che prevede presenza dell'opposizione, della maggioranza, italiani, tedeschi e ladini, debba essere comunque rappresentativo della volontà superiore dell'aula.

Proprio per questa regione, presidente, io rimetto all'attenzione dei colleghi - come ho fatto anche in precedenza e lo faccio anche adesso - la richiesta di una valutazione sull'opportunità di questo modo di procedere, quindi condividendo le indicazioni anche a prescindere da quelle già avanzate. Sarei evidentemente in questo processo parte attiva nel fare proposte, nel sostenere candidature, nel rivendicare una rappresentatività istituzionale di questi membri dell'ufficio di presidenza, che, ribadisco, non possono essere fatti discendere esclusivamente da rapporti funzionali a maggioranza o minoranza, quasi fosse una prerogativa assoluta degli uni o degli altri, gli unici vincoli sono quelli della presenza di un rappresentante dell'opposizione fra i segretari questori e della presenza di gruppi linguistici diversi nelle funzioni apicali.

Questo è quanto volevo richiedere, presidente, coerentemente con quanto richiesto nelle ultime tornate di elezione dell'ufficio di presidenza e mi comporterò, evidentemente, di conseguenza.

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, nur ganz kurz eine Erklärung, dass wir Paul Köllensperger unterstützen. Wir Freiheitlichen sind vor fünf Jahren in der gleichen Situation gewesen, als wir zu sechst hier im Landtag waren. Ich habe vor fünf Jahren den damals meist gewählten in der Opposition Pius Leitner als Präsidenten vorgeschlagen, weil wir seit je her das Grundprinzip vertreten, dass nach dem Landeshauptmann, der höchste institutionelle Amt im Lande ist, der Landtagspräsident das zweithöchste institutionelle Amt bekleidet. Das muss nicht unbedingt ein politisches Amt gemessen an der politischen Mehrheit in diesem Saal sein, sondern kann ohne Weiteres auch von der politischen Minderheit bekleidet werden. Die Hauptsache ist, dass derjenige oder diejenige die Institution wahr und gewissermaßen den Landtag nach außen vertritt. Ich bin davon überzeugt, dass das auch Paul Köllensperger machen kann. Nachdem wir heute in einer Zeitung zitiert werden, dass wir Handschlagqualität haben, so trifft nicht nur das zu, sondern wir glauben auch an die Grundprinzipien. Ich möchte aber daran erinnern, dass Paul Köllensperger selbst vor fünf Jahren Pius Leitner nicht unterstützt hat. Wir unterstützen bereits im ersten Wahlgang, unabhängig davon, ob es zu einer Stichwahl kommt oder nicht, den Kollegen Paul Köllensperger.

PRÄSIDENT: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, noch eine kurze Erläuterung, was die notwendige Stimmenanzahl für die Wahl des/der Landtagspräsidenten/in betrifft. Erforderlich ist die absolute Mehrheit in den ersten zwei Wahlgängen mit mindestens 18 Stimmen, während im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit genügt. Bei Stimmengleichheit gilt derjenige Abgeordnete - in diesem Fall sind ja zwei Männer vorgeschlagen - als gewählt, der bei der vorangegangenen Wahl zum Südtiroler Landtag die höhere Anzahl an

Vorzugsstimmen erhalten hat. Sollte es nicht möglich sein, eine Stichwahl durchzuführen, weil es nur einen einzigen Kandidaten einer bestimmten Sprachgruppe gibt oder weil beim zweiten Wahlgang nur ein einziger Kandidat zwar Stimmen erhalten, aber nicht die absolute Stimmenmehrheit erzielt hat, erfolgt die Verkündigung des Gewählten aufgrund des Ergebnisses des zweiten Wahlganges.

Kollege Urzì, Sie haben das Wort, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Sull'ordine dei lavori, velocissimamente, solo per dire che in assenza di risposte, presidente, e considerata la delicatezza del voto, come per tradizione per quanto mi riguarda, non parteciperò al voto. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie, ne prendiamo atto.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 34 abgegebene Stimmzettel, 19 Stimmen für den Abgeordneten Nogglèr und 15 Stimmen für den Abgeordneten Köllensperger.

Somit ist der Abgeordnete Nogglèr mit der vorgeschriebenen absoluten Stimmenmehrheit zum Landtagspräsidenten gewählt. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und ersuche Sie, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Nogglèr

PRÄSIDENT: In persönlicher Angelegenheit! Ich möchte mich bei jenen Abgeordneten recht herzlich bedanken, die mir das Vertrauen anlässlich der Wahl zum Landtagspräsidenten geschenkt haben. Ich ersuche und hoffe natürlich auch auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und speziell auf die Unterstützung in der ersten Phase dieser Arbeit. Ich werde das Meine dazutun und dieses Amt mit bestem Wissen und Gewissen ausführen. Danke schön!

Nun schreiten wir zur nächsten Folgemaßnahme laut Punkt 1 der Tagesordnung: **"Wahl der neuen Landtagsvizepräsidenten."**

Provvedimento consequenziale di cui al punto 1 dell'ordine del giorno: **"Elezione dei nuovi vicepresidenti del Consiglio provinciale."**

Gemäß Artikel 7 der Geschäftsordnung des Landtages muss eine/r der Vizepräsidenten/in der italienischen und eine/r der ladinischen Sprachgruppe angehören. Im Rahmen der Diskussion steht jedem/r Abgeordneten im Sinne von Artikel 85 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Redezeit von fünf Minuten zu. Ich ersuche um Namensvorschläge. Abgeordneter Vettori, bitte.

VETTORI (Lega Alto Adige - Südtirol): Grazie presidente e auguri di buon lavoro. Come componente di maggioranza del gruppo Lega Nord Alto Adige - Südtirol, proponiamo alla vicepresidenza di lingua italiana la collega e consigliera Rita Mattei. Grazie.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Vorweg Herr Präsident Nogglèr wünsche ich Ihnen alles Gute und gratuliere zu Ihrer Wahl! Wir hätten gerne einen Oppositionellen gehabt, aber Sie tragen den Geist der Opposition auch ein wenig in sich. Ich bin mir sicher, dass Sie Ihre Arbeit ausgezeichnet machen werden, zur Zufriedenheit aller hier. Ich schlage aber trotzdem auch für den Vizepräsidenten jemanden aus der Opposition vor. Für die italienische Rolle ist Riccardo Dello Sbarba geradezu prädestiniert, nicht nur ist er der meistgewählte Italiener, er hat auch schon einschlägige Erfahrung im Präsidium als Präsident des Landtages und wäre meiner Meinung nach die Idealbesetzung. Deswegen unser Vorschlag: Riccardo Dello Sbarba.

LANZ (SVP): Als SVP-Fraktion schlagen wir für den ladinischsprachigen Vizepräsidenten Manfred Vallazza vor und für den italienischsprachigen unterstützen wir die Kandidatur von Rita Mattei.

PRÄSIDENT: Wir stimmen zunächst über die Wahl des/der italienischen Vizepräsidenten/in ab. Vorgeschlagen sind die Abgeordnete Rita Mattei und der Abgeordnete Riccardo Dello Sbarba. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 1 weißer Stimmzettel, 20 Stimmen für die Abgeordnete Mattei und 13 Stimmen für den Abgeordneten Dello Sbarba. Somit ist die Abgeordnete Mattei mit der vorgeschriebenen absoluten Stimmenmehrheit zur italienischen Landtagsvizepräsidentin gewählt. Ich gratuliere zu Ihrer Wahl und ersucht Sie, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Wahl des/der ladinischen Landtagsvizepräsidenten/in. Für den ladinischen Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete Vallazza vorgeschlagen. Ich eröffne die Abstimmung und ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Die daraufhin durchgeführte geheime Abstimmung bringt folgendes Ergebnis: 8 weiße Stimmzettel, 1 ungültiger Stimmzettel, 24 Stimmen für den Abgeordneten Vallazza und 1 Stimme für den Abgeordneten Alfreider. Somit ist der Abgeordnete Vallazza mit der vorgeschriebenen absoluten Stimmenmehrheit zum ladinischen Landtagsvizepräsidenten gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und ersuche Sie, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen.

Abgeordnete Mattei, Sie haben das Wort, bitte.

MATTEI (Lega Alto Adige - Südtirol): Grazie presidente, sarò breve. Ringrazio innanzitutto per la fiducia e ringrazio in modo particolare anche quel consigliere in più dell'opposizione che comunque mi ha dato il voto. Sono orgogliosa di ricoprire questo ruolo, è un ruolo istituzionale importante, che svolgerò sicuramente con la massima correttezza e professionalità. Grazie a tutti, naturalmente auguri e in bocca al lupo a tutti e buon lavoro alla nuova Giunta. Grazie.

VALLAZZA (SVP): Herr Präsident! Ich freue mich und danke euch für die Unterstützung. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit allen im Landtag. Ich bin nicht der beste Redner, deswegen sage ich noch ein paar Worte auf Ladinisch: Al me sa bel che i pó ester chiló incó y i me la inconforti ince dër da tó ite chësc laûr ti proscimi 5 agn y ince da lauré por i ladins y por le bëgn de nostes valades ladines. Danke euch allen und auf eine gute Zusammenarbeit!

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur letzten Folgemaßnahme laut Punkt 1 der Tagesordnung: **"Wahl der drei Präsidialsekretäre/Präsidialsekretärinnen."**

Provvedimento consequenziale di cui al punto 1 dell'ordine del giorno: **"Elezione di tre segretari questori/segretarie questore."**

Der Landtag wählt aus seiner Mitte drei Präsidialsekretäre oder -sekretärinnen. Ein/e Präsidialsekretär/in muss der Opposition angehören und dieser/diese wird von den Abgeordneten der Opposition vorgeschlagen. Die übrigen Präsidialsekretäre/Präsidialsekretärinnen gehören der Mehrheit an und werden auch von den Abgeordneten der Mehrheit vorgeschlagen. Wir führen zwei Wahlgänge durch, zuerst jenen der Mehrheit. Es können Vorschläge gemacht werden und jeder Abgeordnete hat fünf Minuten Redezeit. Bei diesem Wahlgang - das werde ich später nochmals wiederholen - können zwei Namen aufgeschrieben werden. Ich ersuche jetzt um Vorschläge.

Abgeordneter Lanz, Sie haben das Wort, bitte.

LANZ (SVP): Danke, Herr Präsident! Im Namen der SVP-Fraktion schlage ich die Kollegen Helmuth Renzler und Franz Locher als Präsidialsekretäre vor. Danke!

PRÄSIDENT: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen sind, dann schreiten wir zur Abstimmung. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 6 weiße Stimmzettel, 2 ungültige Stimmzettel, 27 Stimmen für den Abgeordneten Locher, 22 Stimmen für den Abgeordneten Renzler und 1 Stimme für die Abgeordnete Amhof. Somit sind die Abgeordneten Renzler und Locher zu Präsidialsekretären gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und ersuche Sie, den Wechsel am Präsidiumstisch nach der Wahl der Präsidialsekretärin/des Präsidialsekretärs der politischen Minderheit vorzunehmen.

Ich bitte nun um Namensvorschläge der Präsidialsekretärin/des Präsidialsekretärs der politischen Minderheit. Abgeordneter Ploner Alex, Sie haben das Wort, bitte.

PLONER Alex (Team Köllensperger): Wir schlagen als Präsidialsekretärin der Opposition Maria Elisabeth Rieder vor.

PRÄSIDENT: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 4 ungültige Stimmzettel, 30 Stimmen für die Abgeordnete Rieder und 1 Stimme für den Abgeordneten Urzì. Somit ist die Abgeordnete Rieder zur Präsidialsekretärin der politischen Minderheit gewählt. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und ersuche Sie, am Präsidiumstisch mit den anderen zwei Präsidialsekretären Locher und Renzler Platz zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung: **"Namhaftmachung von drei Landtagsabgeordneten als Mitglieder des Einvernehmenskomitees im Sinne von Artikel 13 Absatz 3 und Absatz 4 und Artikel 32-bis Absatz 2 des D.P.R. vom 26.7.1976, Nr. 752, in geltender Fassung und von Artikel 48 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 12.11.1992, Nr. 39."**

Punto 2) dell'ordine del giorno: **"Designazione di tre consiglieri/i provinciali quali membri del comitato d'intesa ai sensi dell'articolo 13, comma 3 e comma 4, e dell'articolo 32-bis, comma 2, del D.P.R. 26.7.1976, n. 752, e successive modifiche, e dell'articolo 48, comma 2, della legge provinciale 12.11.1992, n. 39."**

Es müssen drei Abgeordnete gewählt werden, wobei einer davon der italienischen Sprachgruppe und zwei der deutschen Sprachgruppe angehören müssen. Es sind zwei Abgeordnete der politischen Mehrheit und ein Abgeordneter der politischen Minderheit zu wählen. Der Wahlmodus ist wieder geheim und man hat die Möglichkeit, alle drei in einem geheimen Wahlgang zu wählen, sofern sich niemand dagegen ausspricht. Jeder/jede Abgeordnete hat fünf Minuten Redezeit.

Wer wünscht das Wort? Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Für die Opposition schlagen wir Andreas Leiter Reber vor.

LANZ (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt den Abgeordneten Helmuth Renzler vor.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Es gibt einen Vorschlag für die Opposition und das ist Hanspeter Staffler, der eine langjährige Erfahrung als Beamter und als Generaldirektor des Landes vorweisen kann, was ihn natürlich für diese Aufgabe besonders qualifiziert.

LADURNER (SVP): Wir schlagen den Abgeordneten Vettori vor.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 21 Stimmen für den Abgeordneten Leiter Reber, 27 Stimmen für den Abgeordneten Renzler, 12 Stimmen für den Abgeordneten Staffler, 21 Stimmen für den Abgeordneten Vettori, 2 Stimmen für die Abgeordnete Amhof und 1 Stimme für die Abgeordnete Ladurner.

Somit sind die Abgeordneten Renzler, Leiter Reber und Vettori zu Mitgliedern des Einvernehmenskomitees im Sinne von Artikel 13 Absatz 3 und Absatz 4 des D.P.R. vom 26.7.1976, Nr. 752, in geltender Fassung und Artikel 48 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 12.11.1992, Nr. 39 gewählt.

Noch eine Ankündigung: In den nächsten Tagen wird die Einberufung für die Sitzung der Fraktionssprecher am 5. Februar erfolgen. Wie der ehemalige Landtagspräsident immer zu sagen pflegte: Ich danke allen Abgeordneten!

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 16.36 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ALFREIDER (43)
BESSONE (43)
DELLO SBARBA (20)
FAISTNAUER (30)
FOPPA (43, 47)
HOCHGRUBER KUENZER (43)
KNOLL (10, 32, 47)
KÖLLENSPERGER (42, 45)
KOMPATSCHER (3, 40)
LADURNER (48)
LANZ (39, 43, 46, 47)
LEITER REBER (33)
MAIR (44)
MATTEI (46)
NICOLINI (29)
PLONER Alex (24, 47)
PLONER Franz (22)
PRÄSIDENT (33, 42, 44)
RENZLER (43)
REPETTO (26)
RIEDER (17, 43)
STAFFLER (13)
UNTERHOLZNER (29)
URZÌ (33, 35, 44, 45)
VALLAZZA (46)
VETTORI (38, 45)